Dienstag, den 7. Juli 1931 — Einzelnummer 10 Pfennige — 42. Jahrgang — Nr. 155

Volkswacht

für Schlesien

Mit den wöchentlichen Beilagen: „Unterhaltung", „Rundfunk", „Sozialistische Literatur-Rundschau", „Für die Frauen", „Arbeiter-Sportbewegung" und der monatlichen Beilage „Junge Kämpfer".

Bezugspreis: Die „Volkswacht" erscheint wöchentlich 6 mal und ist durch die Haupt-Expedition: Flurstraße 4/6, durch die Buchhandlung der „Volkswacht", Neue Graupenstraße 5; Matthias-straße 100, sowie durch alle Austräger zu beziehen. — Bezugspreis im voraus zu entrichten wöchentlich 0.42 Rmk. + 8 Pf. Trägerlohn = 0.50 Rmk., monatlich 1.75 Rmk. + 35 Pf. Trägerlohn = 2.10 Rmk. Durch die Post einschl. Zustellungsgebühren 2.46 Rmk.

Organ für die werktätige Bevölkerung

Verlagsort und Hauptgeschäftsstelle Breslau 2
Fernsprech-Anschlüsse: Geschäftsstelle 21737, Redaktion 21738
Postscheck-Konto: Postscheck-Amt Breslau Nr. 5852.
Bankkonto: Bank der Arbeiter, Angestellten und Beamten, Fil. Breslau

Anzeigenpreis: Je Millimeter für geschäftliche Anzeigen aus Schlesien 14 Pf. auswärts 17 Pf. Anzeigen unter Text 70 Pf. Familienanzeigen, Stellenangebote, Stellengesuche, Vereins-, Versammlungs- und Wohnungs-Anzeigen 10 Pf. Kleine Anzeigen pro Wort 3 Pf., das fette Wort 4 Pf. Anzeigen für die nächste Nummer müssen bis vormittags 11 Uhr (1 Tag vorher) in der Haupt-Expedition Flurstraße 4/6 oder in den Zweigstellen abgegeben werden.

Unverlangt eingesandte Manuskripte werden nur zurückgesandt, wenn Rückporto beiliegt

Endlich!

Hoover-Plan tritt in Kraft

Die französisch-amerikanischen Verhandlungen abgeschlossen — Das französische Communiqué — Eine Erklärung Hoovers

Paris, 7. Juli. (Eig. Funkbericht.)

Die französisch-amerikanischen Verhandlungen über den Hoover-Plan sind am Montag abend gegen 11 Uhr endgültig abgeschlossen worden. Nach der Einigung, die zunächst auch am Montag noch einmal gefährdet erschien, verlas der französische Ministerpräsident folgendes Communiqué:

„Die amerikanischen Unterhändler haben bei Wiederaufnahme der Besprechung die Zustimmung ihrer Regierung zu dem französischen Abkommensentwurf übermacht. Sie haben mitgeteilt, daß Präsident Hoover erklärt habe, daß heute abgeschlossene Abkommen komme dem Geiste des amerikanischen Vorschlages entgegen. Es bleibe natürlich der Billigung der übrigen interessierten Parteien unterworfen, in deren Namen er keine Verpflichtung übernehmen könne.

Mellon und Edge haben darauf im Namen des Präsidenten Hoover und in ihrem eigenen Namen ihrer aufrichtigen Dankbarkeit gegenüber der französischen Regierung für die von ihr vollbrachte edelmütige Anstrengung zugunsten der wirtschaftlichen Wiederherstellung der Welt Ausdruck gegeben. Ministerpräsident Laval hat den amerikanischen Unterhändlern für ihre aktive Mitarbeit und ihren Unternehmungsgeist gedankt. Er hat den Wunsch ausgedrückt, daß die Initiative des Präsidenten Hoover die Ziele erreiche, die sie sich gesetzt hat.

* * *

Washington, 7. Juli. (Eigener Funkbericht.)

Der amerikanische Staatspräsident teilte der Presse um 12 Uhr nachts (mitteleuropäischer Zeit) mit, daß die Einigung mit Frankreich und damit mit allen früheren alliierten Mächten über den Hoover-Plan erzielt sei. Das Prinzip seines Vorschlages sei aufrechterhalten worden, auch in bezug auf die Sachlieferungen. Im einzelnen werde die Frage von einem Sachverständigen-Ausschuß noch beraten werden.

Grundsätzlich betrachtet Amerika die bevorstehenden Verhandlungen als eine rein europäische Angelegenheit. Es scheint jedoch entschlossen, einzugreifen, sobald die Gefahr besteht, daß der grundsätzliche Inhalt seines Vorschlages durch irgend einen Beschluß in sein Gegenteil verkehrt werden könnte.

Der Text des Abkommens

Der Text des Abkommens lautet folgendermaßen:

Nach den vorgenommenen Meinungsaustauschen hält die französische Regierung fest, daß sie mit der Regierung der Vereinigten Staaten über den wesentlichen Grundsatz des Hooverschen Vorschlages und über die folgenden Bestimmungen übereinstimmt:

1. Die Zahlung der Regierungsschulden wird vom 1. Juli 1931 bis 30. Juni 1932 aufgeschoben.

2. Die Reichsregierung zahlt jedoch den Betrag der ungeschützten Annuitäten, aber die französische Regierung erklärt sich, was sie betrifft, damit einverstanden, daß die vom Reich geleisteten Zahlungen von der B.J.Z. in Garantiefonds der Reichseisenbahngesellschaft angelegt werden.

3. Alle aufgeschobenen Zahlungen werden unter den von der amerikanischen Regierung Bedingungen verzinst und in 10 Jahresraten vom 1. Juli 1933 ab amortisiert.

4. Dieselben Bedingungen werden auf die von der Reichseisenbahngesellschaft ausgegebenen Bons angewandt.

Ueber drei Punkte gibt die französische Regierung folgende Erklärung ab:

a) Eine gemeinsame Aktion der wichtigsten Zentralbanken soll durch Vermittlung der B.J.Z. zugunsten einer europäischen Länder organisiert werden, die durch die vorgeschlagene Aufhebung der Zahlungen besonders in Mitleidenschaft gezogen werden.

b) Eine vorherige Vereinbarung soll zwischen Frankreich und der B.J.Z. darüber getroffen werden, daß Frankreich den im Falle eines Moratoriums des Young-Plans vorgesehenen Garantiefonds nur durch monatliche Zahlungen ausfüllt, die den Bedürfnissen der B.J.Z. auf Grund der tatsächlich von Deutschland transferierten Zahlungen entsprechen.

c) Die Sachlieferungsfrage und die verschiedenen technischen Maßnahmen, die durch die Anwendung des amerikanischen Vorschlages und des vorliegenden Abkommens notwendig werden, sollen von einem Ausschuß von Sachverständigen geprüft werden, die von den interessierten Regierungen bestimmt werden und die die tatsächlichen Notwendigkeiten mit dem Geiste des Hooverschen Vorschlages in Einklang bringen müssen.

Frankreich behält sich das Recht vor, von der deutschen Regierung die unerläßlichen Zusicherungen bezüglich der Verwendung des ihr zur Verfügung gestellten Kredits zu ausschließlich wirtschaftlichen Zwecken zu verlangen.

Friedrich Austerlitz †

Genosse Friedrich Austerlitz ist, wie wir gestern meldeten, im Alter von 69 Jahren gestorben

Der Schlußabsatz der französischen Erklärung ist nicht sonderlich tragisch zu nehmen. Er hat für Frankreich ausschließlich innerpolitische Bedeutung. Mit der Pariser Verständigung tritt der Hoover-Plan in Kraft und darin wird keine Forderung Frankreichs noch etwas ändern. Das Freijahr hat begonnen. Es nimmt nach den bisherigen Beschlüssen am 1. Juli 1932 sein Ende und keinen Tag früher.

Endlich ist es so weit. Endlich — nicht mehr fünf Minuten, sondern eine Minute vor zwölf. Zwar ist die psychologische Wirkung, die von Hoovers Plan vor 14 Tagen ausging, im Augenblick dahin. Was der Plan vor 14 Tagen für Deutschland war und werden konnte, ist er zurzeit nicht mehr.

Um so höher schätzen wir die Erklärung des amerikanischen Staatspräsidenten, die er am Montag in Berlin gegenüber der Reichsregierung abgeben ließ und nach der er seinen Plan so wie er gedacht war, auch unter den veränderten Umständen zu seinem Recht verhelfen werde. Was kann das anderes bedeuten als daß Amerika jenen Verlust an Devisen, den unsere Reichsbank während der Pariser Verhandlungen zu verzeichnen hatte, auf dem Wege des Kredits wieder ausmerzen will?

So oft Hoover gegenüber der Reichsregierung in den letzten Wochen Erklärungen hat abgeben lassen — und das waren nicht wenige —, hat er sie gehalten. Wir haben deshalb keinen Grund, auch jetzt auf ihn nicht zu bauen. So gesehen, kann sich selbst die verspätete Pariser Einigung doch zum Guten auswirken, obwohl Deutschland, Europa und die Welt heute wirtschaflich bereits weiter wären, wenn endlich auch Frankreich einmal bekundet hätte, daß sein Friedenswille nicht nur platonischer Art ist. Wir haben für seine Situation von Anfang an Verständnis gehabt, und trotzdem haben wir die Haltung seiner Regierung in einem Augenblick, in dem Deutschland vor einem wirtschaftlichen Zusammenbruch steht, der weite Kreise des Auslandes mit in den Strudel hineinreißen müßte, nicht einen Augenblick begreifen können.

Vielleicht hat man im Ausland und insbesondere in Paris trotz aller offiziellen Erklärungen der deutschen Regierung keine rechte Vorstellung davon, daß von unserer gegenwärtigen wirtschaflichen Lage bis zum Chaos nur noch ein ganz kleiner Weg ist. Aber ob man es begriffen hat oder nicht, es ist so! Es ist so, daß große Banken in den letzten Tagen nicht mehr ein noch aus wußten, daß große Finanzinstitute der Provinz vor dem Nichts standen und große Firmen mit Tausenden von Arbeitern überlegen mußten oder vielleicht auch noch heute überlegen müssen, ob sie heute oder morgen schließen sollen. Es ist so, daß die Reichsbank in den letzten Tagen helfend eingreifen mußte, obwohl sie zeitweise selbst nicht weiß, wie sie die an sie gestellten Ansprüche befriedigen soll. Es ist so, daß wir noch in dieser Woche einen Kredit von mehreren Hundert Millionen Mark benötigen, der nur gegen bestimmte Garantien gewährt werden soll, von denen es nich ausgeschlossen ist, daß sie für uns unerträgliche innerpolitische Folgen haben. Ja, man hat sich inzwischen selbst zu Stützungsaktionen bei Institutionen veranlaßt gesehen, für die bisher kein Mensch eine derartige Maßnahme für notwendig gehalten hat. Kann es noch schlimmer aussehen?

Welcher Art schließlich die Auswirkungen des Hoover-Planes sein werden, läßt sich nach den wirtschaftlichen Folgen der schleppenden Pariser Verhandlungen zurzeit ohne weiteres von niemandem mit einiger Zuverlässigkeit prophezeien. Man kann nur hoffen, daß sich das Feierjahr und die sowohl von Amerika, als auch von England zugesagten neuen langfristigen Kredite zunächst auf Deutschland und dann auf Europa im Sinne einer schnellen Gesundung auswirken. Aber auch dazu ist Voraussetzung, daß die nach der Pariser Verständigung noch notwendig werdenden Konferenzen über die Durchführung des Hoover-Planes weniger schleppend geführt und schnell zu Ende gebracht werden. Werden alle diese Voraussetzungen erfüllt und dem Deutschen Reiche, insbesondere schon in nächster Zeit, langfristige Kredite zugeführt, dann werden wir auch die gegenwärtige, außerordentlich schwierige Situation überwinden, und dann kann man selbst von der Verständigung in Paris sagen, daß sie nicht zu spät gekommen ist, obwohl sie zu spät zu kommen drohte.

* * *

Die Reichsregierung wird heute voraussichtlich eine amtliche Verlautbarung herausgeben, in der sie dem amerikanischen Staatspräsidenten für sein Eingreifen in das europäische Wirtschaftschaos dankt und in Anbetracht der schwierigen finanziellen Situation, in der wir uns zurzeit wieder

einmal befinden, der Hoffnung Ausdruck gibt, daß Deutschland nunmehr langfristige Kredite zur Verfügung gestellt werden.

Die Berliner Morgenpresse

gibt, soweit sie zu dem Ergebnis der Pariser Verhandlungen überhaupt Stellung nimmt, zum Teil der Hoffnung Ausdruck, daß nunmehr die Situation eine Entspannung erfährt und die Spannung der letzten Tage einem Gefühl der Beruhigung weiche.

Die „Germania" schreibt zu dem Ausgang in Paris u. a.: daß trotz des grundsätzlichen Festhaltens Frankreichs an dem Haager Prinzip „noch nicht das letzte Wort über die deutsche Zahlungsfähigkeit in den kommenden Jahren gesprochen sein kann".

Pariser Morgenblätter über die französisch-amerikanische Einigung

Paris, 7. Juli.

Zu dem Abschluß der französisch-amerikanischen Verhandlungen über den Hooverschen Vorschlag äußert sich fast die gesamte Morgenpresse.

„La Republique" erklärt: Wir können uns zu einem derartigen Ergebnis nur beglückwünschen. Ein Abbruch würde das Signal zur allgemeinen Unordnung gewesen sein. Hoovers Vorschlag stellt einen Beginn dar. Er wird zu nichts dienen, wenn er sich darauf beschränkte, eine Schwächung Deutschlands zu vermeiden und wenn ihm nicht ein Plan folgen würde, der es Deutschland gestattet, sich wieder zu erheben. Frankreichs Sache sei es, diesen Plan vorzulegen.

Im „Populaire" schreibt Léon Blum: Hoovers Vorschlag wird nur einen Aufschub bedeuten, an deren Ausgangspunkt eine zäh und methodisch durchgeführte Gesamtaktion liegt. Es geht um den Frieden.

„Oeuvre" schreibt, daß die französische Regierung sich wohl nicht mit den in Washington abgegebenen ruhigen Erklärungen des Reichskanzlers über die Verwendung der Einsparungen zufriedengeben werde, sondern die Versicherung zu erhalten gedenke, daß die dem deutschen Budget gewährten Erleichterungen weder zur Heraufsetzung der deutschen Rüstungen noch zu einer Art industrieller Inflation verwendet werden.

In diesem Sinne äußert sich auch der offiziöse „Petit Parisien".

Ein neuer Kredit für die Reichsbank?

Newyork, 6. Juli.

Eine Anzahl in Wallstreet führender Bankiers hielt heute längere Besprechungen über die deutsche Kreditlage ab. Gerüchtweise verlautete, daß prominente Banken einen neuen Kredit in Höhe von 50 Millionen Dollar für die Reichsbank in Erwägung gezogen haben.

Keine Verlängerung der Wahlperiode des Preußischen Landtages

Berlin, 6. Juli.

Die Meldung eines Berliner Blattes über angebliche Pläne amtlicher preußischer Kreise, die Wahlperiode des gegenwärtigen preußischen Landtages über den durch die preußische Verfassung gegebenen Termin hinaus zu verlängern, wird uns von berufener Seite als völlig haltlos bezeichnet.

Auflösung der Reichsführerschule der NSDAP.

München, 6. Juli.

Nach einer Meldung der „Münchener Post" wurde auf dem Gelände der ehemaligen Orbis-Film-A.-G. in Neu-Grünwald die Reichsführerschule der nationalsozialistischen SS. bei einer verbotswidrigen Uebung in Uniform von der Gendarmerie festgestellt und aufgelöst.

Studentenausschreitungen in Marburg

Marburg-Lahn, 6. Juli.

Die hiesige Studentengruppe der Nationalsozialistischen Deutschen Arbeiterpartei hatte für morgen eine Protest-Kundgebung gegen den Versailler Friedensvertrag unter freiem Himmel geplant, die aber in Verfolg eines Regierungserlasses von der Stadtverwaltung nicht genehmigt wurde. Die Gruppe beraumte daraufhin gegen dieses Verbot eine Protestkundgebung in den „Stadtsälen" an, zu der etwa 300 bis 400 Personen erschienen. Während der Kundgebung ertönten Schmährufe gegen die Reichsregierung, sowie den Oberbürgermeister der Stadt, die sich auch wiederholten, als die im Saale anwesende Polizei zur Ordnung mahnte. Daraufhin wurde die Versammlung polizeilich aufgehoben.

Auf der Straße rotteten sich dann die nationalsozialistischen Studenten zusammen und zogen unter dem Gesang von Kampfliedern zu der Wohnung des Oberbürgermeisters. Ein starkes Polizeikommando suchte die Zusammenrottungen zu zerstreuen, was ihm jedoch erst nach Anwendung des Gummiknüppels gelang. Als sich die Zusammenrottungen vor der Universität wiederholten, griff auch hier die Polizei ein. Die Namen zahlreicher Ruhestörer wurden festgestellt.

Nazi wegen Landfriedensbruch verurteilt

Das Schöffengericht Jena verurteilte den Führer der Jenaer SA., den Nationalsozialisten Gollansky, wegen schweren Landfriedensbruches zu drei Monaten und seinen Komplizen Lengelsen, ebenfalls ein Nationalsozialist, zu sechs Monaten Gefängnis. Beide hatten im Dezember vorigen Jahres den Kellner Höllein, einen Bruder des verstorbenen kommunistischen Reichstagsabgeordneten, überfallen und mißhandelt. Höllein wurde von den beiden Nationalsozialisten besinnungslos geschlagen und blieb längere Zeit blutüberströmt auf der Straße liegen.

Kommunistenverhaftungen in Berlin

Ist der Mörder des Oberwachtmeisters Kuhfeld dabei?

Die Berliner Polizei hat am Montag in der Linienstraße ein kommunistisches Verkehrslokal ausgehoben und 18 Personen festgenommen. Die polizeiliche Aktion er[illegible] im Zusammenhang mit dem Mord an dem Berliner Schupo[illegible]meister Kuhfeld, der in der vergangenen Woche während [illegible] kommunistischen Demonstration in der Frankfurter Alle[illegible] Opfer seines Dienstes wurde.

Als die Beamten in das Lokal eindrangen, befande[illegible] in ihm etwa 50 Personen, die einer Leibesvisita[illegible] unterzogen wurden. 18 Personen erwiesen sich als [illegible]dächtig, an der Verabredung der Demonstration in der [illegible]furter Allee und an der dortigen Schießerei beteiligt gewe[illegible] sein. Unter den Festgenommenen vermutet man auch [illegible] Mörder des Oberwachtmeisters Kuhfeld.

Zur Nachahmung empfohlen

Amsterdam, 6. Juli. (Eigener Drahtberic[illegible]

Eine Friedensaktion größten Stils wird vo[illegible] gesamten niederländischen Tagespresse ohne Unterschied [illegible] Richtung vom 8. bis 20. Juli durchgeführt werden. Allen [illegible]zeitungen werden gedruckte Formulare beigelegt, in denen [illegible] Niederländer über 18 Jahre durch seine Unterschrift seinen [illegible]schiedenen Willen zum Frieden und zur allgemeinen Abrü[illegible] bekunden soll. Auf diese Weise sollen Millionen von Untersch[illegible] gesammelt werden, die schließlich durch ein besonderes Ko[illegible] der Abrüstungskonferenz des Völkerbundes im Februar 1932 [illegible]reicht werden sollen.

Ruhe im Hitlertheater

Nachdem das Münchener Schnellgericht die ersten Gefängnisstra[illegible] verhängte — Die Münchener Universität wieder geöffnet

München, 6. Juli. (Eigener Drahtbericht.)

Seit Montag sind vor dem Hitler-Palais die Verhältnisse wieder normal. Der Verkehr ist zwar noch etwas lebhafter als sonst, doch scheint Hitler die Demonstrationen seiner jugendlichen Rowdys, die seit fünf Tagen die Bannmeile der Stadt in Unruhe gehalten haben, abgestoppt zu haben. Die uniformierten Posten sind verschwunden, dafür patrouilliert auf den Gehsteigen da und dort ein polizeilicher Doppelposten.

In einem Aufruf Hitlers, den er in seinem Organ veröffentlicht, wird mitgeteilt, daß zur Feststellung der Rechtswidrigkeit der polizeilichen Maßnahmen, insbesondere des Postenstehens auf parteieigenem Grund, eine gerichtliche Entscheidung grundsätzlicher Art herbeigeführt werden soll. Zu diesem Zweck hat sich Hitler von dem nationalistischen Göttinger Rechtsanwalt Lütgebrune, der 1924 im Hitlerputsch-Prozeß Ludendorff verteidigte, ein Gutachten anfertigen lassen. Lütgebrune ist so rasch im Braunen Hause in München eingetroffen, daß er zum Teil noch Zeug[illegible] polizeilichen Aktion gewesen ist.

Einen heiteren Beigeschmack hat die Anzeige von [illegible] Führern, die bei der Säuberungsaktion am Sonnabend [illegible]haftet und für einige Stunden im Polizeipräsidium festgeh[illegible] worden sind. Diese haben gegen den Polizeipräsidenten [illegible] anzeige wegen Freiheitsberaubung gestellt. Präsident Koch [illegible] sich aber nicht einschüchtern zu lassen, denn er hat neuerdings [illegible] Versammlungen Hitlers verboten, die am Mittwoch im [illegible] Krone und in einem Bierkeller stattfinden sollten. Ei[illegible] Eindruck scheint es auf die Hakenkreuzhetzer auch gemacht zu h[illegible] daß einer von den am Sonnabend verhafteten Rowdys von [illegible] Schnellrichter bereits mit 6 Monaten Gefängnis bestraft wurde.

Auch an der Universität, die am Montag vorm[illegible] wieder geöffnet wurde, scheint zunächst Beruhigung eingetret[illegible] sein. Der Zutritt zur Universität ist nur durch den Hauptein[illegible] in der Ludwigstraße gestattet und nur solchen Studenten [illegible] Hörern, die sich mit Karten ausweisen können. Innerhalb [illegible] Gebäudes ist ein Ordnungsdienst tätig, dem 50 Studenten [illegible] einige Universitätsbeamte angehören. Das Rektorat hat [illegible]dings mit diesem Ordnungsdienst den Bock zum Gä[illegible] gemacht, denn er besteht im wesentlichen aus Nazistuden[illegible] und gerade aus jenen, die bei dem Skandal am Dienstag sic[illegible] die ärgsten Schreier hervorgetan haben. Selbst der berüc[illegible] Führer des Nazistudentenbundes, Reese, tritt nun als Ordn[illegible]mann mit einer gelben Armbinde auf. Die Vorlesungen [illegible] Professors Rawitzky verliefen am Montag ungestört. Gegen [illegible]richtet sich neuerdings eine Interpellation der Hakenkreuzfra[illegible] des Landtags, die auch von den Deutschnationalen mit u[illegible]schrieben ist.

Einen üblen Erpressertrick hat sich der Führe[illegible] bayrischen Stahlhelms, der berüchtigte Nationalrev[illegible] Oberst a. D. Lenz, geleistet. Die angebliche Tatsache, daß [illegible] Stahlhelmer in Zivil mit dem Bundesabzeichen von der P[illegible] gestellt wurden, gab ihm Veranlassung zu einem Brief an [illegible] Innenminister. Darin fordert er die sofortige Aufhebung [illegible] gegen das Hitler-Rowdytum gerichteten polizeilichen Maßnah[illegible] Die Ehre des Stahlhelms verlange die Abänderung des Uni[illegible]verbots. Erfolge sie nicht, dann werde er — der Großpens[illegible] der Republik — in der Stahlhelmzeitung und in anderen [illegible]zugänglichen Organen der reichsdeutschen Presse seine Kame[illegible] aus dem ganzen Reich vor dem Betreten Münchens warnen. [illegible] Innenminister hat diese versuchte Erpressung damit beantw[illegible] daß er den Brief des Stahlhelmers der Oeffentlichkeit übe[illegible] und „mit Rücksicht auf die unerhörte Drohung jede w[illegible] Antwort an den Herrn Oberst ablehnte".

Kurze Meldungen

Die anfänglich für Mitte dieser Woche in Aussicht genommene Sitzung des Parteiausschusses der SPD. findet erst am Dienstag, den 14. Juli, statt. Die Verschiebung erfolgte auf Wunsch von Mitgliedern des Parteiausschusses, die während dieser Woche durch Tagungen des Sächsischen Landtages in Anspruch genommen sind.

* * *

In Marseille ist am Sonntag bei einer Ersatzwahl für den verstorbenen radikalen Senator Pasquet der sozialistische Kandidat Bon mit 257 Stimmen in den Senat gewählt worden. Auf den radikalen Kandidaten vereinigten sich 202 Stimmen.

* * *

Die kommunistische Presse hatte dieser Tage behauptet, daß die Berliner Polizeibehörde bewaffnete Polizeiprovokateure zu Demonstrationen entsende. An dieser Behauptung ist, wie der Berliner Polizeipräsident mitteilt, kein wahres Wort.

* * *

In Moskau ist in den Räumen des staatlichen Instituts für neue westliche Kunst eine Ausstellung des Dessauer Bauhauses eröffnet worden. Die Ausstellung erstreckt sich auf die sogenannte dritte Bauhausperiode unter der Leitung Hans Meyers. Hans Meyer, der im Jahre 1930 aus der Bauhausleitung ausschied, ist gegenwärtig mit mehreren Mitarbeitern in Moskau tätig.

* * *

Paris, 7. Juli. (Eigener Funkbericht.)

Die französische Regierung wird bereits heute oder morgen eine Konferenz zur Verständigung über die Durchführungsmodalitäten einberufen. An der Konferenz werden Deutschland und seine Hauptgläubiger teilnehmen.

Zur Gesichts-Bräunung [illegible] aber auch [illegible] Bräunung [illegible] ganzen K[illegible] bei Son[illegible] bädern verwende man die reizmildernde und kühlende Creme Leod[illegible] fettfrei in roter Packung; fetthaltig in blauer Packung, — Tube 60 Pf. und [illegible] Wirksam unterstützt durch Leodor-Edelseife Stück 50 Pf. Zu haben in [illegible] Chlorodont-Verkaufsstellen.

Theo Tass Trill

Der große Lügner

Eine deutsche Heldengeschichte von Erich Herrmann

[Copyright 1931 by Schlesierdruck G. m. b. H. Breslau]

64) (Nachdruck verboten)

„Sind sie fort, Ole? Ich fürchtete schon, sie werden uns hier erstürmen. Es sind doch sicher über zweihundert Menschen im Saale gewesen. Und die Arbeiter haben Fäuste! Wenn die auf mich losgegangen wären, nichts wäre ganz geblieben. Machen Sie bloß rasch Licht! Es muß doch noch jemand hier sein!"

„Dee hawen een Hasen mackt, Herr Bürmeester!"

„Licht, Ole! Um Gotteswillen Licht!"

Die Stimme klang ängstlich und zittrig.

„Ik heww dat Füertüg funnen... Glik..."

Man hörte das Anstreichen, dann flammte der Lichtschein auf. Im gleichen Augenblicke pustete Theo Tass Trill, der neben Ole stand, das Zündholz wieder aus.

„Donnerslag!" fluchte Ole Karsten.

„Ist wer hier?" schrie Topp und zitterte an allen Gliedern. Stille.

„Ich... frage... zum... zweiten... Male: Ist... wer... hier?"

Stille. Man hörte nur das Schnaufen von Ole Karsten.

„Es... muß... wer... hier... sein?" fragte Topp wieder. Seine Stimme klang heiser. „Ani... wurl!... Oder... ich... muß... Ich schie... ße!"

Theo, der dem Bürgermeister zutraute, daß er in seiner Angst um sich schoß, begriff, daß nun für ihn der letzte Augenblick zur Flucht kam. Aber wie brachte er Ole Karsten, der wieder ein Zündholz aus der Schachtel heraussuchte, von der Tür fort? Ole Karsten war breitbuckelig und kräftig. Auf einen Kampf mit ihm konnte man es nicht ankommen lassen.

Theo entschloß sich, Ole mit einem Griff die Beine wegzuziehen. Er duckte sich, und als das Streichholz wieder aufflammte, umfaßte er die Beine Ole Karstens und versuchte den Ruck. Der Nachtwächter verlor zwar das Gleichgewicht, aber er sackte nur in sich zusammen und rutschte mit dem Buckel an der Tür entlang. Jetzt saß er gemütlich mit dem breiten Rücken gegen die Tür. Der Ausgang war nun erst recht versperrt.

„Herr Burgemeester!" schrie Ole Karsten, „scheeten Sei nich! Ick hebb'n faßt!"

„Wen?"

„Hei kömmt nich herut. Ick sitz vor dee Dör! Ick hebb dee Berliner Uppwiegler!"

„Haben Sie ihn?"

„Hei hett sik an mi vergripen!"

„Das ist Widerstand gegen die Staatsgewalt! Zu Hilfe!... Zu... Hil... fe!... Linnekogel!" brüllte der große Topp.

Jetzt zeigte sich Theo Tass Trill auf der Höhe. Er hatte längst begriffen, wem der Besuch des Bürgermeisters galt. Mit dem Bewußtsein, daß man ihm selbst nicht nachgestellt hatte, kehrte seine Sicherheit zurück. Die Flucht war unmöglich geworden, also mußte er sich mit einer Flunkerei aus der Lage retten.

„Wenn Sie es so anfangen, Herr Bürgermeister", rief er spöttisch, „dann werden Sie die Roten niemals in die Falle kriegen. Da müssen Sie's schon so machen wie ich: Rechtzeitig und geräuschlos! Wenn Sie mich nicht gestört hätten, wäre ich an mein Ziel gelangt. Zum Besten von ganz Pudelwitz."

Nun überstürzte sich alles.

„Der Herr Trill!" schrie Ole Karsten vom Fußboden her und krabbelte sich mühsam zur Höhe.

„Du bist hier, mein Junge?" fragte, fassungslos und noch immer an allen Gliedern zitternd, der große Topp. Er wischte sich umständlich den Schweiß von der Stirne.

Vom Flur her kam es: „Wo ist denn der Besuch, Mine?"

„Im Extrastübchen, Vater!"

Theo Tass Trill zündete sich eine Zigarette an und bra[illegible] nun, gleichmütig vor sich hinpfeifend, auch die Hängela[illegible] an, die in der Mitte der Stube von der Balkendecke he[illegible] hing. Die drei Eingeschlossenen versuchten, sich u[illegible] Blinzeln zurechtzufinden.

Jetzt wurde die Tür von außen aufgestoßen und [illegible] Karsten rutschte auf seinen Schaflederhosen die Diele [illegible] lang. Im Türrahmen tauchte, verschmitzt lächelnd und [illegible] durch die Zähne pfeifend, August Linnekogel auf. Hi[illegible] ihm stand Mine. Auf einem Tablett balancierte sie d[illegible] Groggläser. Sie zwinkerte Theo Tass Trill zu und de[illegible] verstohlen auf das dritte Glas.

„Laß nur Vater", meinte sie, sich vor August Linnek[illegible] schiebend. „Es ist schon Licht. Herr Trill hat schon [illegible] gesorgt. Und hier sind die Grogs!"

August Linnekogel zog die Tür wieder hinter sich zu. [illegible] wußte, daß er sich auf seine Tochter verlassen konnte.

Mine setzte das Tablett auf den Tisch. Dann machte [illegible] eine Geste und setzte hinzu: „Wollen Sie nicht Platz nehm[illegible] Sie müssen doch vom Horchen schon ganz müde sein, [illegible] Trill? Haben Sie genug gehört? Eigentlich hätte ich [illegible] Ihnen gar nicht erlauben sollen."

„Wenn ich nicht gestört worden wäre ....", antwor[illegible] Theo Tass Trill und sah ärgerlich auf den Bürgermeis[illegible] „hätte ich sie alle in der Falle."

„Soll ich Ihnen den Grog herunterreichen, Ole Karst[illegible]

„Help mi mal upp, Deern!"

„Ich habe Ihnen ja gleich gesagt, Her Trill", schwa[illegible] Mine munter darauf los, „daß das Horchen an der Wand nichts Gutem führt. Aber Sie wollten ja nicht hören."

„Sie täuschen sich, mein Fräulein", entgegnete Theo [illegible] Trill. „Wenn dieser Dussel von Ole Karsten und der [illegible] Bürgermeister nicht dazwischengestolpert wären, hätte [illegible] schon gehört, was ich wollte. Man hat ja als Vorsitzen[illegible] des Jungmännerbundes die Pflicht, der Unordnung [illegible] dem Unglauben in jeder Weise entgegenzutreten."

(Fortsetzung folgt)

Revisionist Stalin

r russische Fünfjahrsplan ist ein Abklatsch der kapitalisti-
ationalisierung. Die Parallele der Folgen der fehler-
Nationalisierung zwischen der kapitalistischen Welt und
ußland ist ganz überraschend. Der volkswirtschaftlichen
ung auf der einen Seite steht die bittere Not auf der
gegenüber. Gigantische Werke werden in Sowjet-
erbaut — aber der Hunger, das Schlangestehen vor den
nittelläden, die Wohnungsnot, das Absinken des Real-
das ist die Kehrseite der technischen Phantasien.

n den technischen Meisterwerken, den Renommierbauten,
antischen Industriepalästen, die die russische Propaganda
italistischen Welt in teuersten Drucken zeigt, werden die
Arbeiter nicht satt. Das Experiment des Fünfjahres-
wird auf dem Rücken des russischen Volkes durchgeführt.
Albdruck lastet der Fünfjahresplan auf der russischen
rung.

e Experimentatoren stehen heute wieder einmal vor einer
Auf vielen Punkten ihres Systems haben sie sich ge-
Eine Reihe ihrer wesentlichsten Maßnahmen
als unwirksam, ja schädlich nicht nur für die
Volkswirtschaft, sondern auch für das Experiment des
resplans erwiesen. Stalin handelt in diesem Falle wie
Er wirft das Steuer gründlich herum. So sehr, daß
nerkündet wird, Stalin habe seinen kapitalistischen
on Damaskus gefunden. Auf einer Konferenz der
en Wirtschaftler Sowjetrußlands hat er unter dem Motto
renne, was du angebetet hast" eine Reihe von
nen der bisherigen Maßnahmen angekündigt, deren Ge-
einem völligen Kurswechsel fast völlig gleichkommt.

r wichtigste Punkt dabei ist die Aufhebung der
leichheit, die volle Durchführung differenzierter
ür qualifizierte und nicht qualifizierte Arbeit. Die Lohn-
t ist keineswegs eine sozialistische Forderung, aber sie war
alin und den Seinen zu einem Wesenselement des Kom-
aus gemacht worden. Die Aufhebung der Lohngleichheit
t daher nicht nur eine taktische, sondern eine grundsätzliche
lung, die die kommunistische Propaganda tief berühren
Noch stärker muß in dieser Richtung die Begründung
die Stalin dieser Schwenkung gegeben hat. Er ging
aus, daß die Begeisterung für die Sache allein nicht
und daß man, wenn man höhere Leistungen wolle, dem
chen Streben nach höheren Einnahmen Rechnung tragen
Man müsse den Arbeitern die Möglichkeit des
ikens in besserbezahlte Stellen geben.

e zersetzende und verderbliche Propaganda der Kommu-
n Partei gegen die sozialistische Arbeiterbewegung hat
tlich die Schichten schlechter entlohnter Arbeiter gegen
enannte Arbeiter-Aristokratie aufzuhetzen versucht. Sie
ine Klassentrennung innerhalb des Pro-
iats nach der Höhe des Lohnes behauptet.
dem Bekenntnis Stalins zum differen-
en Lohn bricht mit der Grundlage dieser
agande die Propaganda selbst zusammen.
ier Kommunist, dessen Thesen nicht von heute, sondern
stern sind, müßte sonst Stalin beschuldigen, daß er eine
ter-Aristokratie heranzüchten möchte und die
gut entlohnten Schichten verrate!

n noch schwererer Schlag gegen die bisherigen An-
gen der Stalinisten ist das Eingeständnis, daß die Be-
ng für die Sache nicht allein genügt. Wo bleibt das alles,
s die kommunistische Propaganda von den neuen Menschen
land, von ihrer Arbeitsbegeisterung, von der glühenden
von dem neuen Geiste erzählt hat? Wir gestehen offen,
lin damit nicht nur seiner eigenen Propaganda, sondern
er sozialistischen Propaganda überhaupt
schweren Schlag versetzt hat. Ohne Be-
ng ist die Verwirklichung sozialistischer Ideale nicht
— der Rückzug Stalins von der Begeisterung aber
primierend wirken. Hier tritt der grundsätzliche Fehler der
istischen Methode hervor. Sie hat die Lehren des
mus in der materialistischen Geschichtsauffassung mit
getreten. Sie hat geglaubt, durch den bloßen Willen
rch bloße technische Konstruktion den Sozialismus ver-
en zu können. Ihr Rückzug schädigt nun die geistigen
äfte des Sozialismus überhaupt.

alin fordert weiter eine energische Senkung der
kosten in den Betrieben. Der Ruf „Senkung
elbstkosten" hat für deutsche Arbeiter heute
fatalen Beigeschmack. Denn in der kapitalistischen
eißt Senkung der Selbstkosten Senkung der Löhne.
ferenzierung der Löhne gemeinsam mit der Senkung der
sten, das wird nicht eine Differenzierung nach oben,
eine Differenzierung nach unten bedeuten und
ahr ist nicht von der Hand zu weisen, daß die deutschen
isten bei neuen Lohnsenkungsforderungen
f Stalin berufen werden!

nd noch weiter: nur ein Direktor soll künftig in den
ellen Werken der Sowjetunion entscheiden. Wir werden
eben, daß unsere Forderung der Wirtschaftsdemokratie von
als viel zu radikal abgelehnt wird. Und noch weiter:
pezialistenhetze soll aufhören. Die Ingenieure,
isten, Techniker und Gelehrten des Bürgertums und der
chule müßten herangezogen werden, man dürfe sie nicht
ls abgefaßte Verbrecher und Saboteure ansehen. Das
n Theaterprozessen der letzten Zeit! Die Todesopfer der
en Methode werden leider durch Stalins Tag von
us nicht wieder lebendig werden.

nd noch weiter: die berühmte Fünftagewoche, die
ung des gemeinsamen Sonntags, diese letzte Errungen-
es bolschewistischen Experimentatorentums, die uns die
istische Propaganda als Quintessenz wahrhaft kommu-
Auffassung vorgeführt hat, wird aufgehoben. An ihre
soll wieder die sechstägige Arbeitswoche mit
gemeinsamen Ruhetag treten.

ist Revision auf der ganzen Linie. Zu allen praktischen
men hinzu aber auch eine Revision in der Ideologie.
Stalin hat in dieser sensationellen Rede erklärt, daß in
ußland nicht der Kommunismus herrsche, sondern
wischenstadium. Für diese selbe Behauptung sind
Bolschewisten, die den Stalinschen Experimenten ent-
ten, aus der Partei ausgeschlossen, von der Scheka gejagt,
Verbannung geschickt worden. Verbrechen, was du angebetet hast, so verkündet heute Stalin. Die, die nicht mit ihm das Dogma vom integralen Kommunismus angebetet haben, sind vor seinem Tag von Damaskus selbst verbrannt worden.

Diese Rede ist die grandioseste Preisgabe von fast allem, was die kommunistische Propaganda in der Welt als die größten Errungenschaften des Arbeiterparadieses unter der Herrschaft Stalins ausgeschrien hat. Dieser Tag von Damaskus kennzeichnet die Gewissenlosigkeit der bolschewistischen Experimentatoren. Wo ist hier die Zielgewißheit, wo die Schonung des kostbarsten Materials, mit dem sie experimentieren, nämlich der Menschen? Wo die Rücksicht auf Gewissen und Einheit der Ideologie? Ihre Politik ist ein schwankendes Hin und Her, ein Herumschneiden im lebenden Fleisch des russischen Volkes.

Diese Methoden können für die sozialistische Arbeiterbewegung nicht vorbildlich sein. So überwindet man den Kapitalismus nicht, weder organisatorisch, noch geistig. Diese Methoden münden schließlich ein in kapitalistische Bahnen und was sie erreichen werden, das wird nur ein Zerrbild des Kapitalismus sein, und noch dazu ein häßliches!

Brandmarkung Mussolinis

Schärfste Stellungnahme des Papstes gegen den Faschismus

Am 29. Juni hat der Papst ein neues Rundschreiben (Enzyklika) an die Bischöfe Italiens gerichtet, das erst gestern der Oeffentlichkeit zugänglich gemacht worden ist. Dieses Dokument beweist, daß der jüngst zwischen dem Vatikan und der italienischen Regierung ausgebrochene Konflikt nicht nur keineswegs beigelegt ist, sondern in schärferer Form denn je weiter geht.

Der Papst dankt zunächst den Katholiken aller Länder für die Solidarität, die sie in dem Konflikt um die katholische Aktion bewiesen haben. Rücksichtslos brandmarkt er abermals das Vorgefallene:

„Es handelt sich um eine Jugend und um eine Kindheit, die sicher zu dem Besten Unseres Guten gehört. Welche Härte und Gewalttätigkeiten **bis zu Schlägen und bis aufs Blut**, welche Unehrerbietigkeit in der Presse, des gesprochenen Wortes und der Taten gegen Dinge und Personen, die unsere nicht ausgeschlossen, gingen der Ausführung der unvorhergesehenen Polizeimaßnahmen voran, begleiteten sie und folgten ihnen! Und alle diese traurigen Begleitumstände und Verletzungen der Ehrfurcht und Gewalttätigkeiten spielten sich ab

unter Beteiligung von uniformierten Mitgliedern der (faschistischen) Partei, so daß Einem notwendig der Gedanke aufsteigt an Anordnungen, die von oben herab gekommen sind.

Man hat, wenn nicht alles, so doch sicher die hauptsächlichsten Erfindungen, Lügen und Verleumdungen der gegnerischen Parteipresse,

die allein Freiheit genießt

und der oft befohlen oder fast befohlen wird, alles zu sagen und zu wagen, zu einer allerdings vorsichtigerweise nicht offiziell sogenannten „Botschaft"

gesammelt.

Selten ist Uns selbst ein Dokument begegnet, das so tendenziös gehalten ist und so im Gegensatz steht zur Wahrheit und zur Gerechtigkeit gegenüber dem Heiligen Stuhl, gegenüber der Katholischen Aktion Italiens und ganz besonders gegenüber den so hart betroffenen Verbänden."

Noch nie seit der Unterdrückung aller Freiheiten durch den Faschismus ist in so unmißverständlichen Worten das faschistische System öffentlich gegeißelt worden. Allein die Feststellung, daß lediglich die faschistische Presse die Freiheit genießt und diese Freiheit mißbraucht, um auf Befehl der Regierung Mussolinis zu lügen, ist innerhalb der Grenzen Italiens geradezu eine Sensation.

Aber das ganze sehr lange Rundschreiben ist voll solcher unverblümter Anklagen. Der Papst polemisiert gegen die einzelnen Behauptungen jener nicht offiziell gezeichneten „Botschaft" Mussolinis, in der das Vorgehen der Regierung gegen die katholische Aktion namentlich mit der Behauptung begründet wurde, daß diese eine politische Tätigkeit entfalte. Die Enzyklika weist insbesondere darauf hin, daß in insgesamt 4000 Gruppen katholischer Männer und 5000 Vereinen der katholischen Jugend nur ganze vier Persönlichkeiten eine Führerstellung als Ortsleiter innehaben, die einst der Populari-Partei angehörten, also jener Katholischen Volkspartei, die wegen ihrer antifaschistischen Einstellung unter Führung Don Sturzos von Mussolini verfolgt und aufgelöst wurde.

Die Enzyklika macht dann folgende für Mussolini recht peinliche Feststellung:

„In keinem Staate der Welt ist die Katholische Aktion jemals als eine Gefahr für den Staat angesehen worden. In keinem Staat der Welt ist die Katholische Aktion so peinlich verfolgt worden wie in unserem Italien und hier in unserem römischen Bischofssitz selber. Und das ist wirklich eine widerspruchsvolle Lage, nicht von uns, sondern gegen uns geschaffen."

In seinem letzten Teil zieht das Rundschreiben die Folgerungen aus dem Konflikt und steigert dabei seine Angriffe auf den Faschismus mit unerhörter Schärfe:

„Wir stehen vor einem ganzen Gefüge unbestreitbarer Erklärungen und vor nicht minder unbestreitbaren Tatsachen, die keinen Zweifel an dem Vorsatz lassen, die Jugend von der frühesten Kindheit bis zum reifen Alter

völlig, ganz und ausschließlich für eine Partei, für eine Regierung in Anspruch zu nehmen, und das auf Grund einer Ideenwelt, die sich in eine wahre und eigentliche Vergötterung des Staates in heidnischem Sinne auflöst,

die nicht minder mit dem natürlichen Recht der Familie und mit dem übernatürlichen Recht der Kirche in vollem Widerstreit steht."

Es folgt eine für den Hochmut Mussolinis überaus peinliche Stelle:

„Es ist folglich ein ungerechtfertigter und mit dem Namen und Bekenntnis eines Katholiken unvereinbarer Widerspruch,

wenn einfache Gläubige kommen und die Kirche und ihr Oberhaupt darüber belehren wollen, was genügt und was genügen muß

für eine christliche Erziehung und Ausbildung der Seelen und um in der Gesellschaft und in der Jugend die Prinzipien des Glaubens mit ihrer vollen Auswirkung im Leben zu erhalten und zu fördern. Damit verbindet sich die ganz klare Offenbarung einer gänzlichen Unzuständigkeit und völligen Unkenntnis der in Frage kommenden Dinge."

Mit sorgfältig ausgesuchten Worten erinnert somit der Papst den sich schon für einen Halbgott haltenden Mussolini daran, daß er gegenüber dem Oberhaupt der katholischen Kirche nur ein „einfacher Gläubiger" ist wie jeder andere, und er verbittet sich energisch jede Belehrung von ihm über das, was die Kirche in ihrem religiösen Interesse für notwendig hält. Man spürt förmlich in diesen Worten die kaltblütige Absicht, Mussolini vor den Augen der katholischen Italiener zu demütigen und in seine Schranken zurückzuweisen.

Der faschistische Staat verlangt von jedem Bürger und sogar von der Jugend den Eid auf die Einrichtungen der Usurpatoren. Die Bischöfe hatten sich an den Papst mit der Frage gewandt, was sie den Gläubigen empfehlen sollten angesichts der Zwangslage, in der sich aus materiellen und sonstigen Gründen viele italienische Katholiken befinden. Papst Pius antwortet mit einem Rat, dem er eine für das System der Diktatur vernichtende Bemerkung voranschickt:

„Da wir wohl wissen, daß Mitgliedskarte und Eid für sehr viel die Vorbedingung für die Laufbahn sind . . . ."

Wenn ein gewöhnlicher Bürger, oder, besser gesagt, Untertan des faschistischen Staates eine solche Bemerkung öffentlich riskierte, würde er schnurstracks nach den Mittelmeer-Inseln deportiert werden.

Der Papst schlägt nun vor, daß den Gläubigen, denen der Eid aufgezwungen wird, innerlich nämlich

„vor Gott und dem eigenen Gewissen" den Vorbehalt machen, „unbeschadet der Gesetze Gottes und seiner Kirche" oder auch „unter Wahrung der Pflichten eines guten Christen" und damit den festen Vorsatz verbinden, einen solchen Vorbehalt auch nach außen zu bekennen, wenn sich dafür die Notwendigkeit ergeben sollte.

Es bleibt abzuwarten, wie die faschistische Regierung auf diese Kundgebung reagieren wird, die wohl die stärkste Kampfansage darstellt, die jemals bisher der Diktatur Mussolinis entgegengeschleudert worden ist.

Zuchthausstrafen im Leuna-Spionageprozeß

Leipzig, 4. Juli. (Eigener Drahtbericht.)

Der vierte Strafsenat des Reichsgerichts fällte am Sonnabend nach vierwöchentlichen, unter dem Ausschluß der Oeffentlichkeit geführten Verhandlungen im Leuna-Spionageprozeß mehrere Zuchthausstrafen.

Der Oekonomieverwalter Felix Amann wurde wegen militärischen Landesverrats in Tateinheit mit Anstiftung zum Diebstahl, Hehlerei, schwerer Urkundenfälschung und Vergehens gegen das Gesetz gegen den unlauteren Wettbewerb zu acht Jahren Zuchthaus und zehn Jahren Ehrverlust verurteilt. Ein Jahr und acht Monate der Untersuchungshaft werden angerechnet. Die gleiche Strafe erhielt der Händler Wilhelm Becker, mit dem Unterschied allerdings, daß ihm nur ein Monat der Untersuchungshaft angerechnet wird. Die Ehefrau des Becker erhielt wegen militärischen Landesverrats in Tateinheit mit Diebstahl und Vergehens gegen das Gesetz gegen den unlauteren Wettbewerb ein Jahr neun Monate Gefängnis. Ein Jahr und acht Monate der erlittenen Untersuchungshaft werden angerechnet. Der Bauingenieur Kühling wurde wegen versuchten militärischen Landesverrats in Tateinheit mit Vergehens gegen das Wettbewerbgesetz zu zwei Jahren sechs Monaten Zuchthaus verurteilt. Kühling werden eineinhalb Jahre der erlittenen Untersuchungshaft in Anrechnung gebracht. Weiter erhielten noch der Reichswehrgefreite Paul Vollrath zwei Jahre und der Berliner Bäckergeselle Haugk neun Monate Gefängnis. Der Kaufmann Leonhard Stau wurde zu sechs Jahren Zuchthaus und der Reichswehrobergefreite Sarter zu neun Monaten Gefängnis verurteilt. Der Schleifer Franz Allmann erhielt drei Jahre Zuchthaus und fünf Jahre Ehrverlust.

Die bei den Angeklagten gefundenen Spionagegelder wurden als dem Staat verfallen erklärt. Die Begründung des Urteils erfolgte unter Ausschluß der Oeffentlichkeit.

Die neue spanische Verfassung

deren Entwurf jetzt fertiggestellt ist, sieht vor: Einheitsstaat mit der Möglichkeit provinzieller Autonomie, Zweikammer-System, Präsidentenwahl durch das Parlament, Dauer des Präsidentenmandats sechs Jahre, Verantwortlichkeit des Präsidenten der Republik vor dem Kongreß, vollkommene Religions- und Kultusfreiheit, Abschaffung der Adelstitel, Gleichstellung der Frau, die wählen und gewählt werden und öffentliche Aemter bekleiden kann, obligatorischer und unentgeltlicher Volksschulunterricht, Möglichkeit der Enteignung von Grund und Boden im Staatsinteresse.

Britische Regierung und österreichische Finanzkrise

London, 6. Juli.

Der Außenminister verneinte heute im Unterhaus die Frage, ob im Hinblick auf die gegenwärtige Finanzkrise in Oesterreich mit der britischen Regierung oder durch den Völkerbund Besprechungen stattgefunden hätten oder Vorschläge für irgendeine finanzielle Hilfe für Oesterreich durch die britische Regierung allein oder in Zusammenarbeit mit anderen Regierungen gemacht worden seien. Henderson betonte jedoch, daß die britische Regierung der österreichischen Lage verständnisvolle Aufmerksamkeit widme in der Hoffnung, daß es seine Schwierigkeiten überwinden werde. Er wies darauf hin, daß die Bank von England kürzlich einen Vorschuß von vier Millionen Pfund gewährt habe.

Tagung des ständigen Komitees für Wissenschaft und Kunst in Genf

Genf, 6. Juli. (Eigener Drahtbericht.)

Das ständige Komitee für Wissenschaft und Kunst, das 1930 vom Völkerbund gegründet wurde, ist jetzt in Genf zum ersten Male zusammengetreten. Für Deutschland nimmt Thomas Mann an den Verhandlungen teil.

Eine rege Aussprache brachte in der ersten Sitzung die Uebereinstimmung, daß zwischen den literarischen und künstlerischen Organisationen aller Länder engere Verbindung hergestellt und den Intellektuellen die Beratungen ihrer technischen und sachlichen Interessen im Rahmen des Völkerbundes ermöglicht werden müßten. Dadurch würden die Intellektuellen auch an der Notwendigkeit und den Aufgaben des Völkerbundes stärker interessiert. Auf Einladung der Stadt Frankfurt a. M. wird das Komitee anläßlich des 100. Todestages Goethes im Jahre 1932 seine Sitzung in Frankfurt abhalten und zwar in der Woche vor Pfingsten, vom 8. bis 14. Mai.

Familien-Anzeigen

Am 3. Juli 1931 verschied nach langem, schwerem Leiden unser **Fabrikdirektor**

Karl Weiß

im besten Mannesalter. 151

Ein ehrendes Andenken bewahrt ihm

Die Arbeiterschaft der Firma Hydrometer A.-G., Breslau

Zentralverband der Zimmerer.

Am 5. Juli verschied unser langjähriges Mitglied, der invalide **Zimmerer**

Friedrich Lischke

im Alter von 55 Jahren.

Ein ehrendes Andenken bewahren ihm

Die Mitglieder der Zahlstelle Breslau.

Beerdigung Mittwoch, 8. Juli, vormittags 9 Uhr, von der Heilstätte Herrnprotsch.

Verband der Maler, Lackierer, Anstreicher etc.

Nachruf!

Am Freitag, dem 3. Juli, verstarb nach langem, schwerem Leiden unser Kollege, der **Maler**

Otto Thomas

im Alter von 20 Jahren. 2604

Ein ehrendes Andenken bewahren ihm

Die Mitglieder der Filiale Breslau.

Die Beerdigung hat bereits stattgefunden.

Deutscher Polier-, Werk- u. Schachtmeisterbund

Am Sonnabend, den 4. Juli, verstarb unser langjähriges Mitglied, der **Maurerpolier**

Hermann Brauner

im Alter von 80 Jahren

Sein Andenken wird stets in Ehren halten

Der Bezirksverein Breslau.

Beerdigung Mittwoch, den 8. Juli, nachmittags 4½ Uhr, von der Halle des St. Paulusfriedhofes in Cosel. 2605

Lebensbilder

erzählt von Willy Cohn

Wilhelm Liebknecht

Mit 1 Bildnis **90 Pfennige**

Volkswacht-Buchhandlung

Buchhandlung Volkswacht

Modernes Antiquariat

Breslau 3 Neue Graupenstraße 5

LIEBICH Theater Tel. 508 54 Tgl. 8¼ Uhr

Liebe mich

32 Bilder, 60 Mitwirk.

für 50 Pf. Orch. 2.50 Sess. 2 Mk.

Vorverkauf 12 - 2 Uhr

Urania

12 Monatshefte und 4 Bücher

Der proletarische Kosmos

Zu bezieh. durch die Geschäftsstelle d. Zeitung u. die Zeitungsträger.

Gesellschaftshaus Silesia, Neudorfstr. 54

2373

Heute Dienstag

Verkehrter Ball

Herren 75 Pf. :: Damen 25 Pf.

2599

WAPPENHOF

Heute Dienstag ab 4 Uhr:

Große Nachmittags-Varieté-Vorstellung

Lina u. Edmondo / Gretel v. Walden / Geschw. Weinhausen / Willi Gabrun / 2 Adones / 2 Edisons / Sums / Erik, Lou and Will / 3 Schwestern Pretsch / Fleurett-Ballett. Eintritt 30 Pf. Bei schöner Witterung findet die Vorstellung im Garten statt.

Ab 8 Uhr:

Das Riesen-Programm

2 Kapellen **BALL** Eintritt 50 Pf.

Proletarier! Beseitigt die Hindernisse des Sprachschranken! Lernt die Weltsprache **Esperanto**, die von Arbeitern aller Nationen gesprochen und verwendet wird

---

„Ein ganzes Jahr und [...]

haben Sie zu schauen, zu lesen und zu lachen an dem Riesenprach[...]

Zille's Hausschatz

Unter Mitarbeit von Hans Zille herausgegeben von Hans Ostwald

750 meist unveröffentlichte Bilder und **neun Vierfarben-Kunstdruck-Tafeln**

392 Seiten auf feinstem Papier — Vornehmer Großquartband in **Leinen** (Format 24,5 · 31,5 cm) mit mehrfarbigem Umschlag

Reiches Bildermaterial mit originellen Texten

Noch günstiger Subskriptionspreis 28.— M. oder

3.— M. monatlich

[...] Monatl. [...] für nur M. [...]

Jetzt bestelle[n] billiger Subskr[iption]

Bestellsc[hein]

Unterzeichneter bestell[t] der **Volkswacht-Buch**[handlung] Breslau, N Graupenstr. [5]

Zille's Hausschatz m[it ...] Bildern und neun Vierfarben-[...] tafeln / 392 Seiten, zweifarb. gedruckt[...] mer Großquartband in Ganzleinen m. G[...] Subskriptionspreis 28 M. gegen bar / ge[...] zahlung von 3 M. / Der ganze Betrag / die [...] folgt gleichzeitig / ist nachzunehmen. (Nichtgew[...] streichen.) Bis zur vollständig. Bezahlung d. Werke[s ...] selbe Eigentum der liefernden Firma. Erfüllungsor[t ...]

Ort u. Datum: ______

Name u. Stand ______

---

100 Mk. Darlehn sucht Parteigenosse von Selbstgeber auf 4 Monate gegen 120 Mk. Rückzahlung. Off. unt. **Nr. 149** Volkswachtbuchh. Breslau 5 Neue Graupenstraße 5.

Deckbetten r. Inlett

15.—, 20.—, 25.— u. 35.— Mk.
Kissen 5.—, 6.— u. 7.50 Mk.

Leihhaus Oelsnerstr. 12 I.

Viel Geld

verdienen Damen und Herren durch Verkauf dauernd gebrauchter Massenartikel. Angebote unter **B. 77** an die Volkswacht, Flurstr. 4.

Verkäufe

Viktor[ia]

500 ccm, elektr. Li[cht], kopfgest., verst. u [...] verkaufe für 260 Mk[...] Bauholz in Zahlung. Vorwerkstraße 15.

Kleine Anzei[gen]

[illegible] spaltige Anzeigen [...] käufen. Kaufgesuche [...] nur von Privaten. [...] 3 Pfennige, fett 4 Pf[...]

Gebraucht. Fahrrad [...] Hermann Dietrich, [...]

Gut erhalt. Phono[...] (mit Preisangabe) [...] gesucht Klose, Lehm[...]

Krüger: Störungen an Radio-Apparaten **2⁵⁰**

Krüger: Wie baue ich Radio-Fernempfänger **3²⁵**

Krüger: Selbstanfertigung von Radio-Apparaten . . . **3⁰⁰**

Technische Radio-Literatur

Volkswacht-Buchhandlungen Breslau

Neue Graupenstr. 5, Flurstr. 4.

Genossen, deckt Euren Bedarf bei unseren Inserenten!

Gaststätten u. Gasthöfe

Julius Rauchfuss, Scheitniger Str. 35

Zuletzt Mitinhaber der aufgelösten Firma Brennerei Waehner
Inhaber: **Richard Julius Rauchfuss.** — Keine Filiale.
Fabrikation, Verkauf, Ausschank und Gaststätte.

Drei Worte . . .
Waldhofbitter Schubert Breslau 5

Trinkt Nitschke-Crême

anerkannt vorzüglich

Fleisch- u. Wurstwaren

Georg Moese

Sandstraße Nr. 13 und Anderssenstraße Nr. 7
Fernsprecher 555 33

Hugo Hentschel Dtsch.-Lissa Dyhernfurt.Str.1a

Fabrik für ff. Fleisch- und Wurstwaren

Wilh. Land jr.

Lehmgrubenstr. 2 empfiehlt ff. Fleisch- und Wurstwaren zu billigsten Tagespreisen

Paul Merettig Matthias-Straße 148

Feinste Fleisch- und Wurstwaren

Alfred Just, Scheitniger Str. 23

Fabrik ff. Fleisch- und Wurstwaren

Paul Berndt Weißenburger Straße 4

ff. Fleisch- und Wurstwaren

Gustav Standke Friedrich-Karlstr. 5

ff. Fleisch- und Wurstwaren

Paul Merettig II

Feinste Fleisch- und Wurstwaren
Breslau-Gräbschen, [illegible]str. 28

Emil Lüdeck

Steinauer Straße 6
Fabrik ff. Fleisch- und Wurstwaren

Bitte bei allen Einkäufen stets die Inserenten unserer Zeitung zu berücksichtigen

Zigarren, Zigaretten

Wilhelm Gondek Oelsnerstraße 13 Telephon 444 25

Zigarren, Zigaretten, Tabake, anerkannt beste Qual.

Wäsche aller Art nur bei **Luiz Manneberg** Breslau, Reuschestr. 45

Paul Kursawe

Neudorfstr. 28
Fabrik ff. Fleisch- und Wurstwaren

Fritz Kaps

Klosterstraße 7
ff. Fleisch- und Wurstwaren

Fahrräder und Reparaturen

Fahrradhaus P. Schlape Tauentzienstraße 149

Fahrräder, Sprechapparate, Schallplatten

Fahrradhaus „Frisch auf"

Nikolaistraße 78/79
Bundesgeschäft d. Arb.-Radf.-Bundes „Solidarität".

Karl Borst jun. Steinauer Straße 12a

Fahrräder, Motorräder, Nähmaschinen, Sprechapparate
Reparaturwerkstatt. — Teilzahlung gestattet.

Karl Kapelle Steinauer Straße 31 Fahrradhandlung

Reparaturwerkstatt für Fahrräder und Motorräder

Fahrradhaus Gomolka

Sonnenplatz Ecke Telegraphenstraße
Fahrräder :: Motorräder :: Ersatzteile
Reparaturwerkstatt

Kaufhäuser

Kauft bei Blasse
Blasse ist billig

Nur Graupenstraße [illegible]

Wäsche, Strümpfe — meine Trümpfe

Badeanzüge

mod. Muster, von **95** Pf. an

Haus für Mode und Bedarf

Gräbschener Straße 18.

Oskar Baum Sternstraße 77 Ecke Hedwigstraße

Kleider — Blusen — Röcke — Wäsche
Schürzen — Strümpfe — Handschuhe
— Kleider- und Wäschestoffe —

Eisenwaren

Eisenwaren und Wirtschaftsartikel

kaufen Sie zu niedrigsten Preisen bei

Nosler & Moesner Brüderstraße 38 Ecke Tauentzienstr.

Molkerei-Produkte

Fernruf 532 95 **Alsen-Molkerei** Fernruf 532 95

Hermann Neugebauer, Alsenstr. 86
Milch, nach dem neuesten Verfahren dauerpasteurisiert, garantiert für Reinheit u. Qualität.

Molkerei Emanuel Ksoll Tel. 592 24

empfiehlt Voll-, Mager- u. Buttermilch, Butter, Weiß- u. Fettkäse in allererster Qualität aus eigener Molkerei. Ferner stets frisch zu den billigsten Tagespreisen alle Spezial-Fett- und Magerkäse in den Geschäften
Alsenstraße 21 und Lehmdamm 2.

Central-Dampfmolkerei Bettlern

Hermann Walter
Stadtgeschäft: Gabitzstraße 89
Der Neuzeit entsprechende, mustergült. Betriebseinrichtung. Spez.: Schlagsahne, Fettkäse u. Quarg.

Fettreiche Vollmilch

garantiert 3% Fett, sowie Schlagsahne, Kaffeesahne und sämtliche Molkereiprodukte offeriert:

Molkerei Herrmann, Kreuzburgerstr. 22 Telefon 265 26

Verlangen Sie stets und ständig die guten, schmackhaften Molkerei-Erzeugnisse sowie die fetthaltige, tiefgekühlte, wohlbekömmliche Vollmilch der Molkerei

Scheloske & Sohn, Breslau Klein-Tschansch

Fernruf 547 18 In sämtlichen durch unsere Plakate gekennzeichneten Spezialgeschäften erhältlich

Bäckereien und Konditoreien

Richard Scholz

Bäckerei und Konditorei — Blücherstraße 27
Anfertigung eleganter Herren- u. Damengarderobe nach Maß, Garantie für gut. Sitz — Niedrigste Preise

---

Metallbettstellen, Matratz[en]

Metallbettstellen / Matra[tzen]
Kinderbettstellen / Gasko[cher]

Beier & Olowinsk[i]

Breslau, Herrenstraße 31

Auch gegen monatliche Ratenzahlungen ohne Aufs[chlag]

Bekleidung

Hüte und Mützen

Hermann Barth

Gräbschener Straße 12 Teichstra[ße]

Schuh- und Lederwaren

Schuh-Vogel

Scheitniger Straße Nr. 12
Friedrich-Wilhelm-Straße [...]

Emil Kämpf Fried.-Wilh[elm]-straße [...]

empfiehlt Offenbacher Lederwar[en], Koffer, Schultaschen u. Aktenmapp[en] **zu billigsten, aber festen Preis[en]**

Die Genossen kaufen gut im

Schuhhof, Bohrauer Str. [...]

Reell u. billi[g]

Staats- und Privat-Lotterielose

Lehnert, Staatliche Lotterie-Einna[hme]

Breslau 5, Gräbschener Straße 1 (Sonnenpl[atz])
Postscheckkonto 67305 Fernruf 5[...]

Wo kauft man seine Ledersohlen? Bei Gutsche, überall empf[ohlen]

Albert Gutsche Breslau, Reuschestr. [...] Telephon 250[...]

Bekannt leistungsfähige Leder- u. Schuhbedarfsartikelhandlg. [...]
Gräbschener Str. 19/21 Matthiasstr. 14 Bohrauer Str. 27 [...]

Oswald Grunwal[d]

Tel. 215 78 Tauentzienstraße 130 Tel. 2[...]
Lederhandlung ◆ Zigarren ◆ Zigaretten ◆ T[abak]

Pfandhäuser

Beleihung von Wäsche • Betten • Kleidungsstücken • Gold- u. Silberwaren

Julius Grundmann Trebnitzer Straße 21.

Geld auf Pfände[r]

Leihhaus Rose

Friedrich-Wilhelm-Straße 67, Telefon 5361[...]
u. Brandenburger Straße 24, Telefon 396[...]

Wäsche, Berufskleidung

Leinenhaus Gotthard Völkel

Friedrich-Wilhelm-Str. 31 u. Albrechtstr. 56 (nahe Ring)

Gute Berufskleidung und Wäsche

Eigene Anfertigung

Bitte bei allen Einkäufen stets die Inserenten unserer Zeitung zu berücksichtigen

Ernst Glatz

Bohrauer Str. 37
Telefon: 308 94

Bäckerei und Konditorei

Der Wahre Jacob

Preis 30 Pf.

Volkswacht-Buchhandlung

Für die Redaktion verantwortlich: Walter Ludwig; für die Anzeigen: Max Lehm. — Redaktion: Brandenburgplatz 3. — Hauptexpedition: Flurstr. 4. — Verlag der „Volkswacht" G. m. b. H., sämtlich in B[reslau]

Breslauer Nachrichten

Freie Station ist abgeschafft

Gedanken über Verpflegungsgebührnisse bei einer Nächtigung im Polizeigewahrsam

Es dürfte sich im allgemeinen herumgesprochen haben, daß mit freier Station auf einer Polizeiwache nichts mehr ist. enn also heute jemand im alkoholisierten Dämmerzustand nicht hr nach Hause findet und seinen Rausch auf einer Polizeiwache schlafen muß, wohin ihn in solchen Fällen immer liebevolle nde geleiten, dann läßt die Uebernachtungs- und Verpflegungsrechnung nicht lange auf sich warten. Das ist vielleicht noch ht einmal so ganz unrichtig. Auf einer Bank in irgend einer lage wäre es vielleicht teurer geworden.

Anders ist es natürlich, wenn jemand gegen seinen Willen solcher Quartiernahme gezwungen wird. Wenn beispielsise ein Protestler gegen die Stahlhelmprovokationen am ichsfrontsoldatentag auf die Revierwache kommt und bei seiner ntlassung 90 Pfennige für die Beherbung bezahlen muß. Da rd die Geschichte nämlich komisch. Wenn da einer arbeitslos und als Lediger 3,50 Mark Unterstützung in der Woche bemmt, langt die Unterstützung nicht aus, alle Tage einer Woche ches Quartier zu beziehen. Und was macht man bloß mit nem, der gar keine Unterstützung erhält? Den könnte man — nn er nicht soviel bei sich hat, um diese „Aufenthaltsbührnisse" zu bezahlen, doch höchstens bestrafen. Vielleicht mit nem Tage Haft! Aber dann könnte er sich ja noch einen ganzen g durchfuttern lassen und dann würde ja eine Strafe aufren eine Strafe zu sein!

Man sieht, es gibt manchmal auch recht verzwickte Probleme. ßt man die, die garnichts haben, wegen ihrer Besitzlosigkeit bestraft laufen, dann kann mit Recht der andere entrüstet sein, noch 9 Böhm in der Tasche hat und die für die unfreiwillige wältigung ausgeben muß. Schließlich ist doch nicht einzusehen, rum der eine umsonst dabeiben kann, während der andere bezahlen muß. Und was macht man mit einem, der diese Situation nell erfaßt und seine im Portemonnaie vorhandenen Groschen das Eigentum anderer deklariert? Ein Ermittelungsverren über die Richtigkeit der Angaben? Das kann doch wieder ch kostspieliger werden, als der ganze Verpflegungssatz.

Man sieht, daß eine kleine Maßnahme zu allerlei Gedanken rleiten kann.

Die Abfahrt der Roten Falken in die Kinderrepublik „Harz"

Sonntag abend gestaltete sich zu einer eindrucksvollen Kundbung gegen die Mächte, welche am Werke waren, um die Fahrt ch der Schweiz zu verhindern. Unter allergrößten Schwierigten, doch mit zäher Ausdauer, wurde von den leitenden Stellen g der kurzen Frist, die zur Beschaffung eines anderen Lagers Verfügung stand, die Kinderrepublik „Harz" geschaffen. Ja, d wer bei der Abfahrt in die leuchtenden Augen der 160 Kinder denen trotz allergrößter Not ihrer Eltern die Mitfahrt ermöglicht wurde, der trug neue Freude und neue Begeisterung am für den Kampf der Arbeiter mit heim. Der lange Zug, der vom Gewerkschaftshause nach dem Hauptbahnhofe bewegte, an die Falken in ihren blauen Kitteln, ihren wehenden roten impeln und Fahnen und ihrer gut eingespielten Rotfalkenelle, dann die Fanfarenbläser der SAJ. und hinter diesen die ße Masse der Erwachsenen, welche den Kindern das Geleit gaben, egte bei den Sonntagsspaziergängern großes Aufsehen. Ein ansparent an der Spitze des Zuges mit den Worten: „Nach r Kinderrepublik Harz" erklärte den Vorübergehenden Bedeutung der Demonstration. Wer bei Abfahrt der Eisenhn auf dem Bahnsteig war, als der tausendstimmige begeisterte uß „Ferundschaft" erscholl, der weiß, daß trotz aller momentanen mmungen und Hindernisse der Geist des Sozialismus lebt und mals unterzukriegen ist. Wie tief der Sozialismus in unserer beiterschaft wurzelt, bewies die Unterredung mit einzelnen tern, die bei Hungerlöhnen und Arbeitslosigkeit es trotzdem möglichten, ein Kind mit in die Kinderrepublik zu schicken. Was an Opfern von Vater, Mutter und größeren Geschwistern, großeltern, ja selbst Onkels und Tanten gebracht worden sind, wieviel Heldentum oft dahinter steckt, um bei eigener großer t noch auf die allerbescheidensten Freuden zu verzichten, um em Kinde aus der Familie die Fahrt ins Zeltlager zu erglichen, davon kann sich ein von eingebildetem Heldentum efender Nazimann gar keinen Begriff machen. Ja es ist schon trotz Brüning, trotz Hitler und trotz Seldte: Ihr hemmt uns hl, doch ihr tötet den Geist nicht. Wer am Sonntag in die gen unserer Falken blickte, der weiß, daß der Sozialismus lebt d siegen wird.

und ihre Ankunft im Harz

ldet bereits ein aus Clausthal-Zellerfeld an unsere Redaktion ichtetes Telegramm:

CLAUSTHAL ZELLERFELD 26 1500
VOLKSWACHT FLURSTR 4/6
BRESLAU

ZEITUNGSNOTIZ SCHLESIER IN KINDERREPUBLIK HARZ GLUECKLICH ANGEKOMMEN REDAKTION DANK FUER ERHALTENES MATERIAL WUENSCHEN 30 VOLKSWACHT NUMMERN TAEGL POST CLAUSTHAL ZELLERFELD.

Wir geben es hiermit allen Eltern der in den Harz gereisten nder zu ihrer Beruhigung zur Kenntnis und freuen uns beders über ihr großes Interesse an ihrer sozialistischen Zeitung. r wünschen Ihnen in froher und freier Gemeinschaft beste golung und erhoffen weitere Stärkung ihres begeisterten lidaritätsbewußtseins.

Freundschaft
den schlesischen Kindern in der Harzer Kinderrepublik!

Um die Beiträge der AOK.

Um zu einer Sanierung der Allgemeinen Ortskrankenkasse in eslau zu kommen, hat die Beschlußkammer des Oberficherungsamtes Breslau verfügt, daß die Beiträge zur eslauer Allgemeinen Ortskrankenkasse von 6,6 auf 7,2 Prozent für die Mitglieder, die während einer Krankheit Arbeitsentt beziehen, von 4,95 auf 5,1 Prozent zu erhöhen sind.

Der Vorstand der Allgemeien Ortskrankenkasse Breslau hat Grund des § 328 der Reichsversicherungsordnung in Verbing mit § 387 RVO. gegen den Beschluß des Oberversicherungstes Breslau Beschwerde beim Reichsversicherungsamt eingelegt. ese Beschwerde bewirkt, wie die Allgemeine Ortskrankenkasse teilt, Aufschub der Beitragserhöhung.

An der Oder erhängt

Zwischen Ottwitz und Treschen wurde in den Nachmittagsnden des Montags am Oderufer ein alter Mann erhängt aufunden. Die Ermittlungen der verständigten Polizei haben geben, daß es sich um den 76jährigen Rentenempfänger N. aus Hubenstraße handelt.

Große Opfer des Verkehrs

10 Tote — 281 Verletzte im Monat Juni

Im vergangenen Monat hatte die Verkehrsabteilung des Polizeipräsidiums 427 Verkehrsunfälle zu registrieren, bei denen zehn Menschen — darunter drei Kinder ihr Leben opfern mußten. Weiter wurden bei diesen Unfällen 281 Personen verletzt, und zwar 117 derart schwer, daß sie sofort von der Unfallstelle in ein Krankenhaus eingeliefert werden mußten.

Der Monat Mai hatte eine noch größere Verkehrsunfallziffer, und zwar 461 erbracht. In diesem Monat brauchten allerdings nur fünf Breslauer als Opfer des Verkehrs ihr Leben einzubüßen. In zwei Monaten 15 Tote. Im Vorjahre waren es zu der gleichen Zeit nur elf. Die Anzeichen mehren sich, daß diese Zahl der Verkehrsopfer immer weiter steigt und es ist gar nicht abzusehen, wenn in dieser Beziehung einmal eine rückläufige Bewegung bemerkbar werden wird.

Man halte sich einmal dagegen, daß im Monat Juni 1227 Strafmandate ausgeteilt und 144 Verfahren bei der Amtsanwaltschaft anhängig gemacht wurden, ja sogar 29 Auf- und Abspringer von der Straßenbahn und 39 Fußgänger die die Verkehrsvorschriften nicht beachteten, zur Anzeige kamen und ebenfalls eine Ordnungsstrafe zu gewärtigen haben. Drei Kraftfahrern wurden überdies die Führerscheine entzogen und sechs wurden unter der Androhung der Entziehung letztmalig verwarnt.

Wenn Strafen zu einer Minderung dieser unfallsteigenden Uebetretungen beitragen würden, dann müßte das vorgenannte Maß von Polizei- und Gerichtsstrafen ganz gewiß zu einer Besserung führen. Die Tatsachen beweisen aber, daß das nicht der Fall ist.

Wenn aber selbst gesundheitlicher Schaden, der sich ja für jeden Verunglückten auch als ein materieller Schaden infolge des Krankseins auswirkt und eine noch hinzukommende Strafe nicht erzieherisch wirken, dann könnte man allerdings bald alle Hoffnung fahren lassen. Daß es so ist, kann man alle Tage im Breslauer Verkehr beobachten. Der Radfahrer, der irgendwo in höchster Gefahr schwebte, rast weiter, der Automobilist, der an einer Unfallstelle vorbeikommt, denkt nicht daran, sofort aus einem beobachteten Unfall eine Nutzanwendung zu ziehen.

Tempo, Tempo, bleibt trotz allem die Losung und deshalb liest auch mancher Fußgänger weiter auf seinem Zeitungsblatt, wenn er in den Hauptverkehrsstraßen über den Fahrdamm geht.

Ob man diese Schattenseite des Breslauer Verkehrslebens bedauert oder mißbilligt, bleibt gleichgültig, die Entwicklung der letzten Jahre lehrt jedenfalls, daß alle Mahnungen fast vergeblich verpuffen. Vielleicht wäre es ohne Verkehrsbestimmungen und Strafen noch schlimmer, vielleicht könnte ein weiterer Ausbau der Verkehrsregelung und eine noch eindringlichere Unfallverhütungspropaganda noch manches bessern, aber man kann bei der jetzigen Entwicklung gewiß ohne Uebertreibung behaupten, daß eine weitere behördliche Betätigung in dieser Richtung nicht besonders auffällig dazu beitragen wird, den Breslauer Verkehr weniger opferreich umzugestalten. Es ist schon so, daß die Zahl der auf der Strecke Liegenbleibenden zurückgehen wird, jemehr jeder einzelne Verkehrsteilnehmer an sich selbst anfängt vorsichtig zu sein und Rücksicht zu nehmen. Das Schimpfen auf den bösen andern allein ändert nichts.

Zwangsarbeit in Breslau

oder nur notwendige und berechtigte Maßnahmen des Wohlfahrtsamtes

Maßnahmen des Wohlfahrtsamtes gegenüber ledigen Landarbeitern, die von außerhalb nach Breslau kamen, waren Anlaß zu allerhand Irrtümern, und die „Arbeiter-Zeitung" schrieb bereits von einer Einführung der Zwangsarbeit hier in Breslau. Gegenüber solch irrigen Meinungen hat sich der Magistrat veranlaßt gesehen, folgende vom Städtischen Presseamt mitgeteilte Darstellung dieser Angelegenheit zu geben:

„Es handelt sich um ledige Landarbeiter, die von auswärts nach Breslau, angeblich wegen Arbeitsbeschaffung, zugezogen sind und die das Städtische Wohlfahrtsamt trotz seiner Bemühungen beim Arbeitsnachweis der landwirtschaftlichen Arbeitszentrale nicht hat vermitteln können. Da bei einem Teile dieser Personen vielleicht auch das Bestreben, sich selbst wieder in Landarbeit hineinzubringen, nicht ausreichend ist, sollten sie zur Erprobung ihrer Arbeitswilligkeit in der Heilstätte Herrnprotsch und in der städtischen Arbeitsanstalt zur Durchführung von landwirtschaftlichen, gärtnerischen und sonstigen Arbeiten verwendet werden. Die jungen Leute erhalten für die Arbeit freie Unterkunft und Verpflegung, außerdem ein Taschengeld von 1,50 Mark die Woche; ferner wird ihnen je Woche ein Betrag von 1 Mark eingespart, der ihnen nach 14tägiger Tätigkeit im Betrage von 2 Mark ausgezahlt wird. Endlich sind sie nach 14tägiger Beschäftigung berechtigt, für 3 Mark Kleidungsstücke zu entnehmen.

Die ledigen Leute erhalten sonst für die ganze Woche nur 7,50 Mark, wovon ihnen nach Bezahlung des Logis nur 3 Mark bis 4 Mark zum Lebensunterhalt übrig bleiben. Die mit den Landarbeitern jetzt getroffene Regelung ist demnach sehr viel günstiger.

Ein Teil der zur Arbeit Zugewiesenen hat von vornherein die Arbeit nicht angetreten oder schon am nächsten Tage wieder niedergelegt.

Das Wohlfahrtsamt hat durchaus nach den gesetzlichen Vorschriften gehandelt; von einer Zwangsarbeit kann keine Rede sein. Es kann sich auch das Recht nicht nehmen lassen, bei Zugewanderten die Gewährung von Unterstützung auch in Form von Naturalleistungen von der Leistung von Arbeit abhängig zu machen.

Im übrigen ist inzwischen festgestellt worden, daß die Beschwerden der Landarbeiter über schlechtes Essen und zu wenig Brot haltlos sind. Mit einem Drillichanzug sind sie deshalb versehen worden, weil sie bei Antritt der Arbeit sich beschwert hatten, ihre eigene Kleidung abtragen zu müssen. Also auch das ist im Interesse der Arbeiter geschehen."

Es läßt sich kaum etwas gegen eine solche Regelung einwenden, es sind Maßnahmen, die nicht zuletzt im Interesse Breslauer Wohlfahrtsunterstützungsempfänger liegen. Man hat lange gezögert, bis man zu solchen Maßnahmen griff, und erst als sich diese Fälle hier in Breslau besonders häuften, auf diese Weise zur Abwehr gegriffen. Im übrigen werden auch — um ein anderes Beispiel heranzuziehen — in Rußland die Zuziehenden vom Lande als zweitrangige Unterstützungsempfänger angesehen. Ja, es gab Zeiten, wo die sogenannten „Schwarzarbeiter", die vom Lande in großer Zahl in die großen Städte strömten, überhaupt keinerlei Unterstützung erhielten. Wenn sich die an Unterstützungsempfängern wirklich überreich gesegnete Stadt Breslau gegen solchen nicht notwendigen Zuzug zu schützen versucht, wird man kaum etwas dagegen einzuwenden haben.

Mordtat nach 9 Jahren bestraft

Der Mord wegen 40 Kronen bei Lauterwasser

Vor dem Breslauer Schwurgericht stand gestern der 29 Jahre alte Arbeiter Otto Karlitzek, um sich wegen schweren Raubes zu verantworten. Die Straftat wurde am 14. November 1922 zu Lauterwasser bei Hohenelbe in der Tschechoslowakei gemeinschaftlich mit dem 33jährigen Friseur Rudolf Weiß begangen.

Weiß stammt aus Lauterwasser. Er kannte auch das alte Ehepaar Mosig, das in Lauterwasser in einem abgelegenen Hause eine Verkaufsstelle für Tabakwaren und Ansichtspostkarten inne hatte. Die beiden überfielen nun die alten Leute und raubten 40 Kronen und zwei goldene Trauringe. Bei dem Raub wurde die Frau zu Boden geschlagen, ihr ein Knebel in den Mund gesteckt, daß sie bewußtlos wurde und auf den alten Mann wurde derart eingeschlagen, daß er an den Folgen der Verletzungen verstarb. Vor allem war ihm auch eine Schnur um den Hals gelegt worden. Trotzdem sich die Täter das Gesicht schwarz angestrichen hatten, war Weiß doch erkannt worden, war allerdings nicht aufzufinden, weil er sich wieder nach Deutschland gewandt hatte. Hier hat er im Laufe der Jahre eine ganze Reihe Straftaten, Raubüberfälle und Einbruchsdiebstähle begangen, so daß er inzwischen zu der höchsten Strafe mit 15 Jahren Zuchthaus verurteilt wurde. Er war im Jahre 1929 in Sachsen wegen aller dieser Straftaten verhaftet worden, die er zum großen Teil auch eingestand. Da er auch im Verdacht stand, in seinem Heimatort eine ganze Familie von drei Personen ermordet zu haben, tauchte der Verdacht auf, daß er auch ein Mittäter bei dem Mosigschen Raubüberfall sein könne. Er gab auch das zu, doch stellte er die Tat so dar, als ob er sich lediglich mit der Frau beschäftigt hätte, und der Mittäter, dessen Namen er nicht kenne, dem Manne die tödlichen Verletzungen beigebracht habe. Er erklärte dazu, daß er darüber derart empört gewesen sei, daß er seinen Komplizen deshalb habe erschießen wollen. Karlitzek war bereits im Jahre 1924 in den Verdacht geraten, einer der Räuber von Lauterwasser zu sein. Er wurde verhaftet und blieb fast ein Jahr in Untersuchungshaft. Er bestritt aber die Tat und da sie ihm nicht nachzuweisen war, mußte er außer Verfolgung gesetzt werden.

Als Weiß im Jahre 1929 verhaftet wurde, wurde er Karlitzek gegenübergestellt. Da bezeichnete Weiß ihn sofort als den Mittäter von Lauterwasser. Karlitzek, der sich seit Anfang 1930 wieder in Untersuchungshaft befindet, bestritt, daß er derjenige gewesen sei, der dem alten Mann die schweren Verletzungen beigebracht habe. Mosig war aber noch einmal zum Bewußtsein gekommen und hatte angegeben, daß ihn der größere der beiden Räuber, das war Karlitzek, geschlagen habe. Dieses hatte auch die Ehefrau bei ihrer Vernehmung ausgesagt. Da Frau Mosig auch inzwischen verstorben ist, war den seinerzeit gemachten Angaben des Ehepaares zu folgen, die mit den Aussagen des Mittäters Weiß übereinstimmten. Weiß war als Zeuge an Gerichtsstelle. Er wurde unter besonderen Vorsichtsmaßregeln vorgeführt und wird nun an Tschechien ausgeliefert werden, um sich wegen dieses Raubes zu verantworten. Im Gegensatz zu den schweren Vorstrafen des Weiß in Karlitzek nur unbedeutend vorbestraft. Er hat im Jahre 1926 eine Frau mit drei Kindern geheiratet, war arbeitsam und sorgte immer für die Familie. Da er nach dem Gutachten der sachverständigen Aerzte ein geistig minderwertiger Mensch und wohl auch der Verführte ist, beantragte der Staatsanwalt die Mindeststrafe von zehn Jahren Zuchthaus und fünf Jahren Ehrverlust. Rechtsanwalt Dr. Unikower wies darauf hin, daß dem Angeklagten eine ganze Reihe Milderungsgründe zur Seite ständen und man möge ihn deshalb nicht aus dem schweren § 251 des B.St.B., sondern ihn aus § 250 verurteilen, der mildernde Umstände zuläßt. Nach dem Ergebnis der Beweisaufnahme war aber daran kein Zweifel, daß Karlitzek Mittäter an einem schweren Raube war, bei dem ein Mensch ums Leben kam. Das Gericht war deshalb bei Abmessung der Strafe an die gesetzlichen Bestimmungen gebunden, trotzdem es nicht verkannte, daß dem Angeklagten eine Menge Milderungsgründe zur Seite standen. Das Urteil lautete auf die Mindeststrafe von zehn Jahren Zuchthaus. Zwei Jahre wurden ihm als verbüßt angerechnet; der Haftbefehl bleibt aufrechterhalten.

Humor des Auslandes

Der Irrtum des Baßgeigers. (Judge.)

einmal befinden, der Hoffnung Ausdruck gibt, daß Deutschland nunmehr langfristige Kredite zur Verfügung gestellt werden.

Die Berliner Morgenpresse

gibt, soweit sie zu dem Ergebnis der Pariser Verhandlungen überhaupt Stellung nimmt, zum Teil der Hoffnung Ausdruck, daß nunmehr die Situation eine Entspannung erfährt und die Spannung der letzten Tage einem Gefühl der Beruhigung weiche.

Die „Germania" schreibt zu dem Ausgang in Paris u. a.: daß trotz des grundsätzlichen Festhaltens Frankreichs an dem Haager Prinzip „noch nicht das letzte Wort über die deutsche Zahlungsfähigkeit in den kommenden Jahren gesprochen sein kann".

Pariser Morgenblätter über die französisch-amerikanische Einigung

Paris, 7. Juli.

Zu dem Abschluß der französisch-amerikanischen Verhandlungen über den Hooverschen Vorschlag äußert sich fast die gesamte Morgenpresse.

„La Republique" erklärt: Wir können uns zu einem derartigen Ergebnis nur beglückwünschen. Ein Abbruch würde das Signal zur allgemeinen Unordnung gewesen sein. Hoovers Vorschlag stellt einen Beginn dar. Er wird zu nichts dienen, wenn er sich darauf beschränkte, eine Schwächung Deutschlands zu vermeiden und wenn ihm nicht ein Plan folgen würde, der es Deutschland gestattet, sich wieder zu erheben. Frankreichs Sache sei es, diesen Plan vorzulegen.

Im „Populaire" schreibt Léon Blum: Hoovers Vorschlag wird nur einen Aufschub bedeuten, an deren Ausgangspunkt eine zäh und methodisch durchgeführte Gesamtaktion liegt. Es geht um den Frieden.

„Oeuvre" schreibt, daß die französische Regierung sich wohl nicht mit den in Washington abgegebenen ruhigen Erklärungen des Reichskanzlers über die Verwendung der Einsparungen zufriedengeben werde, sondern die Versicherung zu erhalten gedenke, daß die dem deutschen Budget gewährten Erleichterungen weder zur Heraufsetzung der deutschen Rüstungen noch zu einer Art industrieller Inflation verwendet werden.

In diesem Sinne äußert sich auch der offiziöse „Petit Parisien".

Ein neuer Kredit für die Reichsbank?

Newyork, 6. Juli.

Eine Anzahl in Wallstreet führender Bankiers hielt heute längere Besprechungen über die deutsche Kreditlage ab. Gerüchtweise verlautete, daß prominente Banken einen neuen Kredit in Höhe von 50 Millionen Dollar für die Reichsbank in Erwägung gezogen haben.

Keine Verlängerung der Wahlperiode des Preußischen Landtages

Berlin, 6. Juli.

Die Meldung eines Berliner Blattes über angebliche Pläne amtlicher preußischer Kreise, die Wahlperiode des gegenwärtigen preußischen Landtages über den durch die preußische Verfassung gegebenen Termin hinaus zu verlängern, wird uns von berufener Seite als völlig haltlos bezeichnet.

Auflösung der Reichsführerschule der NSDAP.

München, 6. Juli.

Nach einer Meldung der „Münchener Post" wurde auf dem Gelände der ehemaligen Orbis-Film-A.-G. in Neu-Grünwald die Reichsführerschule der nationalsozialistischen SS. bei einer verbotswidrigen Uebung in Uniform von der Gendarmerie festgestellt und aufgelöst.

Studentenausschreitungen in Marburg

Marburg-Lahn, 6. Juli.

Die hiesige Studentengruppe der Nationalsozialistischen Deutschen Arbeiterpartei hatte für morgen eine Protest-Kundgebung gegen den Versailler Friedensvertrag unter freiem Himmel geplant, die aber in Verfolg eines Regierungserlasses von der Stadtverwaltung nicht genehmigt wurde. Die Gruppe berannte daraufhin gegen dieses Verbot eine Protestkundgebung in den „Stadtsälen" an, zu der etwa 300 bis 400 Personen erschienen. Während der Kundgebung ertönten Schmährufe gegen die Reichsregierung, sowie den Oberbürgermeister der Stadt, die sich auch wiederholten, als die im Saale anwesende Polizei zur Ordnung mahnte. Daraufhin wurde die Versammlung polizeilich aufgehoben.

Auf der Straße rotteten sich dann die nationalsozialistischen Studenten zusammen und zogen unter dem Gesang von Kampfliedern zu der Wohnung des Oberbürgermeisters. Ein starkes Polizeikommando suchte die Zusammenrottungen zu zerstreuen, was ihm jedoch erst nach Anwendung des Gummiknüppels gelang. Als sich die Zusammenrottungen vor der Universität wiederholten, griff auch hier die Polizei ein. Die Namen zahlreicher Ruhestörer wurden festgestellt.

Nazi wegen Landfriedensbruch verurteilt

Das Schöffengericht Jena verurteilte den Führer der Jenaer SA., den Nationalsozialisten Gollansky, wegen schweren Landfriedensbruches zu drei Monaten und seinen Komplizen Lengelsen, ebenfalls ein Nationalsozialist, zu sechs Monaten Gefängnis. Beide hatten im Dezember vorigen Jahres den Kellner Höllein, einen Bruder des verstorbenen kommunistischen Reichstagsabgeordneten, überfallen und mißhandelt. Höllein wurde von den beiden Nationalsozialisten besinnungslos geschlagen und blieb längere Zeit blutüberströmt auf der Straße liegen.

Kommunistenverhaftungen in Berlin

Ist der Mörder des Oberwachtmeisters Kuhfeld dabei?

Die Berliner Polizei hat am Montag in der Linienstraße ein kommunistisches Verkehrslokal ausgehoben und 18 Personen festgenommen. Die polizeiliche Aktion erfo[lgte] im Zusammenhang mit dem Mord an dem Berliner Schupowa[chtmeister] Kuhfeld, der in der vergangenen Woche während ei[ner] kommunistischen Demonstration in der Frankfurter Allee [zum] Opfer seines Dienstes wurde.

Als die Beamten in das Lokal eindrangen, befanden [sich] in ihm etwa 50 Personen, die einer Leibesvisitati[on] unterzogen wurden. 18 Personen erwiesen sich als [verdä]chtig, an der Verabredung der Demonstration in der Fra[nk]furter Allee und an der dortigen Schießerei beteiligt gewesen [zu] sein. Unter den Festgenommenen vermutet man auch [den] Mörder des Oberwachtmeisters Kuhfeld.

Zur Nachahmung empfohlen

Amsterdam, 6. Juli. (Eigener Drahtbericht.)

Eine Friedensaktion größten Stils wird von [der] gesamten niederländischen Tagespresse ohne Unterschied [der] Richtung vom 8. bis 20. Juli durchgeführt werden. Allen Tag[es]zeitungen werden gedruckte Formulare beigelegt, in denen je[der] Niederländer über 18 Jahre durch seine Unterschrift seinen [ent]schiedenen Willen zum Frieden und zur allgemeinen Abrüst[ung] bekunden soll. Auf diese Weise sollen Millionen von Unterschrif[ten] gesammelt werden, die schließlich durch ein besonderes Kom[itee] der Abrüstungskonferenz des Völkerbundes im Februar 1932 ü[ber]reicht werden sollen.

Ruhe im Hitlertheater

Nachdem das Münchener Schnellgericht die ersten Gefängnisstrafe[n] verhängte — Die Münchener Universität wieder geöffnet

München, 6. Juli. (Eigener Drahtbericht.)

Seit Montag sind vor dem Hitler-Palais die Verhältnisse wiedernormal. Der Verkehr ist zwar noch etwas lebhafter als sonst, doch scheint Hitler die Demonstrationen seiner jugendlichen Rowdys, die seit fünf Tagen die Bannmeile der Stadt in Unruhe gehalten haben, abgestoppt zu haben. Die uniformierten Posten sind verschwunden, dafür patrouilliert auf den Gehsteigen da und dort ein polizeilicher Doppelposten.

In einem Aufruf Hitlers, den er in seinem Organ veröffentlicht, wird mitgeteilt, daß zur Feststellung der Rechtswidrigkeit der polizeilichen Maßnahmen, insbesondere des Postenstehens auf parteieigenem Grund, eine gerichtliche Entscheidung grundsätzlicher Art herbeigeführt werden soll. Zu diesem Zweck hat sich Hitler von dem nationalistischen Göttinger Rechtsanwalt Lütgebrune, der 1924 im Hitlerputsch-Prozeß Ludendorff verteidigte, ein Gutachten anfertigen lassen. Lütgebrune ist so rasch im Braunen Hause in München eingetroffen, daß er zum Teil noch Zeuge [der] polizeilichen Aktion gewesen ist.

Einen heiteren Beigeschmack hat die Anzeige von S[ieben] Führern, die bei der Säuberungsaktion am Sonnabend [in Haft] haftet und für einige Stunden im Polizeipräsidium festgeha[lten] worden sind. Diese haben gegen den Polizeipräsidenten St[ützel] anzeige wegen Freiheitsberaubung gestellt. Präsident Koch sch[eint] sich aber nicht einschüchtern zu lassen, denn er hat neuerdings [die] Versammlungen Hitlers verboten, die am Mittwoch im Zi[rkus] Krone und in einem Bierkeller stattfinden sollten. Ein[en] Eindruck scheint es auf die Hakenkreuzhetzer auch gemacht zu ha[ben], daß einer von den am Sonnabend verhafteten Rowdys von [dem] Schnellrichter bereits mit 6 Monaten Gefängnis bestraft worden [ist].

Auch an der Universität, die am Montag vormi[ttag] wieder geöffnet wurde, scheint zunächst Beruhigung eingetreten [zu] sein. Der Zutritt zur Universität ist nur durch den Haupteing[ang] in der Ludwigstraße gestattet und nur solchen Studenten [und] Hörern, die sich mit Karten ausweisen können. Innerhalb [des] Gebäudes ist ein Ordnungsdienst tätig, dem 30 Studenten [und] einige Universitätsbeamte angehören. Das Rektorat hat a[llerdings] mit diesem Ordnungsdienst den Bock zum Gär[tner] gemacht, denn er besteht im wesentlichen aus Nazistuden[ten] und gerade aus jenen, die bei dem Skandal am Dienstag sich [am] die ärgsten Schreier hervorgetan haben. Selbst der berücht[igte] Führer des Nazistudentenbundes, Reese, tritt nun als Ordnu[ngs]mann mit einer gelben Armbinde auf. Die Vorlesungen [des] Professors Nawiasky verliefen am Montag ungestört. Gegen [ihn] richtet sich neuerdings eine Interpellation der Hakenkreuzfrak[tion] des Landtags, die auch von den Deutschnationalen mit un[ter]schrieben ist.

Einen üblen Erpressertrick hat sich der Führer [des] bayrischen Stahlhelms, der berüchtigte Nationalrevol[ver]Oberst a. D. Lenz, geleistet. Die angebliche Tatsache, daß [die] Stahlhelmer in Zivil mit dem Bundesabzeichen von der Po[lizei] gestellt wurden, gab ihm Veranlassung zu einem Brief an [den] Innenminister. Darin fordert er die sofortige Aufhebung [der] gegen das Hitler-Rowdytum gerichteten polizeilichen Maßnah[men]. Die Ehre des Stahlhelms verlange die Abänderung des Unifo[rm]verbots. Erfolge sie nicht, dann werde er — der Großpensio[när] der Republik — in der Stahlhelmzeitung und in anderen [allen] zugänglichen Organen der reichsdeutschen Presse seine Kamera[den] aus dem ganzen Reich vor dem Betreten Münchens warnen. [Der] Innenminister hat diese versuchte Erpressung damit beantwo[rtet], daß er den Brief des Stahlhelmers der Oeffentlichkeit übe[rgab] und „mit Rücksicht auf die unerhörte Drohung jede we[itere] Antwort an den Herrn Oberst ablehnte".

Kurze Meldungen

Die anfänglich für Mitte dieser Woche in Aussicht genommene Sitzung des Parteiausschusses der SPD. findet erst am Dienstag, den 14. Juli, statt. Die Verschiebung erfolgte auf Wunsch von Mitgliedern des Parteiausschusses, die während dieser Woche durch Tagungen des Sächsischen Landtages in Anspruch genommen sind.

* * *

In Marseille ist am Sonntag bei einer Ersatzwahl für den verstorbenen radikalen Senator Pasquet der sozialistische Kandidat Bon mit 257 Stimmen in den Senat gewählt worden. Auf den radikalen Kandidaten vereinigten sich 202 Stimmen.

* * *

Die kommunistische Presse hatte dieser Tage behauptet, daß die Berliner Polizeibehörde bewaffnete Polizeiprovokateure zu Demonstrationen entsende. An dieser Behauptung ist, wie der Berliner Polizeipräsident mitteilt, kein wahres Wort.

* * *

In Moskau ist in den Räumen des staatlichen Instituts für neue westliche Kunst eine Ausstellung des Dessauer Bauhauses eröffnet worden. Die Ausstellung erstreckt sich auf die sogenannte dritte Bauhausperiode unter der Leitung Hans Meyers. Hans Meyer, der im Jahre 1930 aus der Bauhausleitung ausschied, ist gegenwärtig mit mehreren Mitarbeitern in Moskau tätig.

* * *

Paris, 7. Juli. (Eigener Funkbericht.)

Die französische Regierung wird bereits heute oder morgen eine Konferenz zur Verständigung über die Durchführungsmodalitäten einberufen. An der Konferenz werden Deutschland und seine Hauptgläubiger teilnehmen.

Zur Gesichts-Bräunung aber auch [Bräunung] ganzen Kö[rper] bei Son[nenbädern] verwende man die reizmildernde und kühlende Creme Leodo[r] fettfrei in roter Packung; fetthaltig in blauer Packung, — Tube 60 Pf. und 1 [RM.] Wirksam unterstützt durch Leodor-Edelseife Stück 50 Pf. Zu haben in [allen] Chlorodont-Verkaufsstellen.

Theo Tass Trill

Der große Lügner

Eine deutsche Heldengeschichte von Erich Herrmann

[Copyright 1931 by Schlesierdruck G. m. b. H. Breslau.]

64) (Nachdruck verboten)

„Sind sie fort, Ole? Ich fürchtete schon, sie werden uns hier erstürmen. Es sind doch sicher über zweihundert Menschen im Saale gewesen. Und die Arbeiter haben Fäuste! Wenn die auf mich losgegangen wären, nichts wäre ganz geblieben. Machen Sie bloß rasch Licht! Es muß doch noch jemand hier sein!"

„Dee hawen een Hasen mackt, Herr Burmeester!"

„Licht, Ole! Um Gotteswillen Licht!"

Die Stimme klang ängstlich und zittrig.

„Ik heww dat Füertüg funnen... Glik..."

Man hörte das Anstreichen, dann flammte der Lichtschein auf. Im gleichen Augenblicke pustete Theo Tass Trill, der neben Ole stand, das Zündholz wieder aus.

„Dunnerslag!" fluchte Ole Karsten.

„Ist wer hier?" schrie Topp und zitterte an allen Gliedern.

Stille.

„Ich... frage... zum... zweiten... Male: Ist... wer... hier?"

Stille. Man hörte nur das Schnaufen von Ole Karsten.

„Es... muß... wer... hier... sein?" fragte Topp wieder. Seine Stimme klang heiser. „Ant... wort!... Oder... ich... muß... Ich schie... ße!"

Theo, der dem Bürgermeister zufrente, daß er in seiner Angst um sich schoß, begriff, daß nun für ihn der letzte Augenblick zur Flucht kam. Aber wie brachte er Ole Karsten, der wieder ein Zündholz aus der Schachtel herausnahm, von der Tür fort? Ole Karsten war breitbeckelig und kräftig. Auf einen Kampf mit ihm konnte man es nicht ankommen lassen.

Theo entschloß sich, Ole mit einem Griff die Beine wegzuziehen. Er duckte sich, und als das Streichholz wieder aufflammte, umfaßte er die Beine Ole Karstens und versuchte den Ruck. Der Nachtwächter verlor zwar das Gleichgewicht, aber er sackte nur in sich zusammen und rutschte mit dem Buckel an der Tür entlang. Jetzt saß er gemütlich mit dem breiten Rücken gegen die Tür. Der Ausgang war nun erst recht versperrt.

„Herr Burgemeester!" schrie Ole Karsten, „scheeten Sei nich! Ick hebb'n faßt!"

„Wen?"

„Hei kömmt nich herut. Ick sitz vor dee Dör! Ick hebb dee Berliner Uppwiegler!"

„Haben Sie ihn?"

„Hei hett sik an mi vergripen!"

„Das ist Widerstand gegen die Staatsgewalt! Zu Hilfe!... Zu... Hil... fe!... Linnekogel!" brüllte der große Topp.

Jetzt zeigte sich Theo Tass Trill auf der Höhe. Er hatte längst begriffen, wem der Besuch des Bürgermeisters galt. Mit dem Bewußtsein, daß man ihm selbst nicht nachgestellt hatte, kehrte seine Sicherheit zurück. Die Flucht war unmöglich geworden, also mußte er sich mit einer Flunkerei aus der Lage retten.

„Wenn Sie es so anfangen, Herr Bürgermeister", rief er spöttisch, „dann werden Sie die Roten niemals in die Falle kriegen. Da müssen Sie's schon so machen wie ich: Rechtzeitig und geräuschlos! Wenn Sie mich nicht gestört hätten, wäre ich an mein Ziel gelangt. Zum Besten von ganz Pudlwitz."

Nun überstürzte sich alles.

„Der Herr Trill!" schrie Ole Karsten vom Fußboden her und krebbelte sich mühsam zur Höhe.

„Du bist hier, mein Junge?" fragte, fassungslos und noch immer an allen Gliedern zitternd, der große Topp. Er wischte sich umständlich den Schweiß von der Stirne.

Vom Flur her kam es: „Wo ist denn der Besuch, Mine?"

„Im Extrastübchen, Vater!"

Theo Tass Trill zündete sich eine Zigarette an und bran[nte] nun, gleichmütig vor sich hinpfeifend, auch die Hängelam[pe] an, die in der Mitte der Stube von der Balkendecke her[ab] hing. Die drei Eingeschlossenen versuchten, sich un[ter] Blinzeln zurechtzufinden.

Jetzt wurde die Tür von außen aufgestoßen und [Ole] Karsten rutschte auf seinen Schaflederhosen die Diele e[nt]lang. Im Türrahmen tauchte, verschmitzt lächelnd und l[eise] durch die Zähne pfeifend, August Linnekogel auf. Hi[nter] ihm stand Mine. Auf einem Tablett balancierte sie d[rei] Groggläser. Sie zwinkerte Theo Tass Trill zu und deu[tete] verstohlen auf das dritte Glas.

„Laß nur Vater", meinte sie, sich vor August Linneko[gel] schiebend. „Es ist schon Licht. Herr Trill hat schon [alles] gesorgt. Und hier sind die Grogs!"

August Linnekogel zog die Tür wieder hinter sich zu. [Er] wußte, daß er sich auf seine Tochter verlassen konnte.

Mine setzte das Tablett auf den Tisch. Dann machte [sie] eine Geste und setzte hinzu: „Wollen Sie nicht Platz nehm[en]? Sie müssen doch vom Horchen schon ganz müde sein, H[err] Trill? Haben Sie genug gehört? Eigentlich hätte ich [es] Ihnen gar nicht erlauben sollen."

„Wenn ich nicht gestört worden wäre ....", antwort[ete] Theo Tass Trill und sah ärgerlich auf den Bürgermeis[ter], „hätte ich sie alle in der Falle."

„Soll ich Ihnen den Grog herunterreichen, Ole Karste[n]?"

„Help mi mal upp, Deern!"

„Ich habe Ihnen ja gleich gesagt, Her Trill", schwa[tzte] Mine munter darauf los, „daß das Horchen an der Wand nichts Gutem führt. Aber Sie wollten ja nicht hören."

„Sie täuschen sich, mein Fräulein", entgegnete Theo T[ass] Trill. „Wenn dieser Dussel von Ole Karsten und der l[ahme] Bürgermeister nicht dazwischengestolpert wären, hätte [man] schon gehört, was ich wollte. Man hat ja als Vorsitzen[der] des Jungmännerbundes die Pflicht, der Unordnung u[nd] dem Unglauben in jeder Weise entgegenzutreten."

(Fortsetzung folgt)

Revisionist Stalin

r russische Fünfjahrsplan ist ein Abklatsch der kapitalisti- ationalisierung. Die Parallele der Folgen der fehler- Nationalisierung zwischen der kapitalistischen Welt und ußland ist ganz überraschend. Der volkswirtschaftlichen bung auf der einen Seite steht die bittere Not auf der gegenüber. Gigantische Werke werden in Sowjet- erbaut — aber der Hunger, das Schlangestehen vor den nittelläden, die Wohnungsnot, das Absinken des Real- das ist die Kehrseite der technischen Phantasien.

n den technischen Meisterwerken, den Renommierbauten, antischen Industriepalästen, die die russische Propaganda italistischen Welt in teuersten Drucken zeigt, werden die n Arbeiter nicht satt. Das Experiment des Fünfjahres- wird auf dem Rücken des russischen Volkes durchgeführt. n Albdruck lastet der Fünfjahresplan auf der russischen rung.

e Experimentatoren stehen heute wieder einmal vor einer Auf vielen Punkten ihres Systems haben sie sich ge- Eine Reihe ihrer wesentlichsten Maßnahmen als unwirksam, ja schädlich nicht nur für die Volkswirtschaft, sondern auch für das Experiment des resplans erwiesen. Stalin handelt in diesem Falle wie Er wirft das Steuer gründlich herum. So sehr, daß verkündet wird, Stalin habe seinen kapitalistischen on Damaskus gefunden. Auf einer Konferenz der en Wirtschaftler Sowjetrußlands hat er unter dem Motto renne, was du angebetet hast" eine Reihe von nen der bisherigen Maßnahmen angekündigt, deren Ge- einem völligen Kurswechsel fast völlig gleichkommt.

r wichtigste Punkt dabei ist die Aufhebung der leichheit, die volle Durchführung differenzierter ür qualifizierte und nicht qualifizierte Arbeit. Die Lohn- t ist keineswegs eine sozialistische Forderung, aber sie war alin und den Seinen zu einem Wesenselement des Kom- us gemacht worden. Die Aufhebung der Lohngleichheit daher nicht nur eine taktische, sondern eine grundsätzliche ung, die die kommunistische Propaganda tief berühren och stärker muß in dieser Richtung die Begründung die Stalin dieser Schwenkung gegeben hat. Er ging aus, daß die Begeisterung für die Sache allein nicht und daß man, wenn man höhere Leistungen wolle, dem chen Streben nach höheren Einnahmen Rechnung tragen Man müsse den Arbeitern die Möglichkeit des kens in besserbezahlte Stellen geben.

e zersetzende und verderbliche Propaganda der Kommu- n Partei gegen die sozialistische Arbeiterbewegung hat tlich die Schichten schlechter entlohnter Arbeiter gegen enannte Arbeiter-Aristokratie aufzuhetzen versucht. Sie ine Klassentrennung innerhalb des Pro- iats nach der Höhe des Lohnes behauptet. em Bekenntnis Stalins zum differen- n Lohn bricht mit der Grundlage dieser aganda die Propaganda selbst zusammen. ter Kommunist, dessen Thesen nicht von heute, sondern iern sind, müßte sonst Stalin beschuldigen, daß er eine ter-Aristokratie heranzüchten möchte und die gut entlohnten Schichten verrate!

n noch schwererer Schlag gegen die bisherigen An- gen der Stalinisten ist das Eingeständnis, daß die Be- ng für die Sache nicht allein genügt. Wo bleibt das alles, s die kommunistische Propaganda von den neuen Menschen land, von ihrer Arbeitsbegeisterung, von der glühenden von dem neuen Geiste erzählt hat? Wir gestehen offen, lin damit nicht nur seiner eigenen Propaganda, sondern er sozialistischen Propaganda überhaupt schweren Schlag versetzt hat. Ohne Be- ng ist die Verwirklichung sozialistischer Ideale nicht — der Rückzug Stalins von der Begeisterung aber rimierend wirken. Hier tritt der grundsätzliche Fehler der istischen Methode hervor. Sie hat die Lehren des nus in der materialistischen Geschichtsauffassung mit getreten. Sie hat geglaubt, durch den bloßen Willen ch bloße technische Konstruktion den Sozialismus ver- n zu können. Ihr Rückzug schädigt nun die geistigen ste des Sozialismus überhaupt.

alin fordert weiter eine energische Senkung der kosten in den Betrieben. Der Ruf „Senkung lbstkosten" hat für deutsche Arbeiter heute fatalen Beigeschmack. Denn in der kapitalistischen ißt Senkung der Selbstkosten Senkung der Löhne. ferenzierung der Löhne gemeinsam mit der Senkung der sten, das wird nicht eine Differenzierung nach oben, eine Differenzierung nach unten bedeuten und hr ist nicht von der Hand zu weisen, daß die deutschen sten bei neuen Lohnsenkungsforderungen Stalin berufen werden!

d noch weiter: nur ein Direktor soll künftig in den llen Werken der Sowjetunion entscheiden. Wir werden eben, daß unsere Forderung der Wirtschaftsdemokratie von als viel zu radikal abgelehnt wird. Und noch weiter: ezialistenhetze soll aufhören. Die Ingenieure, sten, Techniker und Gelehrten des Bürgertums und der chule müßten herangezogen werden, man dürfe sie nicht s abgefaßte Verbrecher und Saboteure ansehen. Das Theaterprozessen der letzten Zeit! Die Todesopfer der en Methode werden leider durch Stalins Tag von us nicht wieder lebendig werden.

d noch weiter: die berühmte Fünftagewoche, die ng des gemeinsamen Sonntags, diese letzte Errungen- s bolschewistischen Experimentatorentums, die uns die istische Propaganda als Quintessenz wahrhaft kommu- Auffassung vorgeführt hat, wird aufgehoben. An ihre oll wieder die sechstägige Arbeitswoche mit gemeinsamen Ruhetag treten.

ist Revision auf der ganzen Linie. Zu allen praktischen nen hinzu aber auch eine Revision in der Ideologie. talin hat in dieser sensationellen Rede erklärt, daß in ußland nicht der Kommunismus herrsche, sondern wischenstadium. Für diese selbe Behauptung sind Bolschewisten, die den Stalinschen Experimenten ent- ten, aus der Partei ausgeschlossen, von der Scheka gejagt, Verbannung geschickt worden. Verbrenne, was du angebetet hast, so verkündet heute Stalin. Die, die nicht mit ihm das Dogma vom integralen Kommunismus angebetet haben, sind vor seinem Tag von Damaskus selbst verbrannt worden.

Diese Rede ist die grandioseste Preisgabe von fast allem, was die kommunistische Propaganda in der Welt als die größten Errungenschaften des Arbeiterparadieses unter der Herrschaft Stalins ausgeschrien hat. Dieser Tag von Damaskus kennzeichnet die Gewissenlosigkeit der bolschewistischen Experimentatoren. Wo ist hier die Zielgewißheit, wo die Schonung des kostbarsten Materials, mit dem sie experimentieren, nämlich der Menschen? Wo die Rücksicht auf Gewissen und Einheit der Ideologie? Ihre Politik ist ein schwankendes Hin und Her, ein Herumschneiden im lebenden Fleisch des russischen Volkes.

Diese Methoden können für die sozialistische Arbeiterbewegung nicht vorbildlich sein. So überwindet man den Kapitalismus nicht, weder organisatorisch, noch geistig. Diese Methoden münden schließlich ein in kapitalistische Bahnen und was sie erreichen werden, das wird nur ein Zerrbild des Kapitalismus sein, und noch dazu ein häßliches!

Brandmarkung Mussolinis

Schärfste Stellungnahme des Papstes gegen den Faschismus

Am 29. Juni hat der Papst ein neues Rundschreiben (Enzyklika) an die Bischöfe Italiens gerichtet, das erst gestern der Oeffentlichkeit zugänglich gemacht worden ist. Dieses Dokument beweist, daß der jüngst zwischen dem Vatikan und der italienischen Regierung ausgebrochene Konflikt nicht nur keineswegs beigelegt ist, sondern in schärferer Form denn je weiter geht.

Der Papst dankt zunächst den Katholiken aller Länder für die Solidarität, die sie in dem Konflikt um die katholische Aktion bewiesen haben. Rücksichtslos brandmarkt er abermals das Vorgefallene:

„Es handelt sich um eine Jugend und um eine Kindheit, die sicher zu dem Besten Unseres Guten gehört. Welche Härte und Gewalttätigkeiten **bis zu Schlägen und bis aufs Blut**, welche Unehrerbietigkeit in der Presse, des gesprochenen Wortes und der Taten gegen Dinge und Personen, die unsere nicht ausgeschlossen, gingen der Ausführung der unvorhergesehenen Polizeimaßnahmen voran, begleiteten sie und folgten ihnen! Und alle diese traurigen Begleitumstände und Verletzungen der Ehrfurcht und Gewalttätigkeiten spielten sich ab

unter Beteiligung von uniformierten Mitgliedern der (faschistischen) Partei, so daß Einem notwendig der Gedanke aufsteigt an Anordnungen, die von oben herab gekommen sind.

Man hat, wenn nicht alles, so doch sicher die hauptsächlichsten Erfindungen, Lügen und Verleumdungen der gegnerischen Parteipresse,

die allein Freiheit genießt

und der oft befohlen oder fast befohlen wird, alles zu sagen und zu wagen, zu einer allerdings vorsichtigerweise nicht offiziell sogenannten „Botschaft"

gesammelt.

Selten ist Uns selbst ein Dokument begegnet, das so tendenziös gehalten ist und so im Gegensatz steht zur Wahrheit und zur Gerechtigkeit gegenüber dem Heiligen Stuhl, gegenüber der Katholischen Aktion Italiens und ganz besonders gegenüber den so hart betroffenen Verbänden."

Noch nie seit der Unterdrückung aller Freiheiten durch den Faschismus ist in so unmißverständlichen Worten das faschistische System öffentlich gegeißelt worden. Allein die Feststellung, daß lediglich die faschistische Presse die Freiheit genießt und diese Freiheit mißbraucht, um auf Befehl der Regierung Mussolinis zu lügen, ist innerhalb der Grenzen Italiens geradezu eine Sensation.

Aber das ganze, sehr lange Rundschreiben ist voll solcher unverblümter Anklagen. Der Papst polemisiert gegen die einzelnen Behauptungen jener nicht offiziell gezeichneten „Botschaft" Mussolinis, in der das Vorgehen der Regierung gegen die katholische Aktion namentlich mit der Behauptung begründet wurde, daß diese eine politische Tätigkeit entfalte. Die Enzyklika weist insbesondere darauf hin, daß in insgesamt 4000 Gruppen katholischer Männer und 5000 Vereinen der katholischen Jugend nur ganze vier Persönlichkeiten eine Führerstellung als Ortsleiter innehaben, die einst der Populari-Partei angehörten, also jener Katholischen Volkspartei, die wegen ihrer antifaschistischen Einstellung unter Führung Don Sturzos von Mussolini verfolgt und aufgelöst wurde.

Die Enzyklika macht dann folgende für Mussolini recht peinliche Feststellung:

„In keinem Staate der Welt ist die Katholische Aktion jemals als eine Gefahr für den Staat angesehen worden. In keinem Staat der Welt ist die Katholische Aktion so peinlich verfolgt worden wie in unserem Italien und hier in unserem römischen Bischofssitz selber. Und das ist wirklich eine widerspruchsvolle Lage, nicht von uns, sondern gegen uns geschaffen."

In seinem letzten Teil zieht das Rundschreiben die Folgerungen aus dem Konflikt und steigert dabei seine Angriffe auf den Faschismus mit unerhörter Schärfe:

„Wir stehen vor einem ganzen Gefüge unbestreitbarer Erklärungen und vor nicht minder unbestreitbaren Tatsachen, die keinen Zweifel an dem Vorsatz lassen, die Jugend von der frühesten Kindheit bis zum reifen Alter

völlig, ganz und ausschließlich für eine Partei, für eine Regierung in Anspruch zu nehmen, und das auf Grund einer Ideenwelt, die sich in eine wahre und eigentliche Vergötterung des Staates in heidnischem Sinne auflöst,

die nicht minder mit dem natürlichen Recht der Familie und mit dem übernatürlichen Recht der Kirche in vollem Widerstreit steht."

Es folgt eine für den Hochmut Mussolinis überaus peinliche Stelle:

„Es ist folglich ein ungerechtfertigter und mit dem Namen und Bekenntnis eines Katholiken unvereinbarer Widerspruch,

wenn einfache Gläubige kommen und die Kirche und ihr Oberhaupt darüber belehren wollen, was genügt und was genügen muß

für eine christliche Erziehung und Ausbildung der Seelen und um in der Gesellschaft und in der Jugend die Prinzipien des Glaubens mit ihrer vollen Auswirkung im Leben zu erhalten und zu fördern. Damit verbindet sich die ganz klare Offenbarung einer gänzlichen Unzuständigkeit und völligen Unkenntnis der in Frage kommenden Dinge."

Mit sorgfältig ausgesuchten Worten erinnert somit der Papst den sich schon für einen Halbgott haltenden Mussolini daran, daß er gegenüber dem Oberhaupt der katholischen Kirche nur ein „einfacher Gläubiger" ist wie jeder andere, und er verbittet sich energisch jede Belehrung von ihm über das, was die Kirche in ihrem religiösen Interesse für notwendig hält. Man spürt förmlich in diesen Worten die kaltblütige Absicht, Mussolini vor den Augen der katholischen Italiener zu demütigen und in seine Schranken zurückzuweisen.

Der faschistische Staat verlangt von jedem Bürger und sogar von der Jugend den Eid auf die Einrichtungen der Usurpatoren. Die Bischöfe hatten sich an den Papst mit der Frage gewandt, was sie den Gläubigen empfehlen sollten angesichts der Zwangslage, in der sich aus materiellen und sonstigen Gründen viele italienische Katholiken befinden. Papst Pius antwortet mit einem Rat, dem er eine für das System der Diktatur vernichtende Bemerkung voranschickt:

„Da wir wohl wissen, daß Mitgliedskarte und Eid für sehr viel die Vorbedingung für die Laufbahn sind . . . ."

Wenn ein gewöhnlicher Bürger, oder, besser gesagt, Untertan des faschistischen Staates eine solche Bemerkung öffentlich riskierte, würde er schnurstracks nach den Mittelmeer-Inseln deportiert werden.

Der Papst schlägt nun vor, daß den Gläubigen, denen der Eid aufgezwungen wird, innerlich nämlich

„vor Gott und dem eigenen Gewissen" den Vorbehalt machen, „unbeschadet der Gesetze Gottes und seiner Kirche" oder auch „unter Wahrung der Pflichten eines guten Christen" und damit den festen Vorsatz verbinden, einen solchen Vorbehalt auch nach außen zu bekennen, wenn sich dafür die Notwendigkeit ergeben sollte.

Es bleibt abzuwarten, wie die faschistische Regierung auf diese Kundgebung reagieren wird, die wohl die stärkste Kampfansage darstellt, die jemals bisher der Diktatur Mussolinis entgegengeschleudert worden ist.

Zuchthausstrafen im Leuna-Spionageprozeß

Leipzig, 4. Juli. (Eigener Drahtbericht.)

Der vierte Strafsenat des Reichsgerichts fällte am Sonnabend nach vierwöchentlichen, unter dem Ausschluß der Oeffentlichkeit geführten Verhandlungen im Leuna-Spionageprozeß mehrere Zuchthausstrafen.

Der Oekonomieverwalter Felix Amann wurde wegen militärischen Landesverrats in Tateinheit mit Anstiftung zum Diebstahl, Hehlerei, schwerer Urkundenfälschung und Vergehens gegen das Gesetz gegen den unlauteren Wettbewerb zu acht Jahren Zuchthaus und zehn Jahren Ehrverlust verurteilt. Ein Jahr und acht Monate der Untersuchungshaft werden angerechnet. Die gleiche Strafe erhielt der Händler Wilhelm Becker, mit dem Unterschied allerdings, daß ihm nur ein Monat der Untersuchungshaft angerechnet wird. Die Ehefrau des Becker erhielt wegen militärischen Landesverrats in Tateinheit mit Diebstahl und Vergehens gegen das Gesetz gegen den unlauteren Wettbewerb ein Jahr neun Monate Gefängnis. Ein Jahr und acht Monate der erlittenen Untersuchungshaft werden angerechnet. Der Bauingenieur Kühling wurde wegen versuchten militärischen Landesverrats in Tateinheit mit Vergehens gegen das Wettbewerbgesetz zu zwei Jahren sechs Monaten Zuchthaus verurteilt. Kühling werden eineinhalb Jahre der erlittenen Untersuchungshaft in Anrechnung gebracht. Weiter erhielten noch der Reichswehrgefreite Paul Vollrath zwei Jahre und der Berliner Bäckergeselle Haugk neun Monate Gefängnis. Der Kaufmann Leonhard Stan wurde zu sechs Jahren Zuchthaus und der Reichswehrobergefreite Sarter zu neun Monaten Gefängnis verurteilt. Der Schleifer Franz Altmann erhielt drei Jahre Zuchthaus und fünf Jahre Ehrverlust.

Die bei den Angeklagten gefundenen Spionagegelder wurden als dem Staat verfallen erklärt. Die Begründung des Urteils erfolgte unter Ausschluß der Oeffentlichkeit.

Die neue spanische Verfassung

deren Entwurf jetzt fertiggestellt ist, sieht vor: Einheitsstaat mit der Möglichkeit provinzieller Autonomie, Zweikammer-System, Präsidentenwahl durch das Parlament, Dauer des Präsidentenmandats sechs Jahre, Verantwortlichkeit des Präsidenten der Republik vor dem Kongreß, vollkommene Religions- und Kultusfreiheit, Abschaffung der Adelstitel, Gleichstellung der Frau, die wählen und gewählt werden und öffentliche Aemter bekleiden kann, obligatorischer und unentgeltlicher Volksschulunterricht, Möglichkeit der Enteignung von Grund und Boden im Staatsinteresse.

Britische Regierung und österreichische Finanzkrise

London, 6. Juli.

Der Außenminister verneinte heute im Unterhaus die Frage, ob im Hinblick auf die gegenwärtige Finanzkrise in Oesterreich mit der britischen Regierung oder durch den Völkerbund Besprechungen stattgefunden hätten oder Vorschläge für irgendeine finanzielle Hilfe für Oesterreich durch die britische Regierung allein oder in Zusammenarbeit mit anderen Regierungen gemacht worden seien. Henderson betonte jedoch, daß die britische Regierung der österreichischen Lage verständnisvolle Aufmerksamkeit widme in der Hoffnung, daß es seine Schwierigkeiten überwinden werde. Er wies darauf hin, daß die Bank von England kürzlich einen Vorschuß von vier Millionen Pfund gewährt habe.

Tagung des ständigen Komitees für Wissenschaft und Kunst in Genf

Genf, 6. Juli. (Eigener Drahtbericht.)

Das ständige Komitee für Wissenschaft und Kunst, das 1930 vom Völkerbund gegründet wurde, ist jetzt in Genf zum ersten Male zusammengetreten. Für Deutschland nimmt Thomas Mann an den Verhandlungen teil.

Eine rege Aussprache brachte in der ersten Sitzung die Uebereinstimmung, daß zwischen den literarischen und künstlerischen Organisationen aller Länder engere Verbindung hergestellt und den Intellektuellen die Beratungen ihrer technischen und sachlichen Interessen im Rahmen des Völkerbundes ermöglicht werden müßten. Dadurch würden die Intellektuellen auch an der Notwendigkeit und den Aufgaben des Völkerbundes stärker interessiert. Auf Einladung der Stadt Frankfurt a. M. wird das Komitee anläßlich des 100. Todestages Goethes im Jahre 1932 seine Sitzung in Frankfurt abhalten und zwar in der Woche vor Pfingsten, vom 8. bis 14. Mai.

Familien-Anzeigen

Am 3. Juli 1931 verschied nach langem, schwerem Leiden unser Fabrikdirektor

Karl Weiß

im besten Mannesalter. 151

Ein ehrendes Andenken bewahrt ihm

Die Arbeiterschaft der Firma Hydrometer A.-G., Breslau

Zentralverband der Zimmerer.

Am 5. Juli verschied unser langjähriges Mitglied, der invalide **Zimmerer**

Friedrich Lischke

im Alter von 55 Jahren.

Ein ehrendes Andenken bewahren ihm

Die Mitglieder der Zahlstelle Breslau.

Beerdigung Mittwoch, 8. Juli, vormittags 9 Uhr, von der Heilstätte Herrnprotsch.

Verband der Maler, Lackierer, Anstreicher etc.

Nachruf!

Am Freitag, dem 3. Juli, verstarb nach langem, schwerem Leiden unser Kollege, der **Maler**

Otto Thomas

im Alter von 20 Jahren. 2604

Ein ehrendes Andenken bewahren ihm

Die Mitglieder der Filiale Breslau.

Die Beerdigung hat bereits stattgefunden.

Lebensbilder

— erzählt von Willy Cohn —

Wilhelm Liebknecht

Mit 1 Bildnis **90 Pfennige**

Volkswacht-Buchhandlung

Deutscher Polier-, Werk- u. Schachtmeisterbund

Am Sonnabend, den 4. Juli, verstarb unser langjähriges Mitglied, der **Maurerpolier**

Hermann Brauner

im Alter von 80 Jahren

Sein Andenken wird stets in Ehren halten

Der Bezirksverein Breslau.

Beerdigung Mittwoch, den 8. Juli, nachmittags 4½ Uhr, von der Halle des St. Paulusfriedhofes in Cosel. 2605

Buchhandlung Volkswacht

Modernes Antiquariat

Breslau 3 Neue Graupenstraße 5

LIEBICH Theater Tel. 508 54 Tgl. 8¼ Uhr

Liebe mich

32 Bilder, 60 Mitwirk.

für 50 Pf. Orch. 2.50 Mk.

Vorverkauf 12 - 2 Uhr

Urania

12 Monatshefte und 4 Bücher

Der proletarische Kosmos

Zu bezieh. durch die Geschäftsstelle d. Zeitung u. die Zeitungsträger.

Krüger: Störungen an Radio-Apparaten 2.50

Krüger: Wie baue ich Radio-Fernempfänger 3.25

Krüger: Selbstanfertigung von Radio-Apparaten ... 3.00

Technische Radio-Literatur

Volkswacht-Buchhandlungen Breslau

Neue Graupenstr. 5, Flurstr. 4.

Gesellschaftshaus Silesia, Neudorfstr. 54

2373

Heute Dienstag

Verkehrter Ball

Herren 75 Pf. :: Damen 25 Pf.

2599

WAPPENHOF

Heute Dienstag ab 4 Uhr:

Große Nachmittags-Varieté-Vorstellung

Lina u. Edmondo / Gretel v. Walden
Geschw. Weinhausen / Willi Gabrun
2 Adones / 2 Edisons / Sums / Erik, Lou and Will / 3 Schwestern Pretsch
Fleurett-Ballett. Eintritt 30 Pf. Bei schöner Witterung findet die Vorstellung im Garten statt.

Ab 8 Uhr:

Das Riesen-Programm

2 Kapellen **BALL** Eintritt 50 Pf.

Proletarier!

Beseitigt die Hindernisse des Sprachschrankenl Lernt die Weltsprache **Esperanto**, die von Arbeitern aller Nationen gesprochen und verwendet wird

---

„Ein ganzes Jahr und

haben Sie zu schauen, zu lesen und zu lachen an dem Riesenp

Zille's Hausschatz

Unter Mitarbeit von Hans Zille herausgegeben von Hans Ostwald

750 meist unveröffentlichte Bilder und **neun Vierfarben-Kunstdruck-Tafeln**
592 Seiten auf feinstem Papier — Vornehmer Großquartband in **Leinen** (Format 24,5 · 31,5 cm) mit mehrfarbigem Umschlag

Reiches Bildermaterial mit originellen Texten

Noch günstiger Subskriptionspreis 28.— M. oder

3.— M. monatlich

Mon für nu

Jetzt be billiger Sub

Bestell

Unterzeichneter be der **Volkswacht**-B Breslau, N Graupens

Zille's Hausschatz

Bildern und neun Vierfarben tafeln / 392 Seiten, zweifarb. ged mer Großquartband in Ganzleinen Subskriptionspreis 28 M. gegen bar / zahlung von 3 M. / Der ganze Betrag / folgt gleichzeitig / ist nachzunehmen. (Nicht streichen.) Bis zur vollständig. Bezahlung d. W selbe Eigentum der liefernden Firma. Erfüllung

Ort u. Datum: ______

Name u. Stand ______

---

100 Mk. Darlehn sucht Parteigenosse von Selbstgeber auf 4 Monate gegen 120 Mk. Rückzahlung. Off. unt. **Nr. 149** Volkswachtbuchh. Breslau 5 Neue Graupenstraße 5.

Deckbetten r. Inlett
15.—, 20.—, 25.— u. 35.— Mk.
Kissen 5.—, 6.— u. 7.50 Mk.
Leihhaus Oelsnerstr. 12!

Viel Geld

verdienen Damen und Herren durch Verkauf dauernd gebrauchter Massenartikel. Angebote unter **B. 77** an die Volkswacht, Flurstr. 4.

Verkäu

Nitto

500 ccm, elektr. kopfgest., verst. u verkaufe für 260 Bauholz in Zahlur Vorwerkstraße 15.

Kleine Anz

und kompleg gei spaltige Anzeigen käufen, Kaufgesu nur von Private 8 Pfennige, jett 4

Gebraucht. Fahrr Hermann Dietrich,

Gut erhalt. Phot (mit Preisangabe) gesucht Klose, Lehn

Genossen, deckt Euren Bedarf bei unseren Inserenten!

Gaststätten u. Gasthöfe

Julius Rammner, Scheitniger Str. 33
Zuletzt Mitinhaber der aufgelösten Firma Brennerei Wachner
Inhaber: **Richard Julius Rammner**. — Keine Filiale.
Fabrikation, Verkauf, Ausschank und Gaststätte.

Drei Worte ...
Waldhofbitter Schubert Breslau 5

Trinkt Nitschke-Crême
anerkannt vorzüglich

Fleisch- u. Wurstwaren

Georg Moese
Sandstraße Nr. 13 und Anderssenstraße Nr. 7
Fernsprecher 555 33

Hugo Hentschel Dtsch.-Lissa Dyhernfurt.Str.1a
Fabrik für ff. Fleisch- und Wurstwaren

Wilh. Land jr.
Lehmgrubenstr. 2 empfiehlt ff. Fleisch- und Wurstwaren zu billigsten Tagespreisen

Paul Merettig Matthias-Straße 148
Feinste Fleisch- und Wurstwaren

Alfred Just, Scheitniger Str. 23
Fabrik ff. Fleisch- und Wurstwaren

Paul Berndt Weißenburger Straße 4
ff. Fleisch- und Wurstwaren

Gustav Standke Friedrich-Karlstr. 5
ff. Fleisch- und Wurstwaren

Paul Merettig II
Feinste Fleisch- und Wurstwaren
Breslau-Gräbschen, [illegible]

Emil Lüdeck
Steinauer Straße 6
Fabrik ff. Fleisch- und Wurstwaren

Bitte bei allen Einkäufen stets die Inserenten unserer Zeitung zu berücksichtigen

Zigarren, Zigaretten

Wilhelm Gondek Gelsnerstraße 13
Telephon 444 25
Zigarren, Zigaretten, Tabake, anerkannt beste Qual.

Wäsche aller Art nur bei **Lutz Manneberg** Breslau, Reuschestr. 45

Paul Kursawe
Neudorfstr. 28
Fabrik ff. Fleisch- und Wurstwaren

Fritz Kaps
Klosterstraße 7
ff. Fleisch- und Wurstwaren

Fahrräder und Reparaturen

Fahrradhaus P. Schlape Tauentzienstraße 148
Fahrräder, Sprechapparate, Schallplatten

Fahrradhaus „Frisch auf"
Nikolaistraße 78/79
Bundesgeschäft d. Arb.-Radf.-Bundes „Solidarität".

Karl Borst jun. Steinauer Straße 12a
Fahrräder, Motorräder, Nähmaschinen, Sprechapparate
Reparaturwerkstatt. — Teilzahlung gestattet.

Karl Kapelle Steinauer Straße 31
Fahrradhandlung
Reparaturwerkstatt für Fahrräder und Motorräder

Fahrradhaus Gomolka
Sonnenplatz Ecke Telegraphenstraße
Fahrräder :: Motorräder :: Ersatzteile
Reparaturwerkstatt

Kaufhäuser

Kauft bei Blasse
Blasse ist billig
Nur Graupenstraße

Wäsche, Strümpfe — meine Trümpfe
Badeanzüge
mod. Muster von 95 Pf. an
Haus für Mode und Bedarf
Gräbschener Straße 18.

Oskar Baum Sternstraße 77 Ecke Hedwigstraße
Kleider — Blusen — Röcke — Wäsche
Schürzen — Strümpfe — Handschuhe
— — Kleider- und Wäschestoffe — —

Wäsche, Berufskleidung

Leinenhaus Gotthard Völkel
Friedrich-Wilhelm-Str. 51 u. Albrechtstr. 36 (nahe Ring)
Gute Berufskleidung und Wäsche
Eigene Anfertigung

Bitte
bei allen Einkäufen stets die Inserenten unserer Zeitung zu berücksichtigen

Eisenwaren

Eisenwaren und Wirtschaftsartikel
kaufen Sie zu niedrigsten Preisen bei
Noster & Moesner Brüderstraße 38 Ecke Tauentzienstr.

Molkerei-Produkte

Fernruf 532 95 **Alsen-Molkerei** Fernruf 532 95
Hermann Neugebauer, Alsenstr. 86
Milch, nach dem neuesten Verfahren dauerpasteurisiert, garantiert für Reinheit u. Qualität.

Molkerei Emanuel Ksoll Tel. 592 24
empfiehlt Voll-, Mager- u. Buttermilch, Butter, Weiß- u. Fettkäse in allererster Qualität aus eigener Molkerei. Ferner stets frisch zu den billigsten Tagespreisen alle Spezial-Fett- und Magerkäse in den Geschäften
Alsenstraße 21 und Lehmdamm 2.

Central-Dampfmolkerei Bettlern
Hermann Walter
Stadtgeschäft: Gabitzstraße 39
Der Neuzeit entsprechende, mustergült. Betriebseinrichtung. Spez.: Schlagsahne, Fettkäse u. Quarg.

Fettreiche Vollmilch
garantiert 3% Fett, sowie Schlagsahne, Kaffeesahne und sämtliche Molkereiprodukte offeriert:
Molkerei Herrmann, Kreuzburgerstr. 22 Telefon 265 26

Verlangen Sie stets und ständig die guten, schmackhaften Molkerei-Erzeugnisse sowie die fetthaltige, tiefgekühlte, wohlbekömmliche Vollmilch der Molkerei
Scheloske & Sohn, Breslau Klein-Tschansch
Fernruf 547 18 In sämtlichen durch unsere Plakate gekennzeichneten Spezialgeschäften erhältlich

Bäckereien und Konditoreien

Richard Scholz
Bäckerei und Konditorei — Blücherstraße 27
Anfertigung eleganter Herren- u. Damengarderobe nach Maß, Garantie für gut. Sitz — Niedrigste Preise

Ernst Glatz
Bohrauer Str. 37
Telefon: 308 94
Bäckerei und Konditorei

Der Wahre Jacob
Preis 30 Pf.
Volkswacht-Buchhandlung

Metallbettstellen, Matratz

Metallbettstellen / Matr
Kinderbettstellen / Gask
Beier & Olowins
Breslau, Herrenstraße
Auch gegen monatliche Ratenzahlungen ohne Auf

Bekleidung

Hüte und Mützen
Hermann Barth
Gräbschener Straße 12 Teichstr

Schuh- und Lederwaren

Schuh Vogel
Scheitniger Straße Nr. 1
Friedrich-Wilhelm-Straße

Emil Kämpf Fried.-Wi straße
empfiehlt Offenbacher Lederwar Koffer, Schultaschen u. Aktenmap
zu billigsten, aber festen Preis

Die Genossen kaufen gut im
Schuhhof, Bohrauer St
Reell u. bil

Staats- und Privat-Lotterielos

Lehnert, Staatliche Lotterie-Einn
Breslau 5, Gräbschener Straße 1 (Sonnen
Postscheckkonto 67305 Fernruf

Wo kauft man seine Ledersohlen? Bei Gutsche, überall emp
Albert Gutsche Breslau, Reuschestr. Telephon 250
Bekannt leistungsfähige Leder- u. Schuhbedarfsartikelhandlg. Sch
Gräbschener Str. 19/21 Matthiasstr. 14 Bohrauer Str. 27 Pos

Oswald Grunwal
Tel. 215 78 Tauentzienstraße 130 Tel.
Lederhandlung ◆ Zigarren ◆ Zigaretten ◆

Pfandhäuser

Beleihung von
Wäsche · Betten · Kleidung stücken · Gold- u. Silberware
Julius Grundmann Trebnitzer Straße 21.

Geld auf Pfände
Leihhaus Rose
Friedrich-Wilhelm-Straße 67, Telefon 536
u. Brandenburger Straße 24, Telefon 396

Für die Redaktion verantwortlich: Walter Ludwig; für die Anzeigen: Max Lohs. — Redaktion: Brüderplatz 3. — Hauptexpedition: Flurstr. 4. — Druck u. Verlag der „Volkswacht" G. m. b. H., sämtlich in B

Breslauer Nachrichten

Freie Station ist abgeschafft

Gedanken über Verpflegungsgebührnisse bei einer Nächtigung im Polizeigewahrsam

Es dürfte sich im allgemeinen herumgesprochen haben, daß mit freier Station auf einer Polizeiwache nichts mehr ist. n also heute jemand im alkoholisierten Dämmerzustand nicht r nach Hause findet und seinen Rausch auf einer Polizeiwache chlafen muß, wohin ihn in solchen Fällen immer liebevolle de geleiten, dann läßt die Uebernachtungs- und Verpflegungsnung nicht lange auf sich warten. Das ist vielleicht noch einmal so ganz unrichtig. Auf einer Bank in irgend einer age wäre es vielleicht teurer geworden.

Anders ist es natürlich, wenn jemand gegen seinen Willen solcher Quartiernahme gezwungen wird. Wenn beispiels- e ein Protestler gegen die Stahlhelmprovokationen am hsfrontsoldatentag auf die Revierwache kommt und bei seiner lassung 90 Pfennige für die Beherbung bezahlen muß. Da die Geschichte nämlich komisch. Wenn da einer arbeitslos nd als Lediger 3,50 Mark Unterstützung in der Woche bemt, langt die Unterstützung nicht aus, alle Tage einer Woche es Quartier zu beziehen. Und was macht man bloß mit m, der gar keine Unterstützung erhält? Den könnte man — n er nicht soviel bei sich hat, um diese „Aufenthaltsihrnisse" zu bezahlen, doch höchstens bestrafen. Vielleicht mit m Tage Haft! Aber dann könnte er sich ja noch einen ganzen durchfuttern lassen und dann würde ja eine Strafe aufn eine Strafe zu sein!

Man sieht, es gibt manchmal auch recht verzwickte Probleme. t man die, die garnichts haben, wegen ihrer Besitzlosigkeit estraft laufen, dann kann mit Recht der andere entrüstet sein, noch 9 Böhm in der Tasche hat und die für die unfreiwillige pirung ausgeben muß. Schließlich ist doch nicht einzusehen, um der eine umsonst dabeiben kann, während der andere been muß. Und was macht man mit einem, der diese Situation ell erfaßt und seine im Portemonnaie vorhandenen Groschen das Eigentum anderer deklariert? Ein Ermittelungsveren über die Richtigkeit der Angaben? Das kann doch wieder kostspieliger werden, als der ganze Verpflegungssatz.

Man sieht, daß eine kleine Maßnahme zu allerlei Gedanken eiten kann.

Die Abfahrt der Roten Falken in die Kinderrepublik „Harz"

Sonntag abend gestaltete sich zu einer eindrucksvollen Kundung gegen die Mächte, welche am Werke waren, um die Fahrt der Schweiz zu verhindern. Unter allergrößten Schwierigen, doch mit zäher Ausdauer, wurde von den leitenden Stellen der kurzen Frist, die zur Beschaffung eines anderen Lagers Verfügung stand, die Kinderrepublik „Harz" geschaffen. Ja, wer bei der Abfahrt in die leuchtenden Augen der 160 Kinder denen trotz allergrößter Not ihrer Eltern die Mitfahrt erlicht wurde, der trug neue Freude und neue Begeisterung am für den Kampf der Arbeiter mit heim. Der lange Zug, der vom Gewerkschaftshause nach dem Hauptbahnhofe bewegte, n die Falken in ihren blauen Kitteln, ihren wehenden roten mpeln und Fahnen und ihrer gut eingespielten Rotfalkenelle, dann die Fanfarenbläser der SAJ. und hinter diesen die e Masse der Erwachsenen, welche den Kindern das Geleit gaben, gte bei den Sonntagsspaziergängern großes Aufsehen. Ein nsparent an der Spitze des Zuges mit den Worten: „Nach Kinderrepublik Harz" erklärte den Vorübergehenden Bedeutung der Demonstration. Wer bei Abfahrt der Eisen- auf dem Bahnsteig war, als der tausendstimmige begeisterte ß „Ferundschaft" erscholl, der weiß, daß trotz aller momentanen mungen und Hindernisse der Geist des Sozialismus lebt und nals unterzukriegen ist. Wie tief der Sozialismus in unserer eiterschaft wurzelt, bewies die Unterredung mit einzelnen rn, die bei Hungerlöhnen und Arbeitslosigkeit es trotzdem öglichten, ein Kind mit in die Kinderrepublik zu schicken. Was an Opfern von Vater, Mutter und größeren Geschwistern, geltern, ja selbst Onkels und Tanten gebracht worden sind, wieviel Heldentum oft dahinter steckt, um bei eigener großer noch auf die allerbescheidensten Freuden zu verzichten, um m Kinde aus der Familie die Fahrt ins Zeltlager zu erlichen, davon kann sich ein von eingebildetem Heldentum ender Nazimann gar keinen Begriff machen. Ja es ist schon trotz Brüning, trotz Hitler und trotz Seldte: Ihr hemmt uns l, doch ihr tötet den Geist nicht. Wer am Sonntag in die en unserer Falken blickte, der weiß, daß der Sozialismus lebt siegen wird.

und ihre Ankunft im Harz

bet bereits ein aus Clausthal-Zellerfeld an unsere Redaktion chtetes Telegramm:

LAUSTHAL ZELLERFELD 26 1500
VOLKSWACHT FLURSTR 4/6
BRESLAU
ZEITUNGSNOTIZ SCHLESIER IN KINDERREPUBLIK HARZ GLUECKLICH ANGEKOMMEN REDAKTION DANK FUER ERHALTENES MATERIAL WUENSCHEN 30 VOLKSWACHT NUMMERN TAEGL POST CLAUSTHAL ZELLERFELD.

Wir geben es hiermit allen Eltern der in den Harz gereisten der zu ihrer Beruhigung zur Kenntnis und freuen uns beers über ihr großes Interesse an ihrer sozialistischen Zeitung. münschen Ihnen in froher und freier Gemeinschaft beste olung und erhoffen weitere Stärkung ihres begeisterten idaritätsbewußtseins.

Freundschaft
den schlesischen Kindern in der Harzer Kinderrepublik!

Um die Beiträge der AOK.

Um zu einer Sanierung der Allgemeinen Ortskrankenkasse in slau zu kommen, hat die Beschlußkammer des Obericherungsamtes Breslau verfügt, daß die Beiträge zur slauer Allgemeinen Ortskrankenkasse von 6,6 auf 7,2 Prozent für die Mitglieder, die während einer Krankheit Arbeitsentbeziehen, von 4,95 auf 5,1 Prozent zu erhöhen sind.

Der Vorstand der Allgemeien Ortskrankenkasse Breslau hat Grund des § 328 der Reichsversicherungsordnung in Verbin- mit § 387 RVO. gegen den Beschluß des Oberversicherungses Breslau Beschwerde beim Reichsversicherungsamt eingelegt. se Beschwerde bewirkt, wie die Allgemeine Ortskrankenkasse teilt, Aufschub der Beitragserhöhung.

An der Oder erhängt

Zwischen Ottwitz und Treschen wurde in den Nachmittagsden des Montags am Oderufer ein alter Mann erhängt aufnden. Die Ermittlungen der verständigten Polizei haben eben, daß es sich um den 76jährigen Rentenempfänger R. aus Hubenstraße handelt.

Große Opfer des Verkehrs

10 Tote — 281 Verletzte im Monat Juni

Im vergangenen Monat hatte die Verkehrsabteilung des Polizeipräsidiums 427 Verkehrsunfälle zu registrieren, bei denen zehn Menschen — darunter drei Kinder ihr Leben opfern mußten. Weiter wurden bei diesen Unfällen 281 Personen verletzt, und zwar 117 derart schwer, daß sie sofort von der Unfallstelle in ein Krankenhaus eingeliefert werden mußten.

Der Monat Mai hatte eine noch größere Verkehrsunfallziffer, und zwar 481 erbracht. In diesem Monat brauchten allerdings nur fünf Breslauer als Opfer des Verkehrs ihr Leben einzubüßen. In zwei Monaten 15 Tote. Im Vorjahre waren es zu der gleichen Zeit nur elf. Die Anzeichen mehren sich, daß diese Zahl der Verkehrsopfer immer weiter steigt und es ist gar nicht abzusehen, wenn in dieser Beziehung einmal eine rückläufige Bewegung bemerkbar werden wird.

Man halte sich einmal dagegen, daß im Monat Juni 1227 Strafmandate ausgeteilt und 144 Verfahren bei der Amtsanwaltschaft anhängig gemacht wurden, ja sogar 29 Auf- und Abspringer von der Straßenbahn und 39 Fußgänger die die Verkehrsvorschriften nicht beachteten, zur Anzeige kamen und ebenfalls eine Ordnungsstrafe zu gewärtigen haben. Drei Kraftfahrern wurden überdies die Führerscheine entzogen und sechs wurden unter der Androhung der Entziehung letztmalig verwarnt.

Wenn Strafen zu einer Minderung dieser unfallsteigenden Uebetretungen beitragen würden, dann müßte das vorgenannte Maß von Polizei- und Gerichtsstrafen ganz gewiß zu einer Besserung führen. Die Tatsachen beweisen aber, daß das nicht der Fall ist.

Wenn aber selbst gesundheitlicher Schaden, der sich ja für jeden Verunglückten auch als ein materieller Schaden infolge des Krankenhaus auswirkt und eine noch hinzukommende Strafe nicht erzieherisch wirken, dann könnte man allerdings bald alle Hoffnung fahren lassen. Daß es so ist, kann man alle Tage im Breslauer Verkehr beobachten. Der Radfahrer, der irgendwo in höchster Gefahr schwebte, rast weiter, der Automobilist, der an einer Unfallstelle vorbeikommt, denkt nicht daran, sofort aus einem beobachteten Unfall eine Nutzanwendung zu ziehen.

Tempo, Tempo, bleibt trotz allem die Losung und deshalb liest auch mancher Fußgänger weiter auf seinem Zeitungsblatt, wenn er in den Hauptverkehrsstraßen über den Fahrdamm geht.

Ob man diese Schattenseite des Breslauer Verkehrslebens bedauert oder mißbilligt, bleibt gleichgültig, die Entwicklung der letzten Jahre lehrt jedenfalls, daß alle Mahnungen fast vergeblich verpuffen. Vielleicht wäre es ohne Verkehrsbestimmungen und Strafen noch schlimmer, vielleicht könnte ein weiterer Ausbau der Verkehrsregelung und eine noch eindringlichere Unfallverhütungspropaganda noch manches bessern, aber man kann bei der jetzigen Entwicklung gewiß ohne Uebertreibung behaupten, daß eine weitere behördliche Betätigung in dieser Richtung nicht besonders auffällig dazu beitragen wird, den Breslauer Verkehr weniger opferreich umzugestalten. Es ist schon so, daß die Zahl der auf der Strecke Liegenbleibenden zurückgehen wird, jemehr jeder einzelne Verkehrsteilnehmer an sich selbst anfängt vorsichtig zu sein und Rücksicht zu nehmen. Das Schimpfen auf den bösen andern allein ändert nichts.

Zwangsarbeit in Breslau

oder nur notwendige und berechtigte Maßnahmen des Wohlfahrtsamtes

Maßnahmen des Wohlfahrtsamtes gegenüber ledigen Landarbeitern, die von außerhalb nach Breslau kamen, waren Anlaß zu allerhand Irrtümern, und die „Arbeiter-Zeitung" schrieb bereits von einer Einführung der Zwangsarbeit hier in Breslau. Gegenüber solch irrigen Meinungen hat sich der Magistrat veranlaßt gesehen, folgende vom Städtischen Presseamt mitgeteilte Darstellung dieser Angelegenheit zu geben:

„Es handelt sich um ledige Landarbeiter, die von auswärts nach Breslau, angeblich wegen Arbeitsbeschaffung, zugezogen sind und die das Städtische Wohlfahrtsamt trotz seiner Bemühungen beim Arbeitsnachweis der landwirtschaftlichen Arbeitszentrale nicht hat vermitteln können. Da bei einem Teile dieser Personen vielleicht auch das Bestreben, sich selbst wieder in Landarbeit hineinzubringen, nicht ausreichend ist, sollten sie zur Erprobung ihrer Arbeitswilligkeit in der Heilstätte Herrnprotsch und in der städtischen Arbeitsanstalt zur Durchführung von landwirtschaftlichen, gärtnerischen und sonstigen Arbeiten verwendet werden. Die jungen Leute erhalten für die Arbeit freie Unterkunft und Verpflegung, außerdem ein Taschengeld von 1,50 Mark die Woche; ferner wird ihnen je Woche ein Betrag von 1 Mark eingespart, der ihnen nach 14tägiger Tätigkeit im Betrage von 2 Mark ausgezahlt wird. Endlich sind sie nach 14tägiger Beschäftigung berechtigt, für 3 Mark Kleidungsstücke zu entnehmen.

Die ledigen Leute erhalten sonst für die ganze Woche nur 7,50 Mark, wovon ihnen nach Bezahlung des Logis nur 3 Mark bis 4 Mark zum Lebensunterhalt übrig bleiben. Die mit den Landarbeitern jetzt getroffene Regelung ist demnach sehr viel günstiger.

Ein Teil der zur Arbeit Zugewiesenen hat von vornherein die Arbeit nicht angetreten oder schon am nächsten Tage wieder niedergelegt.

Das Wohlfahrtsamt hat durchaus nach den gesetzlichen Vorschriften gehandelt; von einer Zwangsarbeit kann keine Rede sein. Es kann sich auch das Recht nicht nehmen lassen, bei Zugewanderten die Gewährung von Unterstützung auch in Form von Naturalleistungen von der Leistung von Arbeit abhängig zu machen.

Im übrigen ist inzwischen festgestellt worden, daß die Beschwerden der Landarbeiter über schlechtes Essen und zu wenig Brot haltlos sind. Mit einem Drillichanzug sind sie deshalb versehen worden, weil sie bei Antritt der Arbeit sich beschwert hatten, ihre eigene Kleidung abtragen zu müssen. Also auch das ist im Interesse der Arbeiter geschehen."

Es läßt sich kaum etwas gegen eine solche Regelung einwenden, es sind Maßnahmen, die nicht zuletzt im Interesse Breslauer Wohlfahrtsunterstützungsempfänger liegen. Man hat lange gezögert, bis man zu solchen Maßnahmen griff, und erst als sich diese Fälle hier in Breslau besonders häuften, auf diese Weise zur Abwehr gegriffen. Im übrigen werden auch — um ein anderes Beispiel heranzuziehen — in Rußland die Zuziehenden vom Lande als zweitrangige Unterstützungsempfänger angesehen. Ja, es gab Zeiten, wo die sogenannten „Schwarzarbeiter", die vom Lande in großer Zahl in die großen Städte strömten, überhaupt keinerlei Unterstützung erhielten. Wenn sich die an Unterstützungsempfängern wirklich überreich gesegnete Stadt Breslau gegen solchen nicht notwendigen Zuzug zu schützen versucht, wird man kaum etwas dagegen einzuwenden haben.

Mordtat nach 9 Jahren bestraft

Der Mord wegen 40 Kronen bei Lauterwasser

Vor dem Breslauer Schwurgericht stand gestern der 29 Jahre alte Arbeiter Otto Karlitzek, um sich wegen schweren Raubes zu verantworten. Die Straftat wurde am 14. November 1922 zu Lauterwasser bei Hohenelbe in der Tschechoslowakei gemeinschaftlich mit dem 33jährigen Friseur Rudolf Weiß begangen.

Weiß stammt aus Lauterwasser. Er kannte auch das alte Ehepaar Mosig, das in Lauterwasser in einem abgelegenen Hause eine Verkaufsstelle für Tabakwaren und Ansichtspostkarten inne hatte. Die beiden überfielen nun die alten Leute und raubten 40 Kronen und zwei goldene Trauringe. Bei dem Raub wurde die Frau zu Boden geschlagen, ihr ein Knebel in den Mund gesteckt, daß sie bewußtlos wurde und auf den alten Mann wurde derart eingeschlagen, daß er an den Folgen der Verletzungen verstarb. Vor allem war ihm auch eine Schnur um den Hals gelegt worden. Trotzdem sich die Täter das Gesicht schwarz angestrichen hatten, war Weiß doch erkannt worden, war allerdings nicht aufzufinden, weil er sich wieder nach Deutschland gewandt hatte. Hier hat er im Laufe der Jahre eine ganze Reihe Straftaten, Raubüberfälle und Einbruchsdiebstähle begangen, so daß er inzwischen zu der höchsten Strafe mit 15 Jahren Zuchthaus verurteilt wurde. Er war im Jahre 1929 in Sachsen wegen aller dieser Straftaten verhaftet worden, die er zum großen Teil auch eingestand. Da er auch im Verdacht stand, in seinem Heimatort eine ganze Familie von drei Personen ermordet zu haben, tauchte der Verdacht auf, daß er auch ein Mittäter bei dem Mosigschen Raubüberfall sein könne. Er gab auch das zu, doch stellte er die Tat so dar, als ob er sich lediglich mit der Frau beschäftigt hätte, und der Mittäter, dessen Namen er nicht kenne, dem Manne die tödlichen Verletzungen beigebracht habe. Er erklärte dazu, daß er darüber derart empört gewesen sei, daß er seinen Komplizen deshalb habe erschießen wollen. Karlitzek war bereits im Jahre 1924 in den Verdacht geraten, einer der Räuber von Lauterwasser zu sein. Er wurde verhaftet und blieb fast ein Jahr in Untersuchungshaft. Er bestritt aber die Tat und da sie ihm nicht nachzuweisen war, mußte er außer Verfolgung gesetzt werden.

Als Weiß im Jahre 1929 verhaftet wurde, wurde er Karlitzek gegenübergestellt. Da bezeichnete Weiß ihn sofort als den Mittäter von Lauterwasser. Karlitzek, der sich seit Anfang 1930 wieder in Untersuchungshaft befindet, bestritt, daß er derjenige gewesen sei, der dem alten Mann die schweren Verletzungen beigebracht habe. Mosig war aber noch einmal zum Bewußtsein gekommen und hatte angegeben, daß ihn der größere der beiden Räuber, das war Karlitzek, geschlagen habe. Dieses hatte auch die Ehefrau bei ihrer Vernehmung ausgesagt. Da Frau Mosig auch inzwischen verstorben ist, war den seinerzeit gemachten Angaben des Ehepaares zu folgen, die mit den Aussagen des Mittäters Weiß übereinstimmten. Weiß war als Zeuge an Gerichtsstelle. Er wurde unter besonderen Vorsichtsmaßregeln vorgeführt und wird nun an Tschechien ausgeliefert werden, um sich wegen dieses Raubes zu verantworten. Im Gegensatz zu den schweren Vorstrafen des Weiß ist Karlitzek nur unbedeutend vorbestraft. Er hat im Jahre 1926 eine Frau mit drei Kindern geheiratet, war arbeitsam und sorgte immer für die Familie. Da er nach dem Gutachten der sachverständigen Aerzte ein geistig minderwertiger Mensch und wohl auch der Verführte ist, beantragte der Staatsanwalt die Mindeststrafe von zehn Jahren Zuchthaus und fünf Jahren Ehrverlust. Rechtsanwalt Dr. Unikower wies darauf hin, daß dem Angeklagten eine ganze Reihe Milderungsgründe zur Seite ständen und man möge ihn deshalb nicht aus dem schweren § 251 des B.St.B., sondern ihn aus § 250 verurteilen, der mildernde Umstände zuläßt. Nach dem Ergebnis der Beweisaufnahme war aber daran kein Zweifel, daß Karlitzek Mittäter an einem schweren Raube war, bei dem ein Mensch ums Leben kam. Das Gericht war deshalb bei Abmessung der Strafe an die gesetzlichen Bestimmungen gebunden, trotzdem es nicht verkennte, daß dem Angeklagten eine Menge Milderungsgründe zur Seite standen. Das Urteil lautete auf die Mindeststrafe von zehn Jahren Zuchthaus. Zwei Jahre wurden ihm als verbüßt angerechnet; der Haftbefehl bleibt aufrechterhalten.

Humor des Auslandes

Der Irrtum des Baßgeigers. (Judge.)

Zahlung der Krisenlohnsteuer

Wie wird sie errechnet und wieviel ist zu zahlen?

Unverändert wurde am 1. Juli 1931 entgegen aller Hoffnungen der Optimisten die Krisenlohnsteuer der dritten Notverordnung zum Gesetz. Für den Laien ergeben sich wiederum — abgesehen natürlich von aller finanziellen Belastung — neue Schwierigkeiten bei dieser Steuermaterie. Wir bringen daher hier eine ausführliche Darlegung der Leistungen und des Umfanges dieser Steuer.

Die Krisensteuer der Arbeitnehmer wird, wie die Einkommensteuer, im Wege des Steuerabzugs vom Arbeitslohn einbehalten. Ihr unterliegen alle Bezieher von Arbeitseinkommen im Sinne des § 36 Absatz 1 EStGB., mit Ausnahme derjenigen Personen im öffentlichen Dienst, bei denen bereits eine Gehaltskürzung nach Maßgabe der Bestimmungen in der 1. und der 2. Notverordnung vom 1. Dezember 1930 bzw. 5. Juni 1931 eingetreten ist, und mit Ausnahme derjenigen Arbeitnehmer, bei denen wegen der geringen Höhe ihrer Bezüge und der steuerlichen Freibeträge (Familienermäßigungen, Existenzminimum und Pauschsätze für Werbungskosten und Sonderleistungen) ein Steuerabzug vom Arbeitslohn nicht einzubehalten ist.

Zur Berechnung der Krisenlohnsteuer ist von dem Bruttoarbeitslohn auszugehen; es sind weder die steuerfreien Beträge abzusetzen, noch die Lohnsteuer selbst, noch sonstige vom Arbeitnehmer zu tragende Abzüge für soziale Versicherungen.

Dienstaufwandsentschädigungen gehören nur dann nicht zum Arbeitslohn, wenn sie tatsächlich nur in Höhe des nachgewiesenen dienstlichen Aufwandes gewährt werden oder die tatsächlichen Aufwendungen offenbar nicht übersteigen und wenn das Finanzamt die Dienstaufwandsentschädigung als solche in voller Höhe anerkannt hat und deshalb ein Steuerabzug vom Arbeitslohn von ihr nicht vorzunehmen ist.

Bare Auslagen, die dem Arbeitnehmer vom Arbeitgeber gesondert ersetzt werden, z. B. Reisekosten und Auslösungen bei auswärtiger Arbeit in angemessener Höhe, unterliegen nicht der Krisensteuer.

Die Steuer ist in folgender Weise abgestuft:

Wenn der Arbeitslohn 1. monatlich 300 Mark, 14täglich 140 Mark, wöchentlich 70 Mark, arbeitstäglich 11,60 Mark nicht übersteigt: 1 v. H.

2. monatlich 300 Mark, aber nicht 400 Mark übersteigt, 14täglich 140 Mark, aber nicht 186 Mark übersteigt, wöchentlich 70 Mark, aber nicht 93 Mark übersteigt, arbeitstäglich 11,60 Mark, aber nicht 15,40 Mark übersteigt: 1,5 v. H.

3. monatlich 400 Mark, aber nicht 500 Mark übersteigt, 14täglich 186 Mark, aber nicht 232 Mark übersteigt, wöchentlich 93 Mark, aber nicht 116 Mark übersteigt, arbeitstäglich 15,40 Mark, aber nicht 19,40 Mark übersteigt: 2 v. H.

4. monatlich 500 Mark, aber nicht 600 Mark übersteigt, 14täglich 232 Mark, aber nicht 278 Mark übersteigt, wöchentlich 116 Mark, aber nicht 139 Mark übersteigt, arbeitstäglich 19,40 Mark, aber nicht 23,20 Mark übersteigt: 2,5 v. H.

5. monatlich 600 Mark, aber nicht 700 Mark übersteigt, 14täglich 278 Mark, aber nicht 324 Mark übersteigt, wöchentlich 139 Mark, aber nicht 162 Mark übersteigt, arbeitstäglich 23,20 Mark, aber nicht 27 Mark übersteigt: 3 v. H. und steigt weiter bei Bezügen für volle Monate bis 1000 Mark auf 3,5 v. H., bis zu 1500 Mark auf 4 v. H., bis zu 3000 Mark auf 4,5 v. H. und über 3000 Mark auf 5. v. H.

Einmalige Einnahmen im Sinne des § 73 EStG. unterliegen bis zu 1000 Mark dem Satz von 1,5 v. H., bis zu 3000 Mark 3,5 v. H., über 3000 Mark 5 v. H. der einmaligen Einnahmen, ohne Rücksicht darauf, für welchen Zeitraum sie gezahlt werden.

Bei Unbestimmbarkeit eines Lohnzahlungszeitraumes (Fälle steuerlicher Akkordlöhnung i. S. des § 74 EStG.) beträgt die Krisenlohnsteuer stets 1,5 v. H.

Ebenso wie bei der Berechnung des Steuerabzugs vom Arbeitslohn werden auch hier die Bruttoarbeitslöhne, von denen die Berechnung der Krisensteuer ausgeht, abgerundet: bei Zahlung des Arbeitslohnes für vier Wochen oder länger, auf den nächsten durch 5, bei 14tägiger Löhnung auf den nächsten durch 2 teilbaren, bei wöchentlicher Löhnung auf den nächsten vollen Reichsmarkbetrag; bei Zahlung für volle Arbeitstage auf den nächsten durch 20, bei Zahlung für je zwei volle oder angefangene Arbeitsstunden auf den nächsten durch 5 teilbaren Pfennigbetrag.

Die danach sich ergebende Krisenlohnsteuer ist auf den nächsten vollen Pfennigbetrag, bei Entrichtung durch Lohnsteuermarken auf den nächsten durch 5 teilbaren Pfennigbetrag nach unten abzurunden.

Erstmals wird die Krisenlohnsteuer von dem Arbeitslohn erhoben, der für die Zeit nach dem 30. Juni 1931 gezahlt wird. Bei Zahlung des Lohnes für mehr als eine volle Woche wird, wenn der Lohnabschnitt zum Teil vor dem 1. Juli, zum Teil nach dem 30. Juni liegt, nur der nach dem 30. Juni liegende Teilbetrag besteuert. Bei Zahlung des Lohnes für eine volle Woche oder einen kürzeren Zeitabschnitt, wird die Krisenlohnsteuer erstmals von demjenigen Lohnabschnitt erhoben, der ganz in die Zeit nach dem 30. Juni fällt.

Der Arbeitgeber hat die so errechnete Krisenlohnsteuer vom Arbeitslohn einzubehalten und zusammen mit der Lohnsteuer, unter getrennter Angabe der auf beide Steuerarten entfallenden Beträge an die Finanzkasse abzuführen. Die üblichen Lohnsteuer-Anmeldungsvordrucke können hierzu handschriftlich geändert werden.

Arbeitgeber, welche die Lohnsteuer durch Verwendung und Entwertung von Steuermarken entrichten, haben auch die Krisenlohnsteuer in der gleichen Weise durch Marken zu entrichten.

Der Arbeitgeber haftet dem Reiche für die Krisenlohnsteuer in gleicher Weise wie für die Lohnsteuer. Die Krisenlohnsteuer ist ebenso wie die Lohnsteuer im Lohnkonto einzutragen.

Für die schnelle Errechnung des geschuldeten Krisenlohnsteuerbetrages werden von der Reichsdruckerei Tabellen herausgegeben werden, welche dort ebenso wie die Lohnsteuertabellen bezogen werden können.

Zusammenstoß

An der Ecke Taschenstraße Schweidnitzer Stadtgraben stieß Sonntag abend ein Radfahrer und ein motorradfahrender Kaufmannslehrling zusammen, wobei ein auf dem Soziussitz mitfahrendes Mädchen namens M. heruntergeschleudert wurde und verletzt liegen blieb. Es mußte ins Allerheiligen-Hospital geschafft werden, wo festgestellt wurde, daß es unter anderem auch eine Gehirnerschütterung erlitten hatte.

Keilerei in Oswitz

Das Ueberfallkommando mußte am Sonntag nachmittag nach Oswitz ausrücken, wo sich in einem Lokal einige Betrunkene breit machen, das Personal bedrohen und die Einrichtung demolieren wollten. Es kam zu einer Schlägerei und die eingreifende Polizei nahm drei Beteiligte fest. Anscheinend war den Leuten noch nicht warm genug, weshalb sie sich auf diese Art ein wenig erhitzen wollten.

Todessprung in die Oder

Das heiße Wetter ist selbstverständlich die Ursache der Massenwanderungen an die Oder. Das aber die Gefahren des Wassers immer wieder zu gering eingeschätzt werden, zeigt ein tragischer Unfall, der sich am Sonntag ereignete und einen 15jährigen Lehrling das Leben kostete.

In der Nähe der Posener Eisenbahnbrücke hielt sich auch der in der Mehlgasse 42 wohnende Tischlerlehrling Willi Hippe auf, der sich bei einem Kopfsprung, den er ausführte, die Halswirbelsäule brach. Er wurde sofort in das Allerheiligen Hospital geschafft, wo er im Laufe des gestrigen Tages jedoch gestorben ist.

Der Film „Im Westen nichts Neues" wird ab Freitag, den 10. Juli im Palast-Theater nachmittags ab 5 Uhr erstaufgeführt.

Theater und Musik

„Liebe mich." Gastspielrevue bei Liebich.

Ein schottischer Multimillionär hat wie alle solchen goldgesegneten Leute einen Fimmel und will einige hunderttausend Mark los werden. Dazu schlägt er das Adreßbuch auf und angelt sich drei Menschen heraus, denen er je 20000 Pfund Sterling in Aussicht stellt, wenn sie mit dem Partner vor ihn treten, den sie aus Liebe heiraten wollen. Dies der Leitgedanke, den Walter, René seiner großen Revue zugrunde gelegt hat, die jetzt täglich bei Liebich zu sehen ist. Freilich ist die Fabel nicht sehr klar entwickelt und mancher kümmerliche Einfall zu lang ausgewertet, aber trotz aller Längen wird man nicht verstimmt, denn in einer Revue kommt es ja wirklich auf manches andere auch noch an, als nur auf die konsequente Durchführung einer Idee. Und so erhält denn auch diese Bildfolge Applaus, weil in den 32 einzelnen Nummern glückliche Einfälle anreizen, reizende Puppen Parade halten, Girls von Bild zu Bild Maske und Kostüm wechseln, alles abrollt wie es soll, da und dort das Libretto mit alten und neuen Witzen jammerlich aufgestockt wird, ein erstklassiger Xylophon-Spieler und ebensolche Exzentriktänzer durch ihre Leistungen verblüffen und schließlich das Ganze noch durch die Musik Erich Zieglers aufs beste annonciert wird. Ja, diese Musik, die richtige Worte umspielt und zum Mitsingen animiert, ist vielleicht überhaupt das Gescheiteste an dem Abend gewesen. Doch ob man sich dies oder jenes vorzieht, immerhin hat Breslau durch die Rührigkeit Gustav Rittners eine Revue erhalten, über die man schon sprechen kann, was man von den meisten Erzeugnissen dieses Genres am liebsten nicht täte. In der Hauptrolle [illegible] Die schauspielerische Höchstleistung wurde von H. Lecus vollbracht, ihr Singen interessierte, soweit es sich um das Trillieren mit Koloraturen handelte. Der Dichter selbst hielt sich ausgezeichnet in der Rolle des Lord Spleen und wurde gut assistiert von A. Field. Charmant Sigrid Kyra. Völlig entbehrlich aber Axel Milos und Eugen Simsen, die als Sänger zu fungieren haben und völlig ratlos dieser Ausführung gegenüberstehen, [illegible] der alles conferencierende Fritz Lohmer. Beifall belohnte die Aufführung, die in sommerlicher Behaglichkeit gern über die Bühne ging.

—1.

Donnerstag, den 9. Juli 1931, 15 Uhr im großen Saale des Gewerkschaftshauses

SPD.-Erwerbslosen-Versammlung

Ref.: Genossen Werner und Rausch

Thema:

„Die Notverordnung"

Raubüberfall

Zwischen Marschwitz und Deutsch-Lissa wurde in der vergangenen Nacht kurz vor 3 Uhr der Ausschänker Benna aus Marschwitz von zwei unbekannten Männern von hinten überfallen und durch Schläge mit einem harten Gegenstand auf den Kopf niedergeschlagen. Die Unbekannten raubten sodann ihrem Opfer seine Barschaft in Höhe von 18 Mark und verdufteten.

Ferienwanderfahrten des Schlesischen Verkehrsverbandes

Um allen in unserer schweren Zeit während der Ferien Daheimgebliebenen Gelegenheit zu geben, billige und schöne Ausflüge unter sachkundiger Leitung in der näheren Umgebung zu machen, veranstaltet der Schlesische Verkehrsverband während der Großen Ferien außer seinen allsonntäglichen Sonntagswanderungen in die Gebirge öffentliche Nachmittags-Wanderfahrten an jedem Mittwoch unter Ausnutzung der Mittwochs-Fahrkarte, an denen sich jedermann beteiligen kann. So am Mittwoch, den 8. Juli, nach Krieblowitz und zu den Blücher-Gedenkstätten. Abfahrt Breslau Freiburger Bahnhof 13,10 Uhr, Mittwochs-Fahrkarte nach Kanth (1,20 Mark), Treffpunkt Bahnhof Sadewitz, Wanderung nach Schosnitz, Besichtigung der heiligen Stiege und weiter zum Blüchergrab und Blücherschloß nach Krieblowitz, Besichtigung und Rückwanderung nach Kath. Rückfahrt mit den Abendzügen. Bei Regen fällt die Wanderfahrt aus. — Sonntag, den 12. Juli, Wanderfahrt in das Striegauer Bergland. Abfahrt Breslau Freiburger Bahnhof 6,16 Uhr, an Königszelt 6,55 Uhr, Treffpunkt Bahnsteig Königszelt, Frühstückspause, Weiterfahrt 7,59 Uhr nach Striegau, Wanderung durch die Striegauer Berge mit Besichtigung der Steinbrüche und Ueberblick auf das Schlachtfeld von Hohenfriedeberg. In Striegau Gelegenheit zum Mittagessen und kurze Stadtbesichtigung, Kaffee auf der Kreuzbergbaude, Rückfahrt mit den Abendzügen. Etwa 5 Stunden Wanderung. Bei Regen fällt die Wanderung aus.

Wappenhof-Varieté

Das Juliprogramm, das bei schönem Wetter auf der Gartenbühne steigt, wird wieder von besten Kräften bestritten, die zum Teil schon im Wappenhof aufgetreten sind. Die Sensation ist das Auftreten von The Adones, die sich nicht mit Unrecht „Verächter des Todes" nennen. Ihre Darbietung, die nur im Freien möglich ist, vollzieht sich an einem haushohen schwankenden Mast und ist eine einzig dastehende Leistung. Lina und Edmondo betätigen sich als Beherrscher des nach den neuesten musikalischen Errungenschaften modernisierten „Schifferklaviers" und heimsen ebenfalls starken Applaus ein. Die drei Schwestern Pretsch [illegible] beweisen ihr gesangliches Können. Die Tanzschöpfungen der Geschwister Weinhausen sind abwechslungsreich, während Erit Lon und Will ihre Tanzschöpfungen mehr auf Akrobatik aufbauen. Bleiben noch die zwei Edisons zu erwähnen, die mit anerkennenswerten equilibristischen Können aufwarten.

Der in diesem Programm stark hervortretende humoristische Teil bringt Gretel von Welden, Willi Gabran und Sams auf die Bühne. Es ist schwer zu sagen, wer der beste ist, weil jeder den Humor auf andere Art serviert, so daß den verschiedensten Geschmäckern Rechnung getragen wird.

Sozialdemokratische Partei

Partei-Sekretariat:
Gewerkschaftshaus, Zimmer 167—170
Telefon Nummern 59060—59061
Geöffnet außer Sonnabend von 8—1 und 4—7 Uhr

Die Distriktsführer der Distrikte 48 und 55 werden ersucht, die Abr... umgehend einzusenden.

Abteilung Nikolaitor. Alle Parteigenossen und -genossinnen ... 30 Jahren werden gebeten, am Mittwoch, den 8. Juli, abends 20 Uhr im Jugendheim Friedrich-Wilhelm-Straße 45, zum Vortragsabend des Ge... Kneiff über „Die Bedeutung der Gewerkschaften" zu erscheinen.

Distrikt 4. Donnerstag, den 9. Juli, 20 Uhr, Funktionär- und Ver... Versammlung bei Koschek, Luisenstraße 15.

Distrikt 17. Heut, 20 Uhr, bei Gardyan, Bergmannstraße 12. ... versammlung. Referentin: Genossin Sacher: „Die Frau in der Politik".

Distrikt 31. Mittwoch Funktionärversammlung und Kinderfesthelfer... Distriktsführer.

Sozialistischer Kampfbund

An alle! Für Sonntag, den 12. Juli zur Autofahrt nach Wohlau ... Sammelplätze morgens 6 Uhr: Abteilung West: Westpark; Abteilung ... Brockauer Platz; Abteilung Südwest: Sonnenplatz. Die Abteilungen ge... losen Gruppen nach dem Trebnitzer Platz. Von diesem Abfahrt 7 Uhr früh.

Donnerstag, den 9. Juli, 20 Uhr, findet im Studentenheim Büttne... eine Sitzung der Schiedskommission statt. An dieser nehmen teil die B... leitung und die Funktionärgruppen I und II.

Sozialistische Arbeiterjugend

Frankfurtfahrer! Radfahrer müssen sich heut anmelden. Donne... 20 Uhr, im Gewerkschaftshause Besprechung.

Heut 20 Uhr Zentralfunktionärsitzung im Gewerkschaftshaus. ... „Arbeitsdienstpflicht".

Heim 1. Mittwoch auf der Oswitzer Wiese.

Heim 2. Mittwoch 18 Uhr ab Außenspiele im Wolfswinkel.

Heim 6. Mittwoch treffen wir uns auf dem Sportplatz Bebelpark ... spiele. Donnerstag Funktionäre bei Hans Auerbach. Freitag „Das erwa... Indien" Klodnitzschule.

Rote Falken III und Heim 3. Morgen alles 18 Uhr zum Sport a... Bauschulwiese. Donnerstag 20 Uhr Quartalsmitgliederversammlung im ...

Falkenrat. Morgen um ½7 Uhr im Büro Arbeitssitzung.

Freigewerkschaftliches Jugendkartell

Zentralverband der Angestellten, Jugendgruppe. Heut 20 Uhr ... folgende Veranstaltungen statt: Heim 1, Taschenstraße 29/31, Lieder... Heim 2, Friedrich-Wilhelm-Straße 45, Lichtbildervortrag des Kollegen ... über: „Unsere Ferienfahrt". Heim 3, Sadowastraße 71, „Heiterer A... Heim 4, Michaelisstraße 78/80, Kollege Bürgel spricht über: „Quer durch ... Tschecho-Slowakei und ihre Arbeiterbewegung". Mittwoch, den 8. Juli, 20 ... im Gaubüro Sitzung des Arbeitsausschusses. Donnerstag, den 9. Juli, 20 ... für alle Heime gemeinsam im Zeichensaal der Schule Taschenstraße 29/31 ... Abend unter der Parole: „Wir alle fahren mit". Musik, Rezitation und ... von den Ferienfahrten. Letzter Meldetermin für den Reichsjugendtag. ... den 10. Juli, 20 Uhr, im Heim 1 Sprechchorprobe für den Hirschberger ... Sonntag, den 12. Juli Wandertreffen der Gruppen Brieg, Oels und B... am Zinnobersee. Treffen der Radfahrer 5,30 Uhr am Gewerkschafts... Leitung Kollege Gutichter. Die Bahnfahrer treffen sich 5,45 Uhr am ... Hauptportal des Hauptbahnhofes. Leitung Kollege Böer. Fahrgeld 1,10 Mark ... bis zum Donnerstag, den 9. Juli in den Heimen abzuliefern.

Monistische Jugend

19,30 Uhr zu einem Liederabend im Heim.

Freidenkerjugend

Heute 20 Uhr im Büro Matthiasstraße 24 Arbeits-Ausschuß-Sitzung.

Von den Arbeiterkinderfreunden

Abteilung 1. Rotfalken um 17 Uhr Außenspiele. Mittwoch alle Jung... Rotfalken um 17 Uhr in der Turnhalle. Donnerstag Rotfalken Arbeitsge... schaft, Jungfalken Außenspiele.

Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold

Jungbanner Ost (Daisling). Heut 20 Uhr im Elisabeth-Gymnasium ... abend. Referent Kamerad Faulhaber.

Jungbanner Süd (Frank). Heut 20 Uhr alle Kameraden im Heim. ... ferent Kamerad Funke.

Vortrupp Nord. Heut zum Liederabend mit unseren Instrumenten ... Waterlooschule.

Vortrupp West. Morgen außerordentliche Mitgliederversammlung.

Vereinskalender

Einheitsverband der Eisenbahner Deutschlands. Mittwoch, den 8. Juli, ab... 7½ Uhr, findet im kleinen Saale des Gewerkschaftshauses eine außerordent... Mitgliederversammlung statt. Tagesordnung: Bericht der Delegierten ... Verbandstag in Hamburg, freie Aussprache und Verschiedenes. Bei ... Wichtigkeit der Tagesordnung ist es Pflicht aller Mitglieder, zu erscheinen. Mitgliedsbuch dient als Ausweis! Die Ortsverwaltung.

Konzerte / Theater / Vergnügungen

Varietee Wappenhof. Heute Dienstag, nachmittags 4 Uhr und ab 8 Uhr gelangt das erste Riesen-Ferien-Programm mit hervorrage... Varietee-Attraktionen zur Aufführung. Ab 8 Uhr ist außerdem der ... beliebte Wappenhofball, zu welchem 2 Kapellen zum Tanz aufspielen.

Das idyllisch gelegene Südpark-Restaurant bietet besonders an h... Sommertagen einen derart angenehmen Aufenthalt, daß zu einem Besuch ... Gaststätte nicht genug angeraten werden kann. Eine besondere Anzie... bedeuten die jeden Mittwoch nachmittag ab 4 Uhr stattfindenden Elefa... Konzerte, die den Aufenthalt im Südpark-Restaurant noch reizvoller und ... genehmer gestalten.

Aktentasche und Rucksack gestohlen

Einem Breslauer Arbeitslosen und Leser der „Volkswa... wurde gestern in der Zeit von 18 bis 18,15 Uhr auf der Ohla... Chaussee am Kilometerstein 7,5 eine Aktentasche mit Inhalt ... ein Rucksack während einer Fahrradreparatur gestohlen. Da ... Dieb beobachtet worden ist, sowie seine Personalien festst... wird er hiermit aufgefordert, die betreffenden Gegenstände ... der Redaktion der „Volkswacht" abzugeben, anderenfalls Anz... erstattet wird.

Gewinner gesucht! In der Volkswohlziehung ... ein Gewinn im Werte von Mk. 200 auf das Los Nr. 92043, ... bei mir auf „Unbekannt" eingetragen ist. Der Gewinner ... gesucht! Albert Loeser, Breslau 1, Ohlauer Straße (Christophoriplatz). Gegründet 1886.

Sturmvogel E. V.,

Flugverband der Werktätigen. Die am Donnerstag, den 9. d. ... fällige Mitgliederversammlung fällt aus, weil verschiedene M... glieder, deren Anwesenheit in der Versammlung erforderlich ... sich zurzeit in Urlaub befinden. Die nächste Versammlung w... an dieser Stelle rechtzeitig bekanntgegeben werden.

Hauszinssteuerdarlehn und Wohnungsba...

In den Sitzungen des Unterausschusses der Deputation ... den Kleinwohnungsbau sind in diesem Jahre bisher Hausz... steuerdarlehen im Betrag von insgesamt 2 765 400 Mark ... Schaffung von 885 Kleinwohnungen bewilligt worden.

Fertiggestellt wurden am 1. Juli dieses Jahres 332 ... Hauszinssteuermitteln bezuschußte Wohnungen. Weitere 124 W... nungen befinden sich noch im Bau. Aus dem Bauprogramm 1... wurden bisher fertiggestellt: 54 Wohnungen; im Bau befin... sich: 376 Wohnungen; noch nicht begonnen sind 455 Wohnun...

Am 1. Juli dieses Jahres konnten die auf Grund des ... jährigen Reichszusatzprogramms ausgeführten Einfachstwohnun... in Dürrgoy und an der Bolkenhainer Straße bezogen worden.

Arbeiter-Sport

Wassersport

Freie Schwimmer Breslau, Abteilung Süd. Mo... Mittwoch, 18.30 Uhr: Wasserballspiel einer kombinierten ... Mannschaft gegen Süd I.

Arbeiter-Kulturvereine

Schachabteilung „Südost 1919." Am Mittwoch, den 8. ... findet in der Turnhalle um 19 Uhr unsere Versammlung ... Anschließend Simultanspiel.

Arbeiter-Rad- und Kraftfahrer-Bund „Solidarität"

Ortsgruppe Bettlern-Lohe. 10. Juli, 20 Uhr, Mitglie... versammlung bei Herrn Knuchalla.

ilch wird beschaut

iges über die Provinzial-Milchschau der Landwirtschaftskammer

hne Zweifel ist die Milchwirtschaft in Niederschlesien lich Qualität und Aufmachung noch weit hinter der Ent- g zurück, die in andern Landesteilen des Reiches schon erreicht wurde. Man braucht nur einmal eine Allgäuer ei mit dem was hierzulande so gemeinhin unter der Be- ng „Molkerei“ betrieben wird, oder einen beliebigen Milch- in Süddeutschland mit einer Breslauer Milchverkaufs- — die der gemeinnützigen Milchhallen ausgenommen — gleichen, um zu ermessen, was auf diesem Gebiet und im sse der Förderung des Milchabsatzes, der gleichermaßen Standpunkt der Volkshygiene wie einer betriebswirtschaft- Umstellung der Landwirtschaft zur Verbesserung der bilität zu begrüßen wäre, noch zu tun ist.

Diese Erwägungen und das zu Beginn des nächsten Jahres aft tretende Reichs-Milchgesetz sind wohl Veranlassung, daß Landwirtschaftskammer Niederschlesien sich neuer- der Verbesserung der Qualität der Milcherzeugung in r Provinz annimmt. Zur Qualitätsverbesserung sollen die dreimal jährlich vorgesehenen **Provinzial-Milchschauen**, deren erste dieser Tage in Breslau abgehalten wurde. rund freiwilliger Meldung werden hier unter entsprechenden egeln, die größte Gleichmäßigkeit und Reellität der Ent- aus der täglichen Durchschnittsproduktion verbürgen, hproben von den Produzenten aus der ganzen Provinz t. Die Prüfung geht natürlich über die Feststellung der lichen Mindestanforderungen an zum Verkauf gelangende weit hinaus und soll zur Erzeugung einer — von der s unter Kontrolle der Kammer stehenden Vorzugs- und rmilch abgesehen — möglichst bakterienfreien und gut- enden Qualitätsmilch führen.

Die Milchproben werden auf telegraphischen Abruf in be- en nur durch Nummern unterschiedenen Flaschen an die ner geschickt, wobei ein Fragebogen, den der Einsender füllen hat, der dazu dient, die Fehlerquellen bei mangel- Qualität zu finden. Die Untersuchung gliedert sich in eine che und allgemein bakteriologische und eine Sinnesprüfung Preisrichter, die teils Landwirte, Molkereipraktiker, teils e sind und am Abnahmetage die an auf langer Tischreihe stellten Milchproben hinsichtlich Geschmack, Aussehen usw. achten, was nach einem Punktsystem zur allgemeinen ung herangezogen wird.

In einer anschließenden Versammlung wird, so auch al, das Ergebnis der Milchschau zusammengefaßt und er- t, die besten Proben durch Preise ausgezeichnet, bei den ten die Fehlerquellen als Anregung zur Verbesserung be- en. In Aussicht genommen ist außerdem zur weiteren Aus- tung auch eine bakteriologische Schmutzprüfung, die eine re Kontrolle der allgemeinen Sauberhaltung in Stall Verarbeitungsstätte gewährleistet, als die bisher übliche nische Prüfung und eine regionale Durchführung bezirk- r Milchschauen, die dann, wie man hofft, einen noch ren Kreis von Erzeugern zusammenfaßt.

Landvolk-Verleumdungen vor Gericht

n die „Schwarze Fahne“ Kommunalpolitik macht

Wie skrupellos die Presse der „Landvolk“bewegung mit umdungen um sich wirft, zeigte eine Verhandlung vor dem itzer Schöffengericht gegen den verantwortlichen Schrift- der „Schwarzen Fahne“, der Landvolkzeitung für rschlesien, Hartmut Plaas, wegen Pressebeleidigung.

In einem Falle hatte er über den Gemeindevorsteher Paul ch in Groß-Heidau, Kreis Neumarkt, geschrieben: „Ein er Systemdiener ist der hiesige Gemeindevorsteher. Er setzt Ehre darein, die Treue zu dem System der räuberischen ausbeutung dadurch zu beweisen, daß er einen 75jährigen wirt wegen rückständiger Steuern quält. Die ganze einde ist darüber in Empörung geraten. Natürlich ist Lucksch rammer Sozi...“

Die Beweisaufnahme ergab, daß an dem ganzen Bericht **kein** es Wort ist und der betreffende Landwirt nicht einmal hnt werden mußte. Lucksch ist im übrigen auch gar kein mmer Sozi“.

In einer anderen Nummer schrieb Plaas: „Da hat sich Herr Welsch, der bekannte biereifrige Gemeindevorsteher von nig, etwas Saudummes geleistet. Es handelt sich um einen dummen Rechtsbruch der Gemeinde. Der Fall h und Genossen stinkt allmählich gen Himmel... Eine Wirt- , für die man im Dorfe nur noch den Ausdruck Saustall hat.“

Das Gericht erkannte mit der in Liegnitz üblichen Milde für sche Vergehen nationaler Schimpfbolde und Verleumder in n Fällen wegen verleumderischer Beleidigung auf **je 50 Mark** trafe sowie Publikationsbefugnis.

erschleife bei der „Liegnitzer Tagespost“

Das Liegnitzer Schöffengericht hatte sich am Sonnabend mit rschleifen bei der deutschnationalen, nunmehr sanft ent- enen „Liegnitzer Tagespost“ zu befassen, bei der ein betrag von 2300 Mark festgestellt worden war.

Auf der Anklagebank saß der 23jährige frühere Buchhalter Tsch., dem die Veruntreuung von rund 1400 Mark zur Last t wurde. Er war in schlechte Gesellschaft geraten und hatte in der „Roten Mühle“ von den unterschlagenen Inseraten- rn Zechen von 70 bis 80 Mark gemacht, obwohl er monatlich wenig über 100 Mark verdiente. Er nahm nur 900 Mark eine Kappe und erklärte, daß die anderen Veruntreuungen das Konto anderer Angestellter zu setzen sein dürften, des erers und des früheren Leiters der Werbeabteilung, des mit haus vorbestraften und steckbrieflich gesuchten Kanser.

Das Gericht erkannte auf zwei Monate Gefängnis Strafaussetzung bei Zahlung einer Buße von 80 Mark.

Graf Kaiserlingk-Cammerau

wie die nationalistische Presse meldet, sein Mandat als Ab- rdneter des Provinziallandtages niedergelegt. r aus der deutschnationalen Partei ausgeschieden ist.

Ziegenhals. Zwei Kühe überfahren. Vor der Ein- in den Stadtbahnhof wurden zwei Kühe, die sich dort auf Weide befanden, von einem Personenzug überfahren und et.

Sprottau. Mit dem Ochsengespann in den Fisch- ben. Auf dem Rittergut Rückersdorf stürzte ein Gespann n beim Fahren von Wasser aus dem Delteich zum Dampf- in den Fischgraben. Die Ochsen, die sich anscheinend in die Stränge verwickelt haben, gingen unter und ertranken. Der Führer des Wagens und ein mitfahrendes Kind konnten von hinzukommenden Leuten gerettet werden.

Aus der Umgebung

Mord im Walde

Montag nachmittag fanden Spaziergänger im Walde zwischen Obernigk und Jäckel etwa 30 Meter abseits vom Wege die Hausangestellte Auguste Wenzel aus Breslau tot auf. Da nach den äußeren Umständen ein Verbrechen nicht ausgeschlossen erscheint, benachrichtigte der zuständige Oberlandjäger das Breslauer Polizeipräsidium; die Mordkommission begab sich sofort an die Fundstelle.

* * *

Fräulein Wenzel, die im Nord-Hotel in Breslau als Haus- angestellte beschäftigt war, hatte am 22. Juni ihre Ferien an- getreten. Sie wollte ab 24. Juni Verwandte in Jäckel be- suchen und sich bei ihnen mehrere Tage aufhalten. Sie fuhr an diesem Tage früh nach Obernigk, hat dort ihr Gepäck auf dem Bahnhof zurückgelassen und wollte auf dem Fußweg nach Jäckel gehen, ist aber dort nicht eingetroffen. Nach dem Befund der Leiche, die schon stark in Verwesung übergegangen ist, liegt allem Anschein nach ein Verbrechen vor. Es ist auch nicht ausgeschlossen, daß ein Sittlichkeitsdelikt verübt worden ist. Doch wird hierüber erst die Obduktion Näheres ergeben. Die Geldbörse wurde mehrere Meter entfernt aufgefunden. Geld befand sich nicht darin, obwohl Fräulein Wenzel nach den Angaben ihrer Angehörigen etwa 10 bis 30 Mark bei sich gehabt haben dürfte. Auch der Gepäckaufbewahrungsschein wurde neben der Leiche gefunden.

Die Mordkommission hat bisher keinerlei Spuren auf- nehmen können. Die Verwandten der Wenzel hatten keine Mit- teilung von dem beabsichtigten Besuch, so daß ihr Verschwinden erst bemerkt wurde, als sich Angehörige in Jäckel erkundigten, nachdem sie von der Vermißten keinerlei Mitteilung erhalten hatten. Die Leiche ist heute nach Obernigk zur Obduktion geschafft worden.

„Roter Tag“ in Opperau
am 12. Juli 1931

Redner: Genosse Paul Löbe

Unfall auf der Dorfstraße

Am Sonnabend nachmittag prallte ein in der Richtung Breslau fahrendes Motorrad an der Baustelle der Dorfstraße in Leipe-Petersdorf mit der Radfahrerin Walli Jendry aus Weidenhof zusammen. Fräulein J. wurde schwer verletzt und brach blutüberströmt zusammen. Die zufällig anwesende Stationskrankenschwester nahm sich der Verletzten an und sorgte für die Ueberführung in die elterliche Wohnung.

Der Motorradfahrer Beck aus Schebitz ist offenbar nicht rechtzeitig ausgewichen. Sicherheitsposten an der Baustelle würden solche Unglücksfälle verhüten.

Wie Wanderburschen behandelt werden

Stimmungsbild aus Borne

Als am Freitag abend vier arbeitsuchende Wanderer, welche bereits die Strecke von Hundsfeld bis Borne zurückgelegt hatten, beim Gemeindevorsteher von Borne um Nachtquartier vor- sprachen, trat ihnen die Frau des Gemeindevorstehers entgegen und erklärte: „Es ist erst sieben Uhr, macht daß Ihr fortkommt. Ihr seid bloß zu faul zum Laufen. Alles will bloß bei uns bleiben.“ Die Wanderer erklärten hierauf, daß sie schon weit her kommen und sich die Füße wund gelaufen hätten, worauf der Herr Gemeindevorsteher aus der Stube, welcher wie ein Wilder auf den Plan trat, sich wie rasend geworden benahm und den Wander- burschen den Hof verbot. „Ihr Faulenzer, Ihr Strolche, Ihr Banditen. So ein arbeitsscheues Gesindel. Sucht euch lieber Arbeit, ihr faule Bande, es hat Arbeit genug (!!) Alles kommt bloß heute zur Gemeinde. Wir möchten die Faulenzer erhalten.“

* * *

Selbstverständlich ist auch dem Gemeindevorsteher von Borne bekannt, daß Millionen in Deutschland, die nicht wie er am ge- deckten Tische sitzen können, Arbeit suchen und nicht finden. Seine Schimpfereien sind daher nicht nur unflätig, sondern auch un- wahrhaftig. Im übrigen wäre es wohl angezeigt, daß ihm wieder einmal vor höherem Orte bedeutet würde, daß auch Wander- burschen das Recht haben, nicht beleidigt zu werden.

Sozialdemokratische Partei

Unterbezirk Breslau-Land/Neumarkt/Nimptsch

Sekretariat: Margaretenstr. 17, Gartenhaus (Neubau), Zimmer 170—174
Telephon 59060, 59061
Sprechstunden: Dienstag, Mittwoch, Freitag von 9—13 u. 16—18 Uhr

Oldern. Donnerstag, den 9. Juli, 20 Uhr, im Gasthaus in Oldern öffentliche Versammlung. Dr. Korn spricht über „Massenelend und Volksgesundheit.“

Sacrau. Dienstag, den 7. Juli, 20 Uhr, im Lokal Maiwald: Bastelabend.

Schmolz. Dienstag, den 7. Juli, 20 Uhr, im Lokal Kabik: Mitgliederversammlung.

Wasserstand

	7.7.	6.7.		7.7.	6.7.
Ratibor	0.92	0.94	Ransern (Unter-Pegel)	1.92	1.86
Neisse (Stadt)	− 0.54	− 0.62	Dyhernfurth	1.10	1.01
Neißemündung (Unt.-Pegel)	1.61	1.52	Abflußmenge (sekundlich)	67	63
Brieg (Mastenkran)	1.90	1.93	Fürstenberg vom 7. 7.	0.37	—
Treschen	0.98	1.07	Wasserwärme 24,6°		

Amtlicher Wetterbericht
des Meteorologischen Observatoriums Breslau-Krietern

(Nachdruck, auch mit Quellenangabe, verboten)

Während in Süd-, Mittel- und Westdeutschland weiterhin verbreitete, zum Teil heftige Gewittertätigkeit herrscht, hat sich im Osten des Reiches durch das Eindringen etwas trockener kontinentaler Luftmassen leichte Abkühlung ein- gestellt. Bei uns können vereinzelte Gewitter wieder hervorgerufen werden durch Störungen, die von der Ukraine an den Karpathen westwärts vordringen.

Aussichten für das schlesische Flachland, die Mittel- und Hochgebirge:

Bei vorwiegend östlichen Winden heiteres, nur vorübergehend wolkiges Wetter, warm, später wieder örtliche Gewitter.

Sonnenaufgang: 3,45 Uhr, Sonnenuntergang: 20,24 Uhr.

Breslauer Produktenbörse vom 6. Juli

Amtliche Notierungen der Breslauer Produktenbörse vom 6 Juli 1931 An der Börse im Großhandel gezahlte Preise für volle Wagenladungen, in Reichsmark, bei sofortiger Bezahlung (nur für Kartoffeln gilt der Erzeugerpreis)

Weizen, Roggen, Hafer und Gerste . . .	für 1000 kg = 1 Tonne	frachtfrei Breslau
Oelsaaten, Hülsenfrüchte, Futtermittel, Mehl	„ 100 kg	frachtfrei Breslau
Sämereien	„ 50 kg	
Kartoffeln, Rauhfutter	„ 50 kg ab Erzeugerstation	

Tägliche Amtliche Notierungen.

Getreide:	6.	3.	
Weizen (schlesischer)			
Hektolitergewicht von 74,0 kg Durchschn.-Qual., gesund und trocken	270.00	275.00	
Hektolitergewicht von 76,0 kg gut, gesund und trocken	273.00	278.00	
Hektolitergewicht von 72,0 kg trocken für Müllereizwecke verwendbar	265.00	270.00	
Sommerweizen, hart, glasig, 80 kg . . .	—.—	—.—	Die Preise ver-
Roggen (schlesischer)			stehen sich per
Hektolitergewicht von 70,5 kg Durchschn.-Qual., gesund u. trocken	207.00	215.00	1000 kg waggon-
Hektolitergewicht von 72,5 kg gut, gesund und trocken	—.—	—.—	frei Breslau in
Hektolitergewicht von 68,5 kg trocken für Müllereizwecke verwendbar	202.00	210.00	voll. 15 Tonnen-
Hafer, mittlere Art und Güte	185.00	188.00	ladungen
Braugerste, feinste	—	—	
„ gute	—	—	
Sommergerste, mittlere Art und Güte . .	—	—	
Wintergerste 63-64 kg	158.00	160.00	

Zwangsdeckungen bei Roggen bedingen irreguläre Preise.
Tendenz: Matt.

Amtliche Notierungen für Mühlenerzeugnisse

	6	3		6.	3
Weizenmehl (70%)	38.00	39.00	Auszugmehl	44.00	45.00
Roggenmehl (70%)	29.75	30.75			

Tendenz: Ruhig.

So wirbt sie um Vertrauen im Volke

Wieder eine Glanzleistung unserer Justiz

Harte Gefängnisstrafen gegen Reichsbannerleute — Nazis gehen straffrei aus

Ulm, 6. Juli. (Eigener Drahtbericht.)

Vor dem Schöffengericht Ulm hatten sich mehrere Reichsbannerleute wegen „schweren Landfriedensbruchs" zu verteidigen. Fünf Reichsbannerleute erhielten je drei Monate, zwei jugendliche Reichsbannerleute je drei Wochen Gefängnis mit drei Jahren Bewährungsfrist. Der Führer der betreffenden Kameradschaft, der die verurteilten Reichsbannerleute angehören, wurde wegen schweren Landfriedensbruchs sogar zu 8 Monaten Gefängnis verurteilt. Das Urteil hat innerhalb der republikanischen Bevölkerung starke Entrüstung ausgelöst.

In Ulm veranstaltete eine Kameradschaft des Reichsbanners am 18. März einen Werbeumzug durch die Oststadt. Die Reichsbannerleute wurden von den Nazis als „Judenknechte, Barmats, Sklareks" usw. beschimpft. Als zwischen den Nazis und einigen Zivilisten, die über die Schimpfereien empört waren, Schlägereien entstanden, bildeten die Reichsbannerleute eine Sperrkette, um weitere Mißhandlungen Unbeteiligter zu verhüten. Während die provozierenden Nazis von den Behörden unbehelligt blieben, erhob die Staatsanwaltschaft gegen elf Reichsbannerleute Anklage wegen Landfriedensbruchs usw. Trotz des Hinweises der Verteidigung darauf, daß aus der Bildung einer Sperrkette unmöglich allein die Absicht, Gewalttätigkeiten zu verüben, gefolgert werden könne, kam das Große Schöffengericht in Ulm zu einer Verurteilung von acht Angeklagten. Drei wurden freigesprochen. Ein nationalsozialistischer Zeuge, der auf eine Frage des Verteidigers die Antwort verweigerte, weil er „einem Juden keine Antwort gebe", wurde zu einer Ordnungsstrafe von 20 Mark verurteilt.

Das Urteil hat mit Recht starke Entrüstung hervorgerufen. Die Reichsbannerleute hatten sich weder gewalttätig benommen noch durch ihr Verhalten zur Verschärfung der Situation beigetragen. Trotzdem wurden sie verurteilt, während man die eigentlichen Rowdys laufen ließ.

Thüringer Landbund gegen die Nazis

Er nennt das Treiben der Hakenkreuzler verbrecherisch

Der Thüringer Landbund hat an den thüringischen Minister des Innern folgendes Schreiben gerichtet:

„Am Sonntag, den 28. Juni d. J. fand in Vippachedelhausen, Kreis Weimar, ein „Deutscher Tag" der Nationalsozialisten statt, zu dem u. a. auch dadurch eingeladen worden war, daß die Posthilfsstelle in Ballstedt den Landbund-Zeitungen in unerlaubter Weise entsprechende Flugblätter der Nationalsozialisten beigelegt hatte. Während der öffentlichen Kundgebung kündigte der nationalsozialistische Abgeordnete Wächtler den Redner Jahn in einer Bemerkung an, nach der Jahn früher Mitglied des Hauptvorstandes des Thüringer Landbundes gewesen sei. Diese Behauptung hatte bereits vorher in der nationalsozialistischen Presse gestanden und war von uns, weil sie der Wahrheit widerspricht, am Tage vorher bereits richtiggestellt worden. Jahn selbst gab bei Beginn seiner Rede an, daß die Behauptung falsch sei. Auf die wahrheitswidrige Behauptung Wächtlers fiel aus einer Gruppe von Junglandbündlern der Zuruf „Lüge". Wächtler unterbrach seine Ausführungen und antwortete: „Wir werden Ihnen schon die Antwort geben!" Nach Mitteilung unseres Vertrauensmannes Wiegandt sind zwei Zeugen bereit, zu bekunden, daß Wächtler direkt zu Tätlichkeiten aufgefordert hat. Eine größere Anzahl uniformierter Nationalsozialisten stürmte auf die Aufforderung Wächtlers auf die Junglandbündler ein, die auf einem Privatgrundstück des Wiegandt standen. Der Sohn des Wiegandt, auch ein Junglandbündler, rief den Nationalsozialisten zu: „Ihr habt hier nichts zu suchen, das ist unser Grundstück". Nun stürzten sich die Nationalsozialisten auf den jungen Wiegandt, schlugen ihm ein Auge blau, zerrissen ihm den Anzug und warfen ihn in den Schmutz. Wiegandt ist in seiner Gesundheit beeinträchtigt und liegt zu Bett. Die zwei anwesenden Gendarmeriebeamten stellten den Tatbestand fest.

Wir geben hiermit dem Herrn Minister von diesem Vorfall Kenntnis und verlangen strengste Maßnahmen, die eine Wiederholung solcher Vorfälle ausschließen. Wir erwarten unverzügliches Handeln der Aufsichtsbehörden, da ein derartiges verbrecherisches Treiben nicht länger geduldet werden darf. Der Thüringer Landbund ist nicht gewillt, solchen Zuständen länger zuzusehen."

Die KPD. als Kriegspartei

Die kommunistische Propaganda verbreitet unter dem Titel „Erwachendes Volk" eine Broschüre, die zur Agitation unter den Nationalsozialisten bestimmt ist. Diese Broschüre enthält Briefe des Leutnants Scheringer, der seinerzeit wegen nationalsozialistischen Hochverrats zu Festung verurteilt wurde und sich dann der Kommunistischen Partei angeschlossen hat.

Mit Hilfe dieser Briefe versucht die Kommunistische Partei, Proselyten bei den Nationalsozialisten zu machen. Sie läßt sich durch Scheringer vorstellen als echte Kriegspartei, die nichts dringender wünscht als den Krieg gegen Frankreich. So schreibt Scheringer in einem seiner Briefe an einen Generalleutnant a. D.: „Es gilt die revolutionären Kräfte des Volkes zu sammeln, die Armee der Arbeiter, Bauern und Soldaten zu formieren und den Befreiungskrieg über die Trümmer der Weimarer Republik nach Westen zu tragen".

In einem Brief an ein junges Mädchen heißt es weiter:

„Der gewaltsame Weg führt allerdings über den Bürgerkrieg, denn es werden sich immer Landsknechte finden, die das bestehende System, ohne dessen Sturz wir nicht freiwerden können, mit der Waffe in der Hand verteidigen. Unsere Aufgabe muß zunächst darin bestehen, mit aller Energie die Frage in den Vordergrund zu stellen: „Kann ein ehrlicher Deutscher es verantworten, auf seine Volksgenossen zu schießen, wenn diese den revolutionären Krieg über die Trümmer des herrschenden Systems gegen die kapitalistischen Westmächte tragen?"

Schließlich in einem Brief an einen zur zweiten Torpedohalbflottille Swinemünde gehörenden Oberleutnant zur See: „Rein militärisch ist ein Krieg gegen die Westmächte nur im Bunde mit der Sowjetunion zu führen. Da sich in der KPD. immer mehr aktive Massen des Proletariats und Mittelstandes sammeln, da hier eindeutig gegen das kapitalistische System für die Revolutionierung und Bewaffnung der Arbeiterschaft und für den revolutionären Krieg gegen die Westmächte gekämpft wird, da ferner die Zusammenarbeit mit der Sowjetunion in diesem Kampf sichergestellt ist, habe ich mich entschlossen, den Roten die Hand zu bieten."

Das ist der echte Nationalbolschewismus! Die Kommunisten zeigen sich mit dieser Propaganda als gemeingefährliche Chauvinisten und Kriegshetzer, die den rechtsradikalen Kriegsparteien um nichts nachstehen. Sie bemühen sich ebenso wie die Chauvinisten von rechts, Stimmung für einen kommenden Weltkrieg im Volke zu schaffen und eine überaus gefährliche Kriegsgefahr zu erzeugen.

Das Programm der neuen bulgarischen Regierung

und die Wirtschaftslage des Landes

Sofia, 4. Juli. (Eigener Bericht.)

Der bulgarische Ministerpräsident Malinow erklärte dem Korrespondenten des „Soz. Pressedienst" in Sofia, daß das aus dem siegreichen Volksblock ernannte neue Kabinett vor außerordentlich schweren Aufgaben stehe. Die finanzielle Lage des Landes sei sehr kritisch und verlange schnelle und tiefgehende Reformen, die jedoch ohne besondere Mittel kaum zu realisieren seien. Dem Volke, das wirtschaftlich und sozial verelendet sei, könnten neue Steuern unmöglich aufgebürdet werden. Eine Zuflucht zu weiteren Auslandsanleihen werde ebenfalls nicht erwogen. Man empfehle seiner Regierung härteste Sparmaßnahmen, aber auch davon sei herzlich wenig zu erwarten. Die Materialausgaben seien bereits auf ein Minimum gedrosselt, und von einer weiteren Herabsetzung der miserablen Bezüge der staatlichen Beamten und Angestellten könne gar keine Rede sein. Es werde schließlich auch von einer Intensierung der Agrarproduktion gesprochen, doch auch sie erfordere Zeit und Mittel und sei bei der Weltagrarkrise in vielerlei Hinsicht recht problematisch. Bulgarien könne heute nur eins helfen: Eine gründliche Erleichterung seiner schweren Kriegslasten.

Außenpolitisch werde die neue Regierung eine erhöhte Aktivität entwickeln. Die Beziehungen mit den Nachbarländern seien zwar normal und gut, doch gebe es keinen Zweifel darüber, daß sie beträchtlich verbessert werden könnten. Mit der bisherigen Politik des Zögerns werde er aufräumen; es sei an der Zeit, endlich eine Liquidierung der zahlreichen offenen Fragen mit den Nachbarn zu finden. Die innenpolitische Losung seines Kabinetts sei: Stabilisierung des Friedens im Lande. Unerbittlich werde gegen jeden Ruhestörer vorgegangen werden, ganz gleich aus welchem Lager er auch komme. Die Regierung erfreue sich des Vertrauens des Volkes und des Staatshauptes. Trotz aller Schwierigkeiten würde sie zu großen wirtschaftlichen und sozialen Reformen schreiten. Er (Malinow) sei hinsichtlich der Ergebnisse Optimist, und zwar schon deshalb, weil seine Kollegen und er den Wunsch und Mut hätten, Reformatoren zu sein und die dem Volke gegebenen Versprechungen zu halten.

Urteil im Lemberger Sabotage-Prozeß

In dem Prozeß gegen die 14 Angehörigen der ukrainischen geheimen Militärorganisation, die der Sabotageakte im vorigen Herbst beschuldigt wurden, wurden fünf Angeklagte zu zwei bis fünf Jahren schweren Kerkers verurteilt, während die übrigen freigesprochen wurden.

Italienisch-russische Wirtschaftsverhandlungen

Rom, 6. Juli (Eigener Drahtbericht).

Auf Wunsch von Moskau werden kurz nach dem Besuch des amerikanischen Staatssekretärs Stimson, der am Dienstag hier erwartet wird, neue Verhandlungen über eine Erweiterung des Wirtschaftsabkommens zwischen Italien und Rußland stattfinden, obwohl in diesem Jahre erst ein Zusatzabkommen abgeschlossen wurde. Inwieweit wichtige Aenderungen weltpolitischer Probleme in diese Wirtschaftsverhandlungen hineinspielen, läßt sich zur Zeit noch nicht übersehen. Aber es handelt sich bei den Verhandlungen sicher nicht nur darum, daß Italiens Rüstungsindustrie für Rußland stärker arbeiten soll. Notwendige engere Beziehungen zu Sowjetrußland werden auch in der hiesigen Presse verlangt. Von Rußland dürfte eine Einigung über Fragen der europäischen Politik, die nach Genf hinüberspielt, versucht werden. Das Eintreten Italiens für Sowjetrußland in Genf hat seine besonderen Hintergründe.

Ueberfall auf russische Konsulatsbeamte in China

Aus Charbin wird gemeldet, daß Beamte des Sowjetkonsulats in Tsitsikar auf dem Wege zum Bahnhof von einer zehnköpfigen bewaffneten Bande überfallen wurden. Der Ueberfall auf die russischen Konsulatsbeamten, die diplomatische Dokumente mit sich führten, mißlang, da der Chauffeur Vollgas gab. Die „Prawda" weist darauf hin, daß Ueberfälle auf Beamte der russischen Konsulate in China in letzter Zeit im Zunehmen begriffen sind. Es handle sich offenbar um den Versuch, die russisch-chinesischen Verhandlungen in Moskau zu stören. Bedauerlich sei die „außerordentliche Nachlässigkeit" der chinesischen Behörden, die nach dem ersten Ueberfall keine Schutzmaßnahmen getroffen haben und sich anscheinend über die ernsten Auswirkungen solcher Ueberfälle nicht im Klaren sind.

Bruch zwischen Bolivien und Paraguay

Wie Havas aus Asuncion meldet, ist der bolivianische Gesandte mit dem Personal seiner Gesandtschaft abgereist. Gleichzeitig hat die Regierung von Paraguay ihren Gesandten angewiesen, La Paz zu verlassen. Der Bruch, den das erneute Aufflackern des Streites um das Gran-Chaco-Gebiet befürchten ließ, ist also vollzogen.

Der Streik von Roubaix vor dem Ende

Der große Streik im nordfranzösischen Textilgebiet von Roubaix und Tourcoing geht zu Ende. Es kam zu einer Einigung zwischen einem Teil der Textilunternehmer und den sozialistischen und christlichen Gewerkschaften auf der Basis eines vom Ministerpräsidenten Laval gemachten Vermittlungsvorschlages. Danach wird den Arbeitern und Angestellten zwar die Anwesenheitsprämie, die als Ausgleich für die Beiträge zur neu eingeführten Altersversicherung gewährt wurde, nicht weiter gezahlt, aber eine Lohnerhöhung von 3 Prozent gewährt, die allerdings ab 15. September wieder auf 1 Prozent zurückgeht. Das Abkommen kann mit einer Frist von drei Monaten gekündigt werden. Beide Parteien haben sich jedoch verpflichtet, von dieser Klausel nicht vor dem 31. Mai 1932 Gebrauch zu machen.

Die Vereinbarung umfaßt etwa 60 Fabriken mit einer Belegschaft von zusammen 50 000 Arbeitern, die am Montag die Arbeit wieder aufnehmen. Die übrigen Arbeiter, die bei den dem Textilkonsortium angeschlossenen Firmen beschäftigt sind, streiken weiter, da das Konsortium zu keinem Entgegenkommen bereit ist.

Heute und morgen noch!

Alle Restbestände

aus dem

Saison-Ausverkauf

müssen heraus!

Wir haben noch einmal alles zusammengesucht was übrig geblieben ist. Wir wollen es zu Schleuderpreisen herauswerfen! u. wenn Sie ein kleiner Fehler oder etwas Angestaubtes nicht stört, können Sie vieles finden, was Sie gut gebrauchen können. Mehr als wir angeben, ist nicht da. Beachten Sie unsere Angaben über Menge, Größe und Beschaffenheit.

141 Stück Verschiedene Waschkleider nur bis Gr. 42 Waschmusseline, Zephir usw. Stück 1.95, 1.45, 85 **85** Pf.

163 Stück Sportkleider weiß u. farbig, darunt. gute Panama,- Rips- u. Popeline-Kleid. nur in klein. Größen . Stück 3.50, 2.50 **1.95**

211 Stück Trachten- u. Wanderkleider z. Teil viele Indanthrenst., Beiderw. usw. a. Frangr., St. 2.85, 2.45, 1.95 **1.45**

187 Stück Waschmusseline- u. Waschkunsts.-Kleider mit und ohne Arm Stück 3.50, 2.50 **1.95**

116 Stück Waschblusen weiß u. bunt, mit u. ohne lg. Arm, Panama, Tribeline, Musseline usw. Stück 2.45, 1.45 **95** Pf.

41 Stück Bulgarenblusen angestaubt, alle mit lang. Arm. . . durchweg Stück **2.45**

39 Stück Weiße Blusen reinwoll., m. lg. Arm teilw. bunte Stickerei . durchweg Stück **3.65**

127 Stück Eleg. Seidenblusen a. Waschkunstseiden Chinelle usw. St. 5.75, 4.95 **2.95**

228 Stück Sportblusen ohne Arm, Trikot-Charmeuse, Waschkunsts. usw., St. 2.95, 1.95, 95 **69** Pf.

141 Stück Kleiderröcke marineblau, hauptsächl. Backfisch- u. jugendl. Dam.-Gr., St. 2.95 **1.95**

42 Stück Frauenröcke großer, weit, marinebl., aus Molton und hochwertg. Stoff. Stück 5.95 **4.95**

27 Stück Dam.-Gummimäntel glatt u. kariert, Lederol usw. hauptsächlich klein. Größen Stück 7.50 **4.50**

51 Stück marine Trenchcoat-Damen-Mäntel

74 Stück Backfisch-Sommermäntel herrenst. artiges Must. St. 7.50, 6.50 **5.50**

67 Stück Dam.-Kleider reinwoll. schwarze in ganz guten Qualitäten, nur kleine Größ. **1.85**

131 Stück Waschkleidchen u. Spielhöschen versch. Ausführ., Stück 0.95, 0.68 **0.45**

88 Stück Kleinkinder-Mäntelchen für 1 bis 3 Jahre . Stück 3.75, 2.75 **1.85**

56 Stück angestaubte Anknöpfblusen aus Panama, Zephir, glatt u. gestreift usw., bis 7 J. St. **0.85**

159 Stück Mädchen-Schulkleider ganz gleich was sie gekostet hab., a. Waschkunstseide, Wollmusselin usw., f. 14 J., St. 2.95, 2.45, 1.45 **0.95**

32 Stück Herren-Bayernjacken nur in kleinen Größen, für junge Herren (40-43) u. für Herr. nur Gr. 54, durchw. St. **1.95**

81 Stück Herr.-Sportjack. u. Waschjoppen, hauptsächl. kleine Größen . Stück 2.95 **1.95**

67 Stück Russenblusen und Wanderkittel a. Satin, Kretonne, Schiffleinen usw. . Stück 1.95 **0.95**

131 Stück weiße Herren- u. Burschen-Turn-, Knie- u. lange Sporthosen schwere Stoffe, St. 1.95, 1.45 **0.60**

33 Stück Herren-Breeches- und Wanderhosen englisch gemust., durchweg Stück **1.75**
in ganz vorzüglicher Qual wasserdicht imprägn. Stück **9.50**

49 Stück blaue Knab.-Bayernjacken haupts. f. 11—13 Jahre durchw. St. **1.95**

25 Stück weiße Kieleranzüge f. 1-3 J. leicht angestaubt . durchweg Stück **2.85**

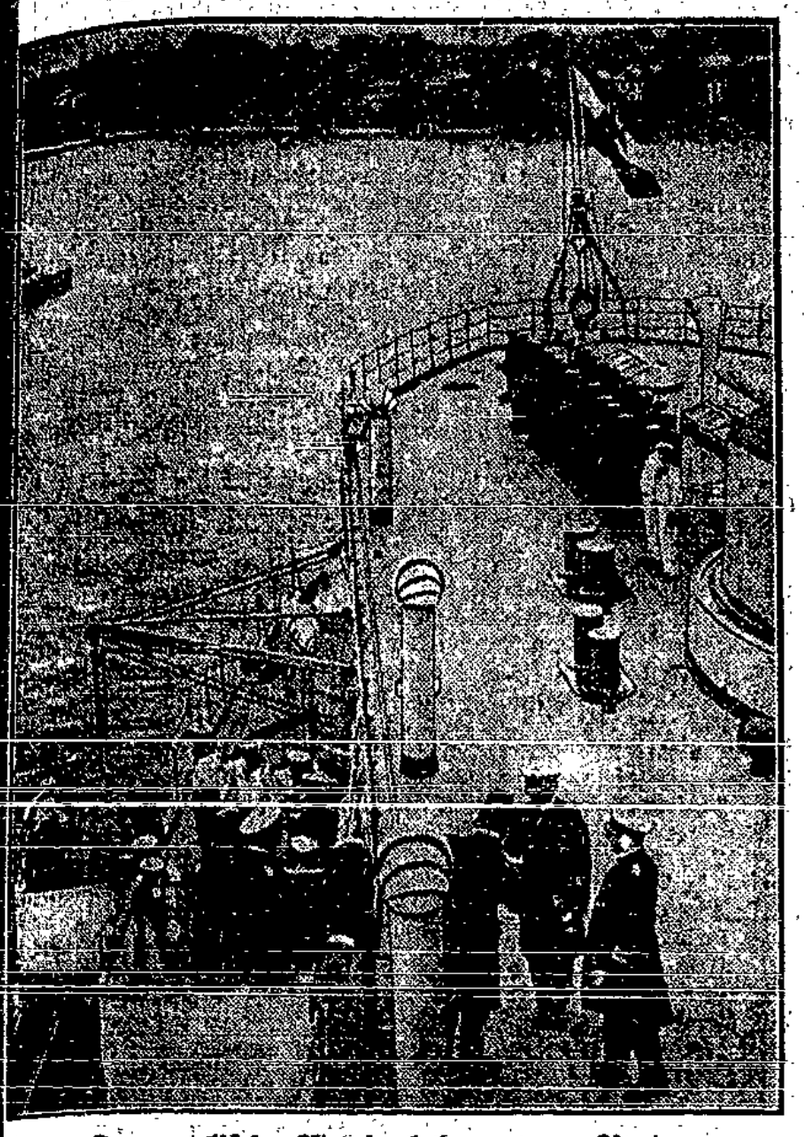
48 Stück weiße Knabenhosen Leibchen und Sporthos. f. 3-11 J. durchw. **95** Pf.

MESSOW & WALDSCHMIDT G.m.b.H. Schmiedebrücke

AUS ALLER WELT

Wie einst – – –

Flottenbesuch im Kieler Hafen



Der englische Admiral kommt an Bord.

Zum ersten Male nach dem Kriege haben — um einem dringenden Bedürfnis abzuhelfen — englische Kriegsschiffe Deutschland einen offiziellen Besuch abgestattet: die beiden Kreuzer „Dorsetshire" und „Norfolk" gingen im Kieler Hafen vor Anker.

Ueber den Verlauf eines solchen Flottenbesuchs gibt folgende Meldung des WTB. Aufschluß: Der Chef der Marinestation der Ostsee, Vizeadmiral Gensen, hatte aus Anlaß des englischen Flottenbesuches **Einladungen zu einem Essen** in kleinem Kreise ergehen lassen, an dem der englische Geschwaderchef, Konteradmiral Astley-Rushton, mit den Offizieren seines Stabes und die Kommandanten der beiden englischen Kreuzer, die Kapitäne Prickett und Power, teilnahmen. Ein **Empfang mit Tanz** in der Seeburg, dem Besitz des Stationschefs, der die englischen Offiziere und ihre deutschen Gastgeber in fröhlicher Gesellschaft vereinte, schloß sich an.

Für eine große Anzahl von **englischen Unteroffizieren und Mannschaften** fand gleichzeitig auf Einladung der Stadt Kiel eine Kinoveranstaltung statt.

Ein angenehmer Neffe

Raubüberfall auf die Tante

um Geld für einen Ausflug zu bekommen

Als die alte Frau Anna Kreicha in ihrem Häuschen in Oberlaa (Ober-Oesterreich) sich frühmorgens in den Hühnerstall begab, fühlte sie sich plötzlich von hinten umfaßt. Zwei Hände zwangten sich um ihren Hals und begannen sie dermaßen zu würgen, daß es ihr den Atem verschlug. Sie wurde zu Boden geworfen und fühlte schon ihr letztes Stündlein gekommen, als es ihr doch gelang, um Hilfe zu rufen, worauf sich die würgenden Hände lösten und der unbekannte Strolch flüchtete.

Frau Kreicha, die im Gesicht und an der Schädeldecke Verletzungen erlitten hatte, hatte sich noch nicht recht erholt, als ihr Neffe, der 19jährige Hans, im Hause erschien, kreidebleich und ganz außer Atem. Die Frau vermutete gleich in ihm den Täter und fragte ihn ohne Umschweife, ob er sie ermorden wollte, worauf der Bursche wortlos davon lief.

Hans wurde verhaftet und bequemte sich schließlich zu einem Geständnis. Er habe der Tante schon vor etlichen Monaten, als er bei ihr zu Gaste war, aus dem versperrten Kasten 300 Schilling gestohlen und das Geld in ein paar Tagen verputzt. Damals hat er gesehen, daß die Tante noch einige hundert Schilling besitzt. Er wollte nun mit ein paar Freunden am Sonntag und dem folgenden Peter-Paul-Tag einen Ausflug unternehmen. Dazu hatte ihm aber das Geld gefehlt. Um es sich zu verschaffen, habe er den Ueberfall auf die Tante ausgeführt.

Er hatte „nur" die Absicht gehabt, ihr den Mund zuzubinden und sie an Armen und Beinen zu fesseln, damit sie weder schreien noch sich rühren könne und dann aus dem Kasten das Geld zu nehmen. Als aber die Tante energischen Widerstand leistete, ließ er von ihr ab. Da das Tor geschlossen war, mußte er nochmals zurück und der Tante vor die Augen treten. Er kam dann ganz enttäuscht zu seinen Freunden und sagte ihnen, daß er aus Geldmangel nicht mittun könne. Sie aber steuerten zusammen, so daß er trotzdem den Ausflug mitmachen konnte.

Wieviel darf eine Tänzerin wiegen?

In einem nicht alltäglichen Streitfall hatte das Pariser Zivilgericht eine Entscheidung zu treffen. Es handelte sich um die Frage, wie schwer ein Tanzgirl sein darf. Mademoiselle Suzanne hatte im Alter von sechzehn Jahren einen Vertrag mit einer Tanzgruppe abgeschlossen. Suzanne und die Balletimeisterin hatten sich verpflichtet, zwei Jahre miteinander auszuhalten. Aber nach anderthalb Jahren wollte die Ballettmeisterin nicht mehr mitmachen. Als Suzanne den Vertrag unterschrieben hatte, wog sie 90 Pfund und die Ballettmeisterin erklärte vor Gericht, daß dies **das Höchstgewicht** für ein „richtiges" Tanzgirl sei. Jetzt wiegt Suzanne, aber weit über 150 Pfund, was allerdings eine respektable „Mehrleistung" darstellt. Die Ballettmeisterin erklärte, es sei unmöglich, die also aufgerundete Suzanne in kurzem Ballettröckchen auf die Bühne zu stellen. Das Gericht war anderer Auffassung. Die Ballettmeisterin hätte sich sichern können, indem sie eine „Gewichtsklausel" in den Vertrag aufnahm. Dann hätte sie das Recht gehabt, vom Vertrag zurückzutreten. So aber muß sie die dicke Suzanne behalten.

Ein erfinderischer Berufsverbrecher

Beginn des Jonas-Prozesses in Güstrow

Vor dem Schwurgericht in Güstrow (Mecklenburg) begann am Montag die Verhandlung gegen den Klempnergesellen und „Erfinder" Friedrich Jonas wegen Tötung eines 70jährigen Gefangenenaufsehers. Auf der Anklagebank sitzen Jonas, seine der Beihilfe angeklagte Ehefrau, sein Stiefsohn Jürs und ein Kaufmann Kasilets. Der Angeklagte hatte in Malchow am 1. Mai dieses Jahres den Justizoberwachtmeister Gläsel erschlagen. Nach der Tat war Jonas geflohen, konnte aber einen Tag später von der Polizei auf dem Motorschiff „Bubi", auf dem er sich mit seinen Helfershelfern verborgen hielt, festgenommen werden.

Der Erfinder-Hochstapler, der in den letzten Jahren unter dem Namen Dr. von Hohenau verschiedene groß angelegte Betrügereien in Szene gesetzt haben soll, bemüht das Gericht über die Identität seiner Persönlichkeit im Unklaren zu lassen: Jonas will gar nicht Jonas sein, sondern nur die Papiere eines gewissen Jonas haben. Es scheint aber doch, daß der phantasievolle Klempner durch Fingerabdrücke identifiziert ist. Zu Beginn der Verhandlung stellt der Vorsitzende fest, daß Jonas im Jahre 1885 in Lübeck geboren sei, 1911 nach Amerika auswanderte, 1919 wegen Falschgeldverbreitung, Urkundenfälschung usw. zu elf Jahren Zuchthaus verurteilt wurde, aber bereits 1926 entlassen wurde. Andere Verurteilungen folgten. Im Jahre 1926 trat Jonas mit seiner Erfindung, Wasserstoffgas aus Wasser auf elektrischem Wege herzustellen zum ersten Male an die Oeffentlichkeit und gründete in Amerika sogar eine Gesellschaft zur Ausbeutung dieser Erfindung. Unter dem Verdacht der Hochstapelei kam Jonas, der 1928 nach Deutschland zurückgekehrt war, ins Untersuchungsgefängnis Malchow, durfte aber mit Genehmigung des Gerichts später unter Aufsicht eines Gefangenenwärters in einer Fabrik seine Versuche weiter durchführen. In Wirklichkeit hat er in der Zwischenezit seine Flucht vorbereitet und am 4. Mai 1931 — mit der Ermordung seines Wächters eingeleitet.

Jonas konnte bereits nach kurzer Zeit verhaftet werden. Seine Absicht war, in einer Yacht über Island und Grönland nach Kanada zu fahren. In USA. wird Jonas ebenfalls gerichtlich verfolgt; er soll sich hier durch betrügerische postalische Machenschaften die Summe von 300 000 Dollar erschwindelt haben.

Die Rache des Abgewiesenen

Eigenartige Ursache eines Hautausschlages

In der norwegischen Hauptstadt ist dieser Tage eine geheimnisvolle Angelegenheit aufgeklärt worden, die großes Aufsehen erregt hat. Der Schuldige sitzt bereits hinter Schloß und Riegel, es wäre ihm aber fast gelungen, das geschickt verübte Verbrechen niemals büßen zu müssen. Nur ein Zufall führte zu der Entdeckung.

Ein junger Arzt hatte eines der hübschesten Mädchen der Stadt geheiratet. Die ersten Wochen war die Ehe sehr glücklich, dann bekam den Frau einen ekelhaften Ausschlag. Das Gerede böswilliger Zungen erwies sich als falsch: sowohl der Arzt als auch seine junge Gattin waren gesund. Und den Ausschlag konnte niemand erklären. Er war ein Rätsel, dem die gewiegtesten Spezialisten machtlos gegenüberstanden. Nach langwierigen Kuren gelang es, ihn zum Verschwinden zu bringen. Aber nach einiger Zeit kam er wieder. Die junge, früher so schöne Frau, wurde zeitweise völlig entstellt.

Die Aerzte hätten wohl nie die Ursache dieses geheimnisvollen Leidens ausfindig gemacht. Ein junger Chemiker jedoch kam schließlich auf den Zusammenhang. Er war überzeugt, daß irgendein Gift diesen merkwürdigen Ausschlag bewirkt haben mußte. Schließlich gelang es ihm tatsächlich, dieses Toxin zu entdecken. Es war auf ein Gemälde gestrichen, das in der Wohnung hing.

Nun erübrigte sich nur noch die Frage, von wem das junge Ehepaar das verderbliche Bild erhalten hatte. Es war wie man schließlich feststellte, ein Mann, der der jungen Frau sehr eifrig den Hof gemacht und von ihr einen Korb erhalten hatte. Er wurde verhaftet und gestand alles. Bei der Vernehmnug entschuldigte er sich damit, daß er nicht wollte, daß sich ein anderer der Schönheit der Frau, die sich ihm versagt hatte, erfreuen sollte.

Großfeuer im Bremer Freihafen

Holzmehlexplosion vernichtet eine Fabrik

Im Freihafengebiet von Bremen entzündete sich in der Holzmehlfabrik Zinszer, vermutlich durch Heißlaufen der steinernen Mahlwalzen, das Holzmehl. Infolge der großen Trockenheit des Materials griff das Feuer schnell um sich und führte kurz nach seiner Entstehung zu **einer Explosion des Holzmehlstaubes**, wodurch das ganze Gebäude zerstört wurde. Ein Arbeiter, der sich durch einen Sprung aus einem Fenster des Obergeschosses zu retten versuchte, stürzte auf ein Glasdach und zog sich schwere Verletzungen zu. Er mußte ins Krankenhaus übergeführt werden. Der Feuerwehr gelang es, nach zweistündiger angestrengter Tätigkeit, das Feuer zu lokalisieren, so daß die Gefahr, daß das Feuer auf benachbarte Fabrikgebäude übergreift, beseitigt war.

„Kunden"-Schicksal

Einbrecher auf der Flucht erschossen

Ein Handwerksbursche hatte den Versuch gemacht, die Kasse einer Schankwirtschaft auszuplündern, wurde aber dabei durch die Wirtin gestört. Auf ihre Hilferufe eilten ihr 21jähriger Sohn und ihre Tochter herbei, worauf der Einbrecher auf seinem Fahrrad die Flucht ergriff. Vor der Tür sandte ihm der Wirtssohn eine Kugel nach, die den Flüchtenden so unglücklich am Kopfe traf, daß der Tod sofort eintrat. Der Tote ist ein schweizerischer Staatsangehöriger mit Namen Johann Fuege und 28 Jahre alt, gegen den Schützen ist ein Ermittelungsverfahren eingeleitet worden.

Autoraserei

Auf der Chaussee Bremen—Delmenhorst geriet bei Heidkrug der aus Bremen kommende Wagen des Kaufmanns Karl Behrens in einer Kurve an den Bordstein und überschlug sich mehrfach.

Das Auto wurde vollkommen zertrümmert. Von den drei Insassen war der Glasermeister Heinrich Junge sofort tot, der Kohlenhändler Peter Neumeyer wurde schwer verletzt. Der Besitzer des Wagens kam mit geringeren Verletzungen davon.

Krieg im Frieden

Von einem Granatfunder getötet

Der Ingenieur K. Jezek montierte auf dem Artillerie-Schießplatz in Pilsen die Explosionsteile (Initiatoren) an einen Zünder, den er offenbar nicht so sicherte, wie es gewöhnlich zu geschehen pflegt. Schließlich ereignete sich eine Explosion und Jezek wurde auf der Stelle in Stücke gerissen, ein Arbeiter, der ihm im Laboratorium behilflich war wurde leicht verletzt.

„Verbesserte" Dollarscheine

Ein mißglückter Pelzeinkauf in Lodz

Der Lodzer Polizei sind in letzter Zeit zahlreiche Anzeigen über Fälschungen von Ein-Dollarscheinen in Zehn-Dollarscheine zugegangen. Dieser Tage erschienen nun in einem Pelzwarengeschäft von Isaak Opatowski in der Nowomiejska zwei gut gekleidete junge Männer in Begleitung einer Dame und ließen sich Damenpelzkragen zum Kaufe vorlegen. Nach längerem Wählen suchten die Kunden einen Pelzkragen im Werte von 65 Zloty aus und bezahlten diesen mit einem Zehn-Dollarschein. Bei der Besichtigung des Scheines stellte der Kaufmann Opatowski fest, daß die Ziffern des Geldwertes eigenartig schattiert waren. Er sandte einen Boten mit dem verdächtigen Geldschein in ein Wechselkontor, um den Schein wechseln zu lassen.

Die Kunden wurden inzwischen über das lange Ausbleiben des Boten unruhig und wollten den Laden verlassen. In diesem Augenblick erschien aber in der Tür des Pelzgeschäfts die Polizei und überhob sie der Mühe weiteren Wartens. Die Polizei konnte im Laufe der Untersuchung des Falles feststellen, daß der Zehn-Dollarschein aus einem Ein-Dollarschein gefälscht war, wobei die Zahl 1 in 10 umgeändert wurde.

Tod in den Bergen

Zwei schweizer Touristen, D. Mirz und Dr. Frehner, wurden von einer Hilfskolonne im Gebiet des Damma-Stockes im Kanton Uri tot aufgefunden. Sie waren abgestürzt. Die Leichen wurden nach der Göschener Alp gebracht und von dort nach der Station Göschenen der Gotthardbahn geschafft.

Stimmzählmaschine im französischen Senat

Im französischen Senat wird künftig eine Maschine das langwierige Abstimmen vereinfachen. Auf dem Pulte jedes Abgeordneten befinden sich zwei Knöpfe, mit einem Blick kann er das Ergebnis einer Abstimmung — ohne Irrtum — feststellen.

ARBEIT UND WIRTSCHAFT

5. Tagung der Reichsfachkommission Gesundheitswesen

Die Reichsfachkommission der Reichssektion Gesundheitswesen im Gesamtverband, die etwa einem Verbandsbeirat entspricht, hielt am 3. und 4. Juli 1931 im Gewerkschaftshaus in Breslau ihre fünfte Sitzung ab.

Die Reichsfachkommission nahm zunächst Stellung zur Außenfürsorge der Geisteskranken. Auf Grund eines früheren Beschlusses der Reichsfachkommission und im Auftrage des Verbandsvorstandes hatte der Reichssektionsleiter Genosse Paul Levy eine Studienreise durch Deutschland gemacht, um Einblick in die Außenfürsorge zu gewinnen. Das Ergebnis lag in Form einer Broschüre vor, die Levy verfaßt hat. Levy konnte von außerordentlichen Mißständen berichten, unter denen die in Außenfürsorge sich befindlichen Geisteskranken leiden. Die Aussprache führte zur Annahme einer Entschließung, die folgende Forderungen enthält:

1. Es muß eine ausreichende Kontrolle durch Aerzte und Fürsorgepersonal unter Heranziehung ehrenamtlich tätiger Personen, die ihren Wohnsitz in der Nähe der Pflegefamilien haben, gewährleistet sein.
2. Das Fürsorgepersonal muß eine mindestens fünfjährige praktische Anstaltstätigkeit nachweisen können und im Besitze der staatlichen Anerkennung sein.
3. Bei den Pflegefamilien müssen Kontrollbücher ausgelegt werden, in die alle Beobachtungen der ehrenamtlich tätigen Personen und des Fürsorgepersonals einzutragen sind. Die Kontrollbücher müssen dem zuständigen Fürsorgearzt in periodischen Abständen von längstens vier Wochen zur Einsicht vorgelegt werden.
4. Die Beschäftigung von Kranken darf nur nach den Anweisungen des Arztes erfolgen. Die Länge der Arbeitszeit darf die gesetzliche Arbeitszeit derjenigen Arbeitnehmer, die eine gleichartige Tätigkeit verrichten, keineswegs überschreiten.
5. In einer Familie dürfen in der Regel nicht mehr als zwei, keinesfalls aber mehr als drei Kranke untergebracht werden. Die Auswahl der Pflegefamilien obliegt der zuständigen Gesundheitsverwaltung bzw. der Anstaltsverwaltung. Verstöße gegen die gesetzlichen Bestimmungen oder die Anordnungen des Arztes ziehen unweigerlich den Ausschluß von der Familienpflege nach sich.
6. Die Bestimmungen des BGB. und des Str.G.B. über die Wahrung des Berufsgeheimnisses werden in demselben Maße, wie sie für das ärztliche Hilfspersonal bestehen, auf die Angehörigen der Pflegefamilien ausgedehnt.
7. Die in Familienpflege untergebrachten Kranken sind gesetzlich gegen Unfälle zu versichern.

Die Reichsfachkommission beauftragt die Reichssektionsleitung, der Frage der Außenfürsorge ganz besondere Beachtung zu schenken und im Sinne der aufgestellten Forderungen zu wirken.

Genosse Levy berichtete dann, daß der jahrelange Kampf gegen die pflegerlosen Abteilungen nunmehr zum Abschluß gekommen ist. Die wiederholten Beschwerden, die die Reichssektion Gesundheitswesen bei Reichstag und Landtag und beim preußischen Wohlfahrtsministerium geführt hat, haben endlich dazu geführt, daß die pflegerlosen Abteilungen nunmehr so gut wie restlos beseitigt sind. In Hildesheim haben diese Abteilungen elf Patienten und drei Pflegern das Leben gekostet, sieben Patienten wurden zu Krüppeln, eine große Zahl weiterer Pfleger und Patienten wurden mehr oder weniger schwer verletzt.

Ueber die freigewerkschaftliche Aerztebewegung innerhalb der Reichssektion Gesundheitswesen konnte Genosse Levy berichten, daß dem Gesamtverband bereits 700 Aerzte angehören. Das hat dazu geführt, daß der Leipziger Aerzteverband mit dem Ausschluß der freigewerkschaftlichen Aerzte aus seinen Reihen drohte. Die Kampfansage aber, die der Gesamtverband dem Leipziger Aerzteverband machte, hat dazu geführt, daß die Ausschlußdrohungen zurückgenommen wurden. In der Diskussion schilderte Genosse Dr. Korn die Abhängigkeit aller Kassenärzte von dem Leipziger Aerzteverband, der es in der Hand hat, die ihm nicht genehmen Kassenärzte mit Schikanen und finanziellen Schädigungen zu traktieren.

Die Reichsfachkommission nahm hierzu einstimmig folgende Entschließung an:

Die Reichsfachkommission der Reichssektion Gesundheitswesen begrüßt die Erfolge, die auf dem Gebiete der Organisierung der Aerzte gemacht worden sind. Sie bringt zum Ausdruck, daß mit Rücksicht auf die verheerenden Folgen auf dem Gebiete der Volksgesundheit, hervorgerufen durch die Weltwirtschaftskrise und die dadurch bedingte überaus große Erwerbslosigkeit, ein Zusammenwirken der Aerzte mit der freigewerkschaftlich organisierten Arbeitnehmerschaft zur zwingenden Notwendigkeit geworden ist. Das Elend der Massen hat sich als Folge der kapitalistischen Wirtschaftsordnung ungeheuerlich vermehrt. Hand in Hand damit ist ein Absinken des Gesundheitszustandes der werktätigen Massen zu verzeichnen, das an die schlimmsten Zeiten des Krieges und der Inflation erinnert. Wieder, wie damals, zeigt sich, daß der Stand der Gesundheit in Wechselwirkung steht mit dem Lebensstandard des Volkes. Unter diesen Umständen kann sich die Aufgabe des Arztes nicht darin erschöpfen, gesundheitliche Schäden zu heilen. Die Aufgabe des Arztes, der ein Hüter der Volksgesundheit sein soll, besteht darin, die Ursachen des niedrigen Standes der Volksgesundheit zu bekämpfen. Das aber kann nur in Gemeinsamkeit mit den freien Gewerkschaften geschehen. Deshalb muß erwartet werden, daß alle, besonders aber die auf dem Boden des Sozialismus stehenden Aerzte, sich der Aerzteschaft der Reichssektion Gesundheitswesen anschließen.

Ueber Schwesternschaft und Hebammen berichtete dann Kollegin [illegible] Wedl. Die Schwesternschaft der Reichssektion Gesundheitswesen umfaßt bereits mehr als 6500 Mitglieder. Damit ist sie, selbst über das Rote Kreuz hinauswachsend, zur [illegible] Schwesternorganisation geworden. In größerer Zahl konnten Krankenhäuser mit freigewerkschaftlichen Schwestern besetzt werden und überall haben diese Krankenhausverwaltungen ihre Zufriedenheit mit diesen Schwestern ausgedrückt.

Der dem Gesamtverband angeschlossene Deutsche Hebammenbund ist zwar noch sehr klein, aber in allen Hebammenfragen hat er sich bereits die Führung erobert.

Ueber die Lage des Bade- und Massagepersonals [illegible] Genosse Hartenstein [illegible] in Deutschland mindestens [illegible]. Das hat seine Ursachen [illegible] Beruf fördern. [illegible] gibt es noch eine große Zahl [illegible] vielen [illegible] Ausbildung [illegible] und die [illegible] Stellenvermittlung gewährleistet ist. — Bei den Schwimm-Meistern und Desinfektoren ist das [illegible]. Dringend muß gemacht werden, diese Berufe zu [illegible], weil [illegible] Kräften ihre letzten Sparpfennige noch verausgaben. Die Aussprache wurde in der Annahme nachfolgender Entschließung zusammengefaßt.

Im Massageberuf ist die Zahl der Erwerbslosen in den letzten Monaten katastrophal gestiegen. In erster Linie ist die Ursache darin zu suchen, daß ohne Rücksicht auf den Bedarf an Arbeitskräften jährlich rund 1500 Masseure und Masseusen ausgebildet werden. Die Reichsfachkommission wendet sich mit aller Entschiedenheit gegen diese Massenausbildung. Eine Aenderung dieses unhaltbaren Zustandes wird erst erfolgen, wenn die in der Denkschrift der Reichssektion Gesundheitswesen zur reichsgesetzlichen Regelung der Ausbildung des Bade- und Massagepersonals aufgestellten Forderungen zur Tatsache geworden sind. Die Reichsfachkonferenz erwartet von der Reichssektionsleitung, daß sie mit allem Nachdruck für diese Forderungen eintritt und darüber hinaus bis zur Neuregelung eine Zwischenlösung durch vorübergehende Einschränkung der Ausbildung trifft.

Eine weitere Gefahr für den Massageberuf sieht die Reichsfachkommission in der Auslegung des auf Grund der Notverordnung vom 27. Juli 1930 geänderten § 182 a der RVO. Dort wird bestimmt, daß bei Abgabe von Arzneien, Heil- und Stärkungsmitteln 50 Pf. zu den Kosten von dem Versicherten zu tragen sind. Ein Teil der Krankenkassen hat diese Bestimmung so ausgelegt, daß Massagen und sonstige heilgehilfliche Verrichtungen unter den Begriff „Heilmittel" fallen. Das hat zur Folge, daß die Zahl der Behandlungen in der letzten Zeit teilweise bis zu 40 Prozent zurückgegangen und dadurch langjährig tätige Masseure und Masseusen ihre Existenz verloren haben.

Die Reichsfachkommission ist der Auffassung, daß Massagen und sonstige heilgehilfliche Verrichtungen einen Teil der ärztlichen Versorgung gemäß § 122 der RVO. darstellen und beauftragt die Reichssektionsleitung, eine Entscheidung in dem von ihr gewünschten Sinne herbeizuführen.

Ueber den Zentral-Stellennachweis der Reichssektion Gesundheitswesen konnte Genosse Hartenstein das immer stärkere Aufblühen berichten. Im Jahre 1930 sind 597 Stellen vermittelt worden und im ersten Halbjahr 1931 bereits 253. Auch unter den Krankenpflegepersonen herrscht große Arbeitslosigkeit. Am ehesten können noch Krankenschwestern vermittelt werden. Neu aufgenommen worden ist die Vermittlung von Aerztestellen. Hier ist zu sagen, daß dem Stellennachweis offene Stellen genügend gemeldet wurden, Aerzte, vor allem Assistenzärzte, aber nicht genügend zur Verfügung standen. Hartenstein bat um ausreichende Unterstützung des Stellennachweises, damit bei Anforderungen vom Personal jedem Wunsche Rechnung getragen werden kann.

Die dann folgende Aussprache über Unfallversicherung und Unfallverhütung, worüber Genossin Wedl berichtete, führte zur Annahme nachstehender Entschließung:

Die 5. Sitzung der Reichsfachkommission der Reichssektion Gesundheitswesen fordert erneut den Erlaß von Unfall- und Krankheitsverhütungsvorschriften durch die Berufsgenossenschaft für Gesundheitsdienst und Wohlfahrtspflege. Trotzdem bereits die Entwürfe der Unfallverhütungsvorschriften im Oktober 1930 mit den Gewerkschaften, im November mit den Arbeitgebervertretern eingehend beraten wurden, der erweiterte Vorstand der Berufsgenossenschaft am 9. Dezember und der Genossenschaftsvorstand am 10. Dezember 1930 dazu Stellung genommen hat, sind bedauerlicherweise die Unfallverhütungsvorschriften bis heute noch nicht erlassen worden. Die Reichsfachkommission hebt wiederholt hervor, daß Hauptzweck der Berufsgenossenschaft die Verhütung von Unfällen und Berufskrankheiten sein muß und beauftragt die Reichssektionsleitung, dahin zu wirken, daß die Unfallverhütungsvorschriften schnellstens in Kraft gesetzt und der Oeffentlichkeit übergeben werden.

Weiter verlangt die Reichsfachkommission erneut die Einstellung solcher Personen für den technischen Aufsichtsdienst der Berufsgenossenschaften, die im Gesundheitsdienst praktisch tätig gewesen sind. Dieser Dienst kann von solchen Personen nicht sinnvoll ausgeübt werden, die nur theoretisch geschult sind. Es sind vielmehr Versicherte zur Ueberwachung heranzuziehen, die auf Grund langjähriger praktischer Tätigkeit die Betriebsverhältnisse und Einrichtungen des Gesundheitsdienstes genau kennen.

Zu einer ausgedehnten Aussprache führte dann der Bericht der Genossin Wedl über die Ausbildung. Die Reichssektion Gesundheitswesen fordert bereits seit vielen Jahren ein Reichsgesetz, das die Ausbildung des gesamten ärztlichen Hilfspersonals regelt. Da der Weg über das Reich bisher vergeblich war, sind seit etwa zehn Jahren in den einzelnen Ländern von den Regierungen Vorschriften erlassen worden. Das bunte Gemisch dieser Verordnungen unter einen Hut zu bringen, war nun das Bestreben der Reichssektion. Genossin Wedl konnte über erfreuliche Resultate berichten, in den meisten Ländern sind die Vorschriften denen von Preußen angeglichen worden, und damit wurde auch erreicht, daß die staatliche Prüfung in diesen Ländern gegenseitig anerkannt wird. Hier weiter zu arbeiten, ist Aufgabe der nächsten Zeit.

Eine ebenso ausgedehnte Debatte wurde dann über die Arbeitszeit geführt. Für das Krankenpflegepersonal gilt die Arbeitszeitverordnung vom 13. Februar 1924, die die 60-Stundenwoche vorsieht. In diese Arbeitszeitverordnung nicht einbegriffen ist das im Beamtenverhältnis stehende Pflegepersonal. Infolgedessen bestehen in den Landes-Heil- und Pflegeanstalten vielfach noch ungeheuer lange Arbeitszeiten. Das trifft besonders für die Anstalten der Provinzen Ober- und Niederschlesien zu. In Bunzlau, Leubus, Lüben, Plagwitz und Tost bestehen reguläre wöchentliche Arbeitszeiten von 72 Stunden, die durch Bereitschaftsdienst bis auf 102 und 107 Stunden pro Woche ausgedehnt werden. Die Reichsfachkommission gab ihrer Meinung über diese unhaltbaren Zustände durch Annahme folgender Entschließung Ausdruck:

Die 5. Sitzung der Reichsfachkommission der Reichssektion Gesundheitswesen wendet sich mit aller Schärfe gegen die überlange Arbeitszeit des Personals in den Kranken-, Heil- und Pflegeanstalten. Auch in den preußischen Provinzial-, Heil- und Pflegeanstalten muß die zur Zeit bestehende Arbeitszeitregelung als unhaltbar bezeichnet werden. In 32 von 50 preußischen Anstalten werden 60 Stunden pro Woche wesentlich überschritten. So unglaublich es klingen mag, es ist Tatsache, daß Dienstzeiten einschließlich Bereitschaftsdienst bis zu 127 Stunden pro Woche gefordert und geleistet werden. Diese zum Nachteil des Personals, vor allem aber zum Nachteil der Kranken bestehende Arbeitszeitregelung ist nur deshalb möglich, weil das beamtete Personal nicht unter die Arbeitszeitverordnung vom 13. Februar 1924 fällt.

Die Reichsfachkommission der Reichssektion Gesundheitswesen ist der Auffassung, daß bis zum Erlaß eines einheitlichen Arbeitsschutzgesetzes, das Arbeiter, Angestellte und Beamte umfaßt und das eine Höchstarbeitszeit von 48 Stunde pro Woche zuläßt, auch für das beamtete Personal der Heil- und Pflegeanstalten sofort eine Arbeitszeitregelung getroffen werden muß, die einschließlich des Bereitschaftsdienstes das in der Arbeitszeitverordnung vom 13. Februar 1924 vorgesehene Höchstmaß an Arbeit nicht überschreitet.

Die Reichsfachkommission appelliert an die gesamte Kollegenschaft, durch verstärkte Agitation für unseren Verband diesen Forderungen den entsprechenden Nachdruck zu verleihen.

Genosse Levy berichtete hierauf, daß der Gutachterausschuß des Deutschen Städtetages für das Gesundheitswesen ein Gutachten verfaßt hat, das neben anderen reaktionären Maßnahmen auch eine Arbeitszeitverlängerung verlangt. Durch Verhandlungen der Reichssektion Gesundheitswesen mit dem Deutschen Städtetage ist ihr zugestanden worden, daß sie in Zukunft in Personalfragen mit dem Deutschen Städtetage mitberaten soll. Praktisch ist das insoweit schon begonnen worden, als bei dem Erlaß einer Hausordnung in Leipzig die Vorschläge der Reichssektion berücksichtigt wurden. Ebenso wurde die Reichssektion vom Deutschen Städtetage beauftragt, praktische Vorschläge über die Einführung von Schutzkleidung zu machen.

Das Gutachten des Reichsgesundheitsrats, das alle fünf Jahre eine Impfung des Gesundheitspersonals verlangt, war ebenfalls Gegenstand längerer Aussprache. Sie endete damit, daß der Vorstand der „Aerzteschaft der Reichssektion Gesundheitswesen" ersucht werden soll, ebenfalls ein Gutachten in dieser Frage abzugeben. Außerdem wurde noch folgende Entschließung angenommen:

Der gewerkschaftliche Einfluß muß gesteigert und in die Parlamente und Körperschaften des öffentlichen Gesundheitswesens getragen werden. Die Landeskonferenz spricht den Wunsch aus, daß sich mit dieser Frage auch die nächste Sitzung der Reichsfachkommission in Breslau beschäftigen und Einfluß auf die Hauptverwaltung des Gesamtverbandes nehmen möchte, um der Reichsfachgruppenleitung eine gebührende Vertretung in den öffentlichen Körperschaften des Gesundheitswesens (Reichsgesundheitsrat usw.) zu verschaffen und wenn möglich auch für eine Vertretung in den Parlamenten einzutreten.

Zum Schluß teilte Genosse Levy mit, daß zu der Internationalen Gesundheits-Konferenz im September 1931 in Bern dem Gesamtverband sechs Vertreter zustehen. Auf seinen Vorschlag wurden gewählt die Genossen Hermann Schulz-Berlin, Naumburger-Dresden, Heintz-Köln, Weiß-München, eine Schwester aus Chemnitz und Genosse Vollnberg vom Verbandsvorstand. — Die nächste Reichskonferenz soll 1932 in Bonn abgehalten werden.

Die Mitgliederzahl der Reichssektion Gesundheitswesen beträgt zurzeit 48 400.

Reichsknappschaft kann die vollen Julipensionen nicht zahlen

Die Reichsknappschaft hat die für Juli fällige Zuwendung des Reiches bisher nicht erhalten. Unter diesen Umständen war es ihr nicht möglich, für den Monat Juli die vollen Pensionen zu zahlen. Sie hat nur die gekürzten Leistungen ausgezahlt, die sie nach Annahme der Satzungsänderung als vorläufige Maßnahme auch bei voller Zuwendung des Reiches nach der Notverordnung hätte durchführen müssen. Nach dieser vorläufigen Maßnahme waren alle Pensionen um 19 Prozent, das Kindergeld um die Hälfte, das Waisengeld, weil es stets mit reichsgesetzlichen Waisenrenten zusammenfällt, um 50 Prozent und die Sterbehilfe um 50 Prozent zu mindern. Auch die gekürzten Leistungen konnte die Knappschaft für Juli nur nach äußerster Anspannung der Mittel zahlen.

Für den Monat August würde sie, wenn ihr weiter die Zuwendungen des Reiches durch den Reichsarbeitsminister gesperrt bleiben, nur 65 Prozent der Leistungen aus den Beiträgen der Mitglieder zahlen können. Der flüssig gemachte Vermögensteil ist durch die finanzielle Krise und Wegfall der Mittel aus der [illegible] Sperrt der Reichsarbeitsminister [illegible] die Zuwendungen des Reiches, dann müssen die Knappschaftsrentenempfänger die Wohlfahrtspflege in Anspruch nehmen. Zum großen Teil sind sie [illegible] dazu gezwungen.

[illegible] die Vertreter der Bergarbeiter in der Hauptversammlung der Reichsknappschaft die von der Notverordnung geforderte Minderung der knappschaftlichen Pensionsleistungen durch Aenderung der Satzung ablehnten, stand der Reichsarbeitsminister vor der Frage, entweder die Satzungsänderung auf Grund des § 132 des Reichsknappschaftsgesetzes selbst vorzunehmen oder die Vertreter der Bergarbeiter durch Vorenthaltung der in der Notverordnung vorgesehenen Zuschüsse des Reiches an die knappschaftliche Pensionsversicherung gefügig zu machen. Den dritten Weg, der ihm von den Vertretern der Bergarbeiter vor der Hauptversammlung gewiesen wurde und der dahin ging, der Knappschaft etwas mehr zukommen zu lassen, als in der Notverordnung vorgesehen war, damit die Leistungsminderung für die Bergarbeiter erträglich würde, hat er bereits vor der Hauptversammlung zu beschreiten abgelehnt. Aus seinem Verhalten nach der Hauptversammlung muß geschlossen werden, daß er entsprechend der Erklärung handeln will, die sein Vertreter in der Hauptversammlung abgegeben hat. Danach erhält die Knappschaft die Zuwendungen des Reiches nicht, wenn die Hauptversammlung nicht freiwillig die Leistungsminderung beschließt.

Die Verhandlungen zwecks Neuabschluß eines Tarifs für die Angestellten der Arbeitsämter

die sich infolge der engbegrenzten Vollmachten der Unterhändler auf Arbeitgeberseite zeitweilig sehr schwierig gestaltet hatten, sind nunmehr abgeschlossen. Die Neuregelung bringt gegenüber dem bisherigen Zustand wesentliche Aenderungen. Der größte Teil der von der Reichsanstalt unter dem Druck der Arbeitgeber geforderten Verschlechterungen konnte abgewehrt werden. Die Unterzeichnung des Vertrages ist für Ende Juli zu erwarten, nachdem die Angestelltenorganisationen erklären ließen, daß sie ihren Mitgliedern die Annahme des Verhandlungsergebnisses empfehlen könnten. Die Frage eines besonderen Schiedsabkommens ist noch offen.

Werbt ständig für unsere Zeitung!